

Ost|Journal

für Politik, Kultur & Gesellschaft

Heft 4, 2. Jahrgang 2018

ISSN 2625-1574 (Print)

ISSN 2625-5839 (Online)

Titelcover

Victor Zhdanov, Moskau



16

Dreamland

Fotografien aus Minsk

Christina Rabe

04	Vorwort <i>Dorothee Theresa Adam, Wenke Christoph, Stefan Kunath</i>	50	Das Fürchten vor Alternativen Von einem „Multikulti-Theater“, das nach Serbien auszog <i>Juliane Rahn</i>
06	Schulterschuss statt Hitlergrüße Wieso sich Ostdeutsche und Migrant:innen vereinigen sollten <i>Friedemann Wiese</i>	54	Tamar, where are you? Ein Fotobuch über Georgien <i>Andreas Oetker-Kast</i>
12	Der Mythos der männlichen Solidarność <i>Klaas Anders</i>	64	Dunkle Kräfte unter schützender Hand Über den Faschist Bolesław Piasecki in der Volksrepublik Polen <i>Piotr Franz</i>
16	Dreamland Fotografien aus Minsk <i>Christina Rabe</i>	72	Die Verwandlung des Stepan Bandera Wie ein Nazi-Kollaborateur zum Nationalhelden wurde <i>Dorothee Theresa Adam</i>
24	„In Russland ist eine regelrechte Gefängniskultur entstanden.“ Interview mit Dmitry Glukhovsky <i>Annika Grützner</i>	76	Wo Kommunismus mit Nationalismus kuschelt <i>Georgy Blinnikov</i>
28	Am (ost)deutschen Wesen soll die Welt genesen Verwischte Spuren kolonialer Beteiligungen <i>Max Wegener</i>	80	Willkommen in der Volksrepublik Israel <i>Lee Wiegand</i>
34	Gescheiterte Integration? Das Verhältnis zwischen AfD und Spätaussiedler:innen <i>Anna Gorskih</i>		
40	Zeit, in Rente zu gehen Der Generationenkonflikt in der polnischen Politik <i>Leo Mausbach</i>		
46	Diaspora ist keine Einbahnstraße Moldovas ziviler Widerstand <i>Jana Stöxen</i>		



o. Dorothee Theresa Adam
m. Wenke Christoph
u. Stefan Kunath

Vorwort

„Ungewöhnliche Allianzen“ lautet das Thema dieser Ausgabe, denn unser Gefühl sagt uns, irgendwie passt das alles nicht zusammen: Der Kreml feiert den Tag des Sieges und unterstützt trotzdem Nazis und Rechtspopulisten in Europa. Eine nationalistische Internationale formiert sich von Steve Bannon bis Viktor Orbán.

Ungewöhnliche Allianzen können aber auch in die andere Richtung funktionieren: Zwischen Ossi und Migrant:innen. Zwischen Daheimgebliebenen und Diaspora. Zwischen postkolonialen Gruppen und Heimatvereinen.

Der Neuanfang mit dem Systemwandel ab 1989 einerseits und die bis heute kaum thematisierten Kontinuitäten während des Staatssozialismus andererseits prallten in den post-sozialistischen Regionen Europas aufeinander. Und das alles zu einer Zeit, in der eine neue Ökonomie, ein neues politisches System, neue staatliche Institutionen und sogar neue Staaten zeitgleich aufgebaut wurden. In dieser Konstellation sind die post-sozialistischen Gesellschaften bereits stark politisiert, zugleich genießt die Politik wenig Vertrauen in der Bevölkerung. Gerade das bildet den Nährboden für ungewöhnliche Allianzen. Was hat diese Allianzen zusammen gebracht und was hält sie beieinander?

Was können sie erreichen, verändern, in Bewegung bringen? Diesen spannenden Fragen widmen wir uns in der vorliegenden Ausgabe und beleuchten sie aus verschiedenen Perspektiven.

Wir blicken auf die Kontinuitäten und Brüche in Polen, Russland und der Ukraine, die auf ungewöhnlichen Allianzen beruhen (*Anders/Franz/Adam/Blinnikov*). Wir diskutieren Potentiale neuer Bündnisse zwischen Migrant:innen, Spätaussiedler:innen und Ostdeutschen (*Wiese/Gorskih*). Wir schauen auf gemeinsame Proteste von Daheimgebliebenen und Diaspora in Moldova (*Stöxen*) und den Generationenkonflikt in Polen, wo ausgerechnet der lähmende Kampf zwischen Liberalen und Rechten der Solidarność-Generation zu Annäherungen zwischen liberalen, konservativen und linken Intellektuellen der Wende- und Nachwendegeneration führt (*Mausbach*).

Zwischen den Texten zeigen wir in zwei Fotoreihen das Ergebnis ungewöhnlicher Allianzen auch in ihrer ganz eigenen Ästhetik: Zwischen Tradition und Moderne in Georgien (*Oetker-Kast*) und zwischen Utopie und Illusion in Minsk (*Rabe*).

Dorothee Theresa Adam, Wenke Christoph,
Stefan Kunath



Anetta Kahane und Naika Foroutan (v.l.n.r.)

Schulterschluss statt Hitlergrüße

Wieso sich Ostdeutsche und Migranten vereinigen sollten

Von Friedemann Wiese, Berlin

Ossiphobie ist kein Rassismus. Identitätspolitik ersetzt keinen Klassenkampf. Und dennoch ist die Frage fruchtbar: Sind Ostdeutsche auch Migrant:innen? Wir rekonstruieren die Debatte und erklären, warum Ostdeutsche und Migrant:innen sich zusammenschließen sollten.

Ein kahlköpfiger, dicker Mann mit Schlaghandschuhen steht vor einem rassistischen Transparent und reckt widerlich grinsend seinen rechten Arm zum Hitlergruß in die Höhe. Er ist Teil einer mehrere Tausend Menschen umfassenden Demonstration. Ein wankender, etwas zerzauster Mann mit Kapuzenpullover erblickt aus der laufenden Demo heraus eine Fernsehkamera und tut es ihm gleich. Drei andere strecken Gegendemonstrant:innen ihre blanken Ärsche entgegen. Die Menge skandiert: „Wir sind die Fans! Adolf-Hitler-Hooligans!“ und „Frei, sozial und national!“ Vermeintliche Migrant:innen werden durch die Straßen gejagt. Es kommt zu gewalttätigen Übergriffen. Nebelschwaden und Wurfgeschosses komplettieren Bilder, die international Bestürzung hervorrufen. Sie stammen aus Chemnitz zu Beginn

des Spätsommers dieses Jahres. Rechtsradikale und Neo-Nazis versuchen den Tod eines jungen Mannes für ihre Zwecke zu missbrauchen.

Wenige Tage später forscht ein Fernsteam nach den Hintermännern der schweren Ausschreitungen (Mueller, Schlesier und Walden, 2018). Dabei treffen sie den kahlköpfigen, dicken Mann mit der grinsenden Fratze wieder, wie er auf der Straße einem Freund erneut mit einem Hitlergruß begegnet. Die Reporter sprechen vom sprichwörtlichen „hässlichen Deutschen“ und einer „offenbar ganz normalen Szene in Chemnitz im September 2018“. Die Ausschreitungen kommen nicht gänzlich unerwartet. Sie passen in das Bild vom braunen Osten. Oder wie Joachim Gauck schon 2015 sagte: *Dunkeldeutschland* (Ondreka, 2015). 2015, das war noch bevor es zu den ersten großen, neueren rechtsradikalen Ausschreitungen in Freital, Heidenau, Clausnitz und Bautzen kam. Der Bundespräsident sprach damals von zwei Deutschlands: ein helles, welches sich für Geflüchtete engagiert, und ein dunkles, geprägt von rechter Hetze und Gewalt. Mit dem Begriff

„Dunkeldeutschland“ wählte er einen Begriff, den Westdeutsche in den frühen 1990er Jahren der Wendezeit abwertend für Ostdeutschland verwendeten. Damit verknüpfte Gauck eine Bezeichnung für Ostdeutsche mit dem Problem von Rechtsradikalen und Neo-Nazis und verhalf dem diskriminierenden Begriff zu einer Renaissance. Der erste Bundespräsident aus Ostdeutschland, wohl gemerkt.

Eine ungewöhnliche Intervention

Umso überraschender tauchte Mitte dieses Jahres eine Debatte in der Öffentlichkeit auf, die Ostdeutsche und Migrant:innen nebeneinander zu stellen versuchte. Der Ausgangspunkt für jene Debatte war eine Studie, die nach Einstellungen gegenüber Ostdeutschen und Muslim:innen fragte. Das Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung um Naika Foroutan schließt mit dem Forschungsprojekt „Postmigrantische Gesellschaft 2“ an eine erste Studie an, die Abgrenzungs- und Anerkennungsmechanismen in Bezug auf Muslim:innen untersuchte. Nun wurden diese Mechanismen auch in Bezug auf Ostdeutsche untersucht und verglichen (BIM 2017). Die Ergebnisse werden im Dezember veröffentlicht. Doch schon vor einem guten halben Jahr sprach Foroutan mit Daniel Schulz (2018) in einem ausführlichen Zeitungsinterview über Gemeinsamkeiten und Unterschiede, die sich abzeichneten. Darin verknüpfte sie die Ergebnisse mit der Forderung nach strategischen „postmigrantischen Allianzen“. Fremdheitsgefühle und Abwertungserfahrungen, wie sie Migrant:innen kennen, würden auch Ostdeutsche teilen. Diese gingen einher mit strukturellen Ungleichheiten und mangelnder Repräsentanz in den Eliten. Beide Gruppen seien Bürger:innen zweiter Klasse. Im Kampf gegen jene Ungleichheiten brauche es folglich gemeinsame Allianzen. Die Debatte war entfacht.

Die teils leidenschaftlichen Reaktionen auf die ungewöhnliche These ließen nicht lange auf sich warten. Sie reichten von begeisterter Zustimmung bis zu empörtem Widerspruch. Der erste Beifall kam von Ferda Ataman (2018) und Jana Hensel (2018). Hensel beschrieb die Gänsehaut, die sie beim Lesen des Interviews mit Foroutan überkommen habe.

Sie rührte von einem besonderen Gefühl, verstanden zu werden. Ataman kommentierte zuvor: „Wäre ich Ossi, ich wäre auch wütend. Manchmal habe ich den Eindruck, selbst wir Menschen mit Migrationsblabla werden in den Medien differenzierter dargestellt als Ostdeutsche.“ Diese Klarheit, mit der Foroutan und Ataman als Kinder von Migrant:innen über Erfahrungen von Ostdeutschen wie ihr sprachen, beeindruckte Hensel. In 30 Jahren würde Hensel das auch können, meinte Ataman auf einer gemeinsamen Podiumsdiskussion am 26.06.2018 im taz-Café neckisch. Schließlich habe es für Migrant:innen ebenso lange gedauert, in der Öffentlichkeit eine Stimme zu bekommen, die der undifferenzierten Mediendarstellung entgegentritt.

Die Darstellung Ostdeutscher in den Medien

Das Thema der medialen Darstellung Ostdeutscher vertiefte die Filmwissenschaftlerin Angelika Nguyen (2018) am Beispiel des Films *Das schweigende Klassenzimmer*. Das sei die übliche westdeutsche Perspektive auf Ostdeutschland und die DDR, die die Kinos seit jeher beherrsche: Kopfschüttelnd fragt sich der Westdeutsche, wie es sich in der Diktatur nur schweigen ließ und freut sich dann über die Tapferen, die das Schweigen brechen. Im Film würden die Tapferen schließlich mit der Ausweisung in die Westberliner Freiheit belohnt, während die Anpasser und Feiglinge zurückblieben, fasste Nguyen zusammen. Diese „Erzählung der Sieger“, wie sie Nguyen nannte, beschrieb auch Nelli Tügel (2018), wenn sie von der Integration sprach, die von den Ostdeutschen nach der Wende gefordert wurde. Natürlich gab es 1990 keine Wiedervereinigung. Es vereinigten sich nicht zwei ebenbürtige Gesellschaften. Nein, die eine Gesellschaft sollte sich in die andere integrieren. Von den Menschen aus der ehemaligen DDR wurde gefordert, ihre „Rückständigkeit“ zu überwinden und sich die Werte der Bundesrepublik anzueignen. Zugleich wurde ihnen ebendies aber gar nicht zugetraut, meinte Tügel. Angelika Nguyen und Nelli Tügel boten zwei besonders spannende Perspektiven in der Debatte: Beide ordneten sich zugleich den Gruppen der Migrant:innen als auch der Ostdeutschen zu. Angelika Nguyen wuchs mit

einem vietnamesischen Vater und einer deutschen Mutter in Ost-Berlin auf. Nelli Tügel wuchs in Leipzig als Tochter eines türkischen Vaters und einer deutschen Mutter auf. Beide sprechen von einem doppelten Migrationshintergrund und doppelter Heimatlosigkeit.

Die Stigmata, die Ostdeutschen vor allem zu Beginn der 1990er angeheftet wurden, gleichen sich auffallend mit denen, mit denen Migrant:innen gestern wie heute konfrontiert waren und sind: Ihnen fehlten die Werte und das demokratische Grundverständnis. Sie seien aggressiv und gewalttätig. Und sie seien faul. Ferda Ataman erkannte ganz richtig, dass „die Ankunft der deutschen Zuwanderer aus der DDR damals für einige Miesmacher kein Grund zur Freude, sondern eine Invasion von arbeitsscheuen Wirtschaftsasylanten“ war. Ein Zeitungsartikel vom Februar 1990 veranschaulicht das ganz bemerkenswert. Im Artikel mit dem Titel „Wieso kommen die noch?“ (Der Spiegel, 1990) steht, wie in Hamburg Plakate mit den Slogans „Willkommen bei uns“ mit Messern zerfetzt wurden. Die Plakate sollten den Verständnis für die Übersiedler:innen aus der DDR wecken. Ostdeutsche wurden als „DDR-Schweine“ auf offener Straße beschimpft. Einige der damals geschaffenen sogenannten „Übersiedlerheime“ wurden mit Steinen beworfen und angezündet. Der Leiter einer Hamburger Haupt- und Realschule berichtet, wie die Schüler:innen in der Pause diskutierten, „wer raus muß aus Deutschland – die Aussiedler, die DDRler oder die Asylanten“.

Integrationskonkurrenz oder davon, dass nicht alle Ossis Nazis sind

Die Aufforderung an Migrant:innen und Ostdeutsche lautet bis heute: Integriert euch in die westdeutsche Mehrheitsgesellschaft. Die beiden Kulturwissenschaftler:innen Susann Neuenfeldt und Simon Strick (2018) sprachen in diesem Zusammenhang von einer Integrationskonkurrenz, deren schlimmste Auswirkungen in den NSU-Morden und der jüngsten Welle rechtsradikaler Ausschreitungen zu finden seien. Da sind die Integrationsversuche gescheitert, mögen Westdeutsche kopfschüttelnd bemerken, immer mit einer Spur von: „Das war

doch klar. Das hatten wir ihnen sowieso nicht zugebraut.“ Das Kopfschütteln gilt den Baseballschläger schwingenden, Hitlergruß zeigenden, ostdeutschen Glatzköpfen ebenso wie den Messer stechenden, „Allahu Akbar“ rufenden, Bart tragenden Muslimen.

Foroutans These rüttelt an den gängigen Kategorien: Sie entkoppelt das Erfahren von Migration von Attributen wie Nationalität, Religionszugehörigkeit und Hautfarbe. Schließlich sprechen wir, wenn wir von Migrant:innen reden, häufig von nicht-weißen Menschen. Oft sprechen wir von Menschen, die Staatsgrenzen überwunden haben und aus arabischen oder afrikanischen Ländern emigriert sind. Wir sprechen von Muslim:innen mit einer „anderen Herkunft“. Genau hier versucht Foroutan zu differenzieren. Neuenfeldt und Strick erkannten darin eine „emotionale und strategische Chance, Allianzen gegen Rechts zu stiften und zu überdenken, wer wen als ‚migrantisch‘ identifizieren kann. Und es gilt, die unausgesprochene Grundannahme zu verunsichern, in der Migrantisch/Nicht-Weiß/Nicht-Deutsch und Ostdeutsch/Weiß/Rassistisch-Deutsch sich gegenüberstehen. Diese Sicht produziert Extreme, das Phantasma der ‚guten Weißen westdeutschen Mitte‘ bleibt unangekratzt.“

Diese Dekonstruktionen tun dringend Not. Denn genauso wenig wie alle Migrant:innen islamistische Terroristen sind, sind alle Ostdeutschen Nazis. Das zeigt nicht darüber hinweg, dass es in Ostdeutschland ein Nazi-Problem gibt. Das Problem ist vielleicht größer als in Westdeutschland, vielleicht aber auch nicht. Die Dörfer im hessischen Odenwald sind tendenziell nicht weniger stramm rechts als das Dresdner Hinterland in Sachsen, meine ich. Falsch ist es in jedem Fall, das Nazi-Problem nach Ostdeutschland auszulagern. Ebenso fatal ist es, alle Ostdeutschen als Nazis abzustempeln, wie es unser erster ostdeutscher Bundespräsident impliziert hat. Denn viele Ostdeutsche sind ebenfalls Opfer von Nazis. Viele kämpfen seit Jahren gegen Rechtsradikale und werden dadurch selbst zur Zielscheibe. Wenige Tage nach den rechtsradikalen Ausschreitungen initiierte die Chemnitzer Band Kraftklub ein Konzert gegen Rechts unter dem Titel *Wir sind mehr* in ihrer Heimatstadt. Trettmann, der ebenfalls aus Chemnitz kommt, beteiligte sich genauso wie der

Rostocker Marteria und Feine Sahne Fischfilet aus Mecklenburg-Vorpommern. Gemeinsam schafften sie es, 65.000 Menschen auf die Straße zu mobilisieren und ein Zeichen gegen Rechts zu setzen. Ganz ohne viel Aufsehen arbeitet eine Vielzahl von Ostdeutschen täglich in Bildungs- und Kulturinitiativen, um über rechte Strukturen aufzuklären und ihnen etwas entgegenzusetzen. Durch stereotype Bilder vom braunen Osten wird ihre Arbeit torpediert.

Die mangelnden ostdeutschen Perspektiven in der Öffentlichkeit und die schwache Repräsentanz Ostdeutscher in politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Eliten führen dazu, dass es heute in vielen Teilen Ostdeutschlands mit Pegida, AfD und anderen Nazi-Organisationen nur rechte Angebote für ostdeutsche Zugehörigkeiten und Sprachfähigkeiten gibt. Rechte Brandstifter nutzen das gezielt. Ostdeutschland eine Stimme zu geben, Ostdeutsche sichtbar zu machen, heißt auch antifaschistische Arbeit zu stärken. Die Menschen, die diese Arbeit machen, sind da. Sie müssen sichtbar gemacht werden und eine stärkere Stimme bekommen. Der linke Osten braucht eine Plattform!

Rassismus und Ossiphobie nicht gegeneinander ausspielen

Doch Foroutans These bekam nicht nur Beifall. Anetta Kahane (2018) erkannte zwar Fehler der Nachwendzeit an. Trotzdem könne nicht die Rede davon sein, dass Ostdeutsche von ihrem Land verlassen wurden, ähnlich wie Migrant:innen ihr Land verlassen haben. Diese Analogie wurde zu einer der meist zitierten Thesen Foroutans. Kahane zeigte sich aber verwundert. Schließlich sei ein Staat verschwunden, dem man nicht nachtrauern könne. Besonders empörte sich Kahane über den Vergleich, dass Ostdeutsche und Migrant:innen in ähnlicher Weise diskriminiert würden. Sasan Abdi-Herrle (2018) beschrieb, wie er im Zug von Berlin an die Ostsee jedes Mal um seine körperliche Unversehrtheit fürchtete, weil man ihm sein Migrationsblabla ansehe. Der Ostdeutsche hingegen könne seinen Dialekt unterdrücken und sich unsichtbar machen. Außerdem seien Beleidigungen wegen des Aussehens um einiges schlimmer als „die Überheb-

lichkeit, die vermeintliche Gewinner der Geschichte vermeintlichen Verlierern entgegenbringen. ‚Scheiß Kanake, geh nach Hause‘ ist verletzender als ein ‚Lern doch mal Demokratie‘, meinte Abdi-Herrle. Er und Anetta Kahane kritisierten beide die Suche nach Erklärungen für den Rechtsradikalismus in den Verletzungen der Wendezeit. So schrieb Jana Hensel über die Pogrome von Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda 1991 und 1992: „Man darf diese Gewalt nicht entschuldigen, man muss diese Gewalt immer bekämpfen. Aber darf man auch einmal fragen: Haben sie vielleicht sogar versucht, den Spieß rumzudrehen?“ Auch Ataman fragte, ob nicht „die Ostdeutschenfeindlichkeit von damals die Radikalisierung mancher Ossis befeuert haben“ könne. Kahane war darüber schockiert. Die aufkommende Präsenz ostdeutscher Gefühligkeiten lasse außer Acht, welche Gewalt Minderheiten gerade in Ostdeutschland erfahren, wo Rechtsradikale ganze Regionen dominieren. Diskussionen um ostdeutsche Identitäten führten entsprechend in eine gefährliche Sackgasse.

Kahanes Einwände waren wichtig. Die Unterschiede zum Rassismus zu benennen ist notwendig. Den wohl wichtigsten Unterschied nannte Fatma Aydemir in einem Fernsehbeitrag (Ergin 2018), auch Nelli Tügel wies darauf hin: der Aufenthaltsstatus. Alle ehemaligen DDR-Bürger:innen erhielten automatisch die bundesrepublikanische Staatsbürgerschaft. Viele Vertragsarbeiter:innen aus Vietnam und Mosambik wurden aber abgeschoben. Jahre lang ohne vollwertige Bürgerrechte im Land zu leben und von Abschiebung bedroht zu sein, darunter hatten die Ostdeutschen nicht zu leiden. Auch ist das Ausmaß der Gewalt gegen sie nicht vergleichbar mit dem Terror rassistischer Gewalt. Entscheidend dürfte es aber letztlich sein, die verschiedenen Formen von Diskriminierung und Marginalisierung nicht gegeneinander auszuspielen. Es ist fahrlässig ‚Scheiß Kanake, geh nach Hause‘ und ‚Lern doch mal Demokratie‘ gegeneinander aufzuwiegen. Noch gefährlicher ist es davon zu sprechen, dass der Ossi doch seinen Dialekt verstecken könne. Kann ein Jude auch einfach seine Kippa abnehmen? Wo führt eine solche Diskussion hin? Ist Rassismus schlimmer als Antisemitismus? Sexismus schlimmer als Xenophobie? Nein, die verschiedenen Formen von



Götz Kubitschek bei den fremdenfeindlichen Krawallen in Chemnitz.

Diskriminierung und Marginalisierung funktionieren untereinander intersektional. Eine Frau ist in der deutschen Gesellschaft weniger „wert“ als ein Mann. Eine schwarze Frau ist aber auch weniger „wert“ als eine weiße Frau. Und ebenso ist eine schwarze, lesbische, jüdische Frau mit Migrationshintergrund aus Ostdeutschland weniger „wert“ als eine schwarze, lesbische, jüdische Frau mit Migrationshintergrund aus Westdeutschland. Rassismus ist etwas anderes als *Ossiphobie*, wie Jana Hensel es treffend nennt. Aber beides muss bekämpft werden. Denn natürlich befeuern Ausgrenzungen neue Ausgrenzungen. Das bedeutet nicht, dass sie dadurch gerechtfertigt werden.

Klassenkampf statt Identitätspolitik?

Ein zweiter wichtiger Einwand gegen Foroutans These kam aus einer ganz anderen Richtung. Auch die Sozialwissenschaftlerin Anke Hassel (2018) und ihr Kollege Eberhard Seidel (2018) verneinten nicht, dass es Diskriminierung gegen Ostdeutsche und gegen Migrant:innen gibt. Beide bezweifelten aber, dass Debatten um Identitäten zu dessen Abbau führen könnten. Sie nahmen verstärkt strukturelle Ungleichheiten in den Blick und forderten bessere Schulen, Arbeitsbedingungen und Löhne sowie günstigeren Wohnraum. Nur darüber ließe sich Sicherheit und Wertschätzung gewinnen, meinte Hassel. Seidel spitzte die Kritik zu, indem er eine Beschäftigung mit den Klassenverhältnissen im Land

forderte statt einer dreigeteilten Sicht auf Westdeutsche, Ostdeutsche und Migrant:innen. In Nordrhein-Westfalen lebten schließlich mehr Menschen von Hartz IV als in allen neuen Bundesländern zusammen. Armut gebe es entsprechend in Ost wie West, wie auch Hassels Einwand implizierte, dass es auch in Westdeutschland strukturschwache Städte gebe.

Auch die beiden haben nicht Unrecht. Doch genauso wenig wie Rassismus und *Ossiphobie* gegeneinander ausgespielt werden dürfen, sollte das zwischen der diskursiven Ebene von medialer Darstellung und öffentlicher Repräsentanz einerseits und den materialistischen Betrachtungen um strukturelle Ungleichheiten andererseits geschehen. Die entscheidenden Forderungen sind jene um bessere Schulen, Arbeitsbedingungen und Löhne sowie günstigeren Wohnraum. Doch gehen die Klassenunterschiede und strukturellen Ungleichheiten einher mit Konstruktionen von Identitäten und diskursiven Zuschreibungen. Materielle Ausbeutung funktioniert nicht ohne rhetorische Rechtfertigung. Westdeutsche Firmen und Investoren konnten ostdeutsche Betriebe Anfang der 1990er übernehmen und ausplündern, weil sie als ineffizient und marode galten. Selbst effiziente Betriebe wurden pauschal abgestempelt. Ganz zurecht fordern Petra Köpping und Martin Dulig von der sächsischen SPD seit diesem Jahr eine Wahrheitskommission zur Aufarbeitung der Rolle der Treuhand. Die Stigmatisierung der arbeitslos gewordenen Angestellten als „*faule Osis*“ diene dem Zweck, die Schuld in der eigenen Arbeitsleistung zu suchen und nicht in der

wirtschaftlichen Ausbeutung Ostdeutschlands. Damit lassen sich sogar die bis heute in Ostdeutschland niedrigeren Löhne rechtfertigen. Ebenso dient das Stigma von der „*Demokratieunfähigkeit*“ der mangelnden Repräsentanz unter den politischen Eliten. Es sind die klassischen kolonialen Schemata von der Erschaffung eines Anderen, welches als minderwertig und rückständig gilt, um es dann politisch, kulturell und wirtschaftlich zu bekehren.

Verschleiert wird das Ganze vom Mantra der „*deutschen Einheit*“. „*Wir sind doch alle gleich*“ ist zwar ein schöner Spruch, er entspricht in Deutschland aber nicht den Realitäten. Wer auf ihn besteht, verleugnet Diskriminierung, Marginalisierung und Ausbeutung verschiedener Gruppen. Nur für den weißen, westdeutschen Mann können alle Menschen „*gleich*“ sein. Es ist sein Privileg, alle Menschen als „*gleich*“ anzusehen, wenn er nicht mit der Ungleichbehandlung konfrontiert ist, der Frauen, Schwarze und Ostdeutsche jeden Tag ausgesetzt sind. Deshalb ist es auch kein Zufall, dass die beiden in Westdeutschland sozialisierten Hassel und Seidel diejenigen in der Debatte waren, die die Kategorie Ost-West am Überflüssigsten fanden. Natürlich braucht es Kategorien wie Frau und Mann, schwarz und weiß, Ost und West. Denn entlang dieser Kategorien verlaufen die Linien sozialer Ungleichheit in Deutschland. Naika Foroutan sagte dazu: „*[W]er ist denn bitte noch Arbeiterklasse? Wer hat wenig Geld? Zuerst Migrant:innen, Ostdeutsche auch, alleinerziehende Frauen ebenfalls. Diese Illusion, man könnte die Kämpfe um Repräsentation von Geschlecht und Herkunft von den Klassenkämpfen trennen, das ist der Trugschluss des Populismus.*“

Eine hitzige Debatte - Wie weiter?

Die Debatte traf einen Nerv. Darin waren sich alle einig. Die Forschungsergebnisse der Studie „*Postmigrantische Gesellschaft 2*“ werden die Debatte weiter befeuern. Und das lohnt sich, denn sie ist sehr vielschichtig. Foroutans These verwischt die Grenzen jener Kategorien, auf denen der vermeintliche Antagonismus von Ostdeutschen und Migrant:innen derzeit beruht. Das ermöglicht Allianzen und einen gemeinsamen Kampf gegen die entscheidenden Ungleichheiten. Foroutan hat die Möglichkeit als erste genutzt und das Potential verdeutlicht.

Die Debatte war schließlich nicht neu, ihre Thesen in den meisten ostdeutschen Familien längst bekannt. Doch Foroutans Position als Wissenschaftlerin und ihre Zuordnung als westdeutsche Migrantin haben ihr Gehör verschafft. Damit hat sie selbst ein erstes Beispiel geliefert, wie jene Allianz ganz praktisch funktionieren kann.

Literaturverzeichnis:

Abdi-Herrle, Sasan 2018: Der Luxus, unsichtbar sein zu können. In: Zeit Online vom 27.05.2018 <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-05/ostdeutsche-migranten-heimat-fremdheit-these-kommentar>.

Ataman, Ferda 2018: Sind Osis auch nur Migrant:innen? In: Spiegel Online vom 19.05.2018 <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/warum-ostdeutsche-und-muslim-e-viel-gemeinsam-haben-kolumne-a-1208440.html>.

BIM 2018: Postmigrantische Gesellschaft 2. <https://www.bim.hu-berlin.de/de/projekte/2018/04/01/2018/08/31/postmigrantische-gesellschaft-ii/>.

Ergin, Yasemin 2018: Sind Ostdeutsche auch Migrant:innen. In: NDR Online vom 11.06.2018 <https://www.ndr.de/kultur/Sind-Ostdeutsche-auch-Migrant:innen,migranten150.html>.

Hassel, Anke 2018: Vom Land verlassen. In: taz Online vom 27.05.2018 <http://www.taz.de/!5506442/>.

Hensel, Jana 2018: Ostdeutschland - Willkommen im Club. In: Zeit Online vom 20.05.2018 <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-05/ostdeutschland-erfahrungen-migration-naika-foroutan>.

Ondreka, Lukas 2015: Joachim Gauck, die Osis und Dunkelddeutschland. In: Süddeutsche Online vom 26.08.2015 <https://www.sueddeutsche.de/politik/bundespraesident-joachim-gauck-die-osis-und-dunkelddeutschland-1.2622780>.

Kahane, Anetta 2018: Nicht in die Fallen tappen. In: taz Online vom 12.06.2018 <http://www.taz.de/!5509315/>.

Mueller, Adrian-Basil, Vanesse Schlesier und David Walden 2018: Hitlergrüße unterm Karl-Marx-Denkmal - Die Hintermänner der Chemnitz-Krawalle. In: Spiegel TV Online vom 04.09.2018, <http://www.spiegel.de/video/spiegel-tv-ueber-die-hintermaenner-der-chemnitz-krawalle-video-99020466.html>.

Neuenfeldt, Susann und Simon Strick 2018: Allianz statt Konkurrenz. In: taz Online vom 04.07.2018 <http://www.taz.de/!5514563/>.

Nguyen, Angelika 2018: Doppelt heimatlos? In: Zeit Online vom 04.06.2018 <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-05/ostdeutschland-heimat-ddr-filme-das-schweigende-klassenzimmer>.

Schulz, Daniel 2008: Professorin über Identitäten - „Ostdeutsche sind auch Migrant:innen“. In: taz Online vom 13.05.2018. <http://www.taz.de/!5501987/>.

Seidel, Eberhard 2018: Mythos Besserossi. In: taz Online vom 19.06.2018 <http://www.taz.de/!5511540/>.

SPIEGEL 1990: Wieso kommen die noch? In: Spiegel vom 19.02.1990 <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13507374.html>.

Tügel, Nelli 2018: Wie eine weitere Migration. In: taz Online vom 30.06.2018 <http://www.taz.de/!5513956/>.



Der Mythos der männlichen Solidarność

Von Klaas Anders, Bremen/Hamburg

Die offizielle Geschichtsschreibung der Solidarność-Bewegung marginalisiert die Rolle der Frauen und verbannt sie aus der öffentlichen Wahrnehmung, obwohl sie einen beträchtlichen Teil des politischen Kampfes getragen haben. Dabei bilden die Erinnerungen an Solidarność nur eine Miniatur der polnischen Gesamtgesellschaft ab. Wir betrachten die Geschichte der Solidarność-Frauen genauer und entdecken ungewöhnliche Allianzen zwischen feministischer Partizipation und katholischem Patriarchat.

Marta Dzido läuft durch dunkle Keller und deutet auf den verblassten Schriftzug auf einem alten Solidarność-Transparent, auf dem die Namen der Aktivistinnen um Anna Walentynowicz eingraviert sind. Dzido ist Filmemacherin. In „Solidarność według kobiet“ (deutsch: „Die Frauen

der Solidarność“) begibt sie sich auf die Spuren der Protagonistinnen der Solidarność und zeichnet ihre persönlichen Erinnerungen an die Bewegung nach. Die interviewten Zeitzeuginnen und Aktivistinnen wollen ihre Rolle deutlich machen und den feministischen und emanzipatorischen Charakter der Bewegung betonen, der im kulturellen und kollektiven Gedächtnis Polens immer weiter verschwindet. Tausende von Frauen kämpften in der Solidarność für ihre Rechte und Freiheiten als Arbeiterinnen und Bürgerinnen in der Volksrepublik Polen, doch werden sie sowohl in der Bewegung als auch in der kollektiven Erinnerung Polens bis heute marginalisiert. Dabei bleiben viele Fragen unbeantwortet oder werden gar nicht erst gestellt. Welche Rolle haben Frauen in der Solidarność gespielt? Welche Kämpfe haben sie ausgetragen?

Von Kranführerinnen und dem Katholizismus

Die Geschichte der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność ist eng mit der Geschichte der polnischen Frauenrechtsbewegung verbunden. Tatsächlich gab die Entlassung der Kranführerin Anna Walentynowicz den ausschlaggebenden Anstoß zu den Protesten, die oft als Startschuss für den Zerfall des Staatssozialismus in Ostmitteleuropa rezipiert werden (Hreczuk 2015). Walentynowicz stellt die zentrale Figur der Bewegung dar. Moment, werden kundige Leser:innen hier innerlich rufen und an den schnurrbärtigen Cowboy von der Leninwerft denken: Lech Wałęsa, der freundliche Elektriker, war doch Gesicht und Kopf der Bewegung! Diese Chiffre ist die gängige Deutung und wird bis heute von der Führung der Gewerkschaft forciert. Während der Verhandlungsführer Wałęsa allerdings die Proteste niederlegen wollte, nachdem den Werftarbeiter:innen eine Lohnerhöhung in Aussicht gestellt wurde, waren es vor allem die Aktivistinnen um Walentynowicz, die Druck auf Wałęsa ausübten und somit die Streikenden wieder vor die Tore der Werft trieben.

Auch wenn Frauen in der Gewerkschaft eine tragende Rolle gespielt haben, waren nur zwei von ihnen jemals im Präsidium: Walentynowicz und Alina Pienkowska. Walentynowicz wurde allerdings bereits bei den ersten Wahlen zum Präsidium zugunsten Wałęsas abgewählt (Long 1996: 168). Pienkowska, die längere Zeit im Präsidium aktiv war, wurde dort primär als Frau und nicht als Gewerkschaftlerin wahrgenommen. In ihrer Funktion wurden ihr oft weiblich konnotierte, reproduktive Tätigkeiten durch das Präsidium zugeordnet. Beispielsweise kochte und servierte sie den Tee bei den Sitzungen des Präsidiums. Die meisten Aktivistinnen teilten diese Rolle. Obwohl um die 5.000 Beschäftigte der Leninwerft Frauen waren und sie damit ein Drittel der Belegschaft ausmachten, wurden sie innerhalb der Gewerkschaft stark marginalisiert. Sie erhielten keine prestigeträchtigen Rollen in der vordersten Front, vielmehr übten sie Tätigkeiten im Hintergrund aus, die allerdings essentiell für den Erhalt der Infrastruktur waren. Ohne sie wäre der Erfolg der Bewegung nicht zu denken gewesen. Wie

kann es also sein, dass das kollektive Gedächtnis in Polen diese Akteurinnen weitgehend verdrängt und vergessen hat? Hinter dieser Entwicklung steht ein langer Prozess, der keineswegs zufällig Frauen aus der öffentlichen Wahrnehmung verbannt hat. Die Gewerkschaft war patriarchal organisiert: Sie vertrat ein stark konservatives Frauenbild, den der klerikale Einfluss der polnischen Kirche zusätzlich zementierte. Es ist kein Geheimnis, dass der Katholizismus der Solidarność immanent war: Katholische Gottesdienste bestimmten den Streikalltag. Der direkte politische Einfluss der Kirche spiegelte sich in der Gewerkschaftspolitik wider.

Von Frauen und Feminismus im Postsozialismus

Die Spannung zwischen feministischer Selbstbestimmung und klerikalem Patriarchat entlud sich schließlich in den ersten Jahren des postsozialistischen Polens. Das prägnanteste Beispiel ist die Debatte um die Illegalisierung von Abtreibungen in den 1990er Jahren. Bis dato hatte die ehemalige Volksrepublik eine vergleichsweise liberale Gesetzgebung. Doch bereits 1991 wurde der erste Entwurf zu einem faktischen Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen im Sejm eingebracht. Der Entwurf sah Haftstrafen von bis zu drei Jahren für abtreibende Frauen und die behandelnden Ärzt:innen vor (Long 1996: 170). Der Gesetzesentwurf fand jedoch weder im Parlament noch in der Bevölkerung eine breite Mehrheit, auch da die Frauen-Sektion der Solidarność massive Proteste organisierte. Das Thema wurde zwar zunächst pausiert, fand allerdings 1992 im Zuge der Wahlen wieder den Weg in den öffentlichen Diskurs. Unter der konservativen Regierung von Jan Olszewski, einem ehemaligen Anwalt und Rechtsberater der Solidarność, brachte die katholische Partei ZChN (Zjednoczenie Chrześcijańsko-Narodowe, deutsch: Christlich-Nationale Vereinigung) einen neuen Gesetzesentwurf „über den Schutz des ungeborenen Lebens“ ein. Der Entwurf wurde schließlich am 7. Januar 1993 unter der Regierung der ehemaligen Solidarność-Aktivistin und späteren Botschafterin Polens im Vatikan, Hanna Suchocka, verabschiedet und gilt bis heute als sogenannter „Abtreibungskompromiss“ (Druciarek 2016: 2). Hinter ihm



Schwarzer Protest in Opole, Oktober 2016

verbirgt sich jedoch eines der restriktivsten Gesetze innerhalb der Europäischen Union. Er erlaubt einen Schwangerschaftsabbruch nur in wenigen Ausnahmen, wie der Gefährdung des Lebens der Schwangeren oder die Schwangerschaft durch eine Vergewaltigung. Besonders deutlich wird hier der Einfluss der katholischen Kirche, der sich explizit auch durch Unterstützer:innenkreise aus der Solidarność durchsetzen konnte. Eine Petition mit 1,7 Millionen Unterschriften, die ein Referendum zur Abstimmung über das Gesetz forderten, fand keine Beachtung (Pilawaski/Polit 2016: 71).

Spätestens mit den Auseinandersetzungen um den „Abtreibungskompromiss“ zerbrach das angespannte Bündnis feministischer Akteurinnen der Solidarność mit den konservativen und katholischen Kräften in Gewerkschaft, Gesellschaft und Regierung. Infolgedessen verloren feministische Bewegungen in Polen an Einfluss. Immer mehr Frauen verschwanden aus öffentlichen Ämtern. Zusätzlich wurde ihnen durch das „Gesetz über den Schutz des ungeborenen Lebens“ die Rechte über ihren eigenen Körper abgesprochen. Vor diesem Hintergrund

lässt sich auch die Marginalisierung der Erinnerung an die Leistungen der Aktivistinnen innerhalb der Solidarność deuten. Die Entwicklungen sind Resultate einer gezielten antifeministischen Agenda der katholischen Kirche Polens, die sich durch ihre Allianz mit den konservativen Kräften innerhalb der Solidarność durchsetzen konnte. Sie prägt bis heute den Diskurs um Abtreibung und Frauenrechte.

Die Geister der Vergangenheit

„I can't believe I still have to protest this fucking shit“, so das Protestschild einer älteren Frau beim sogenannten ‚Czarny protest‘ (deutsch: Schwarzer Protest) 2016 in Warschau. Auslöser des Protestes war der Vorstoß der rechts-konservativen Regierung der PiS-Partei, die den „Abtreibungskompromiss“ durch ein faktisches Verbot jeglicher Abtreibungen aufkündigen wollte. Dieses Vorhaben war eines der ersten, das die Partei kurz nach ihrem überraschenden Wahlerfolg Ende 2015, mit dem sich auch der Einfluss der polnischen Kirche verstärkte, umsetzen wollte (Druciarek 2016: 5).

Drängt sich hier im Hinblick auf 1990 und 1992/1993 der Gedanke eines nahezu zyklisch wiederkehrenden Topos der polnischen Politik auf? Dieser Eindruck entsteht beim Blick auf die beteiligten Akteur:innen. So finden sich innerhalb der PiS alte Bekannte, die bereits in und um die Solidarność eine Rolle spielten. Hierzu gehört der zentrale Kopf der Partei Jarosław Kaczyński, Bruder des 2010 bei dem Flugzeugabsturz bei Smolensk verstorbenen polnischen Staatspräsidenten Lech Kaczyński. Die Kaczyński-Brüder waren aktiv im Umfeld der Solidarność sowie Mitarbeiter und Berater Lech Wafesas (Pilawaski/Polit 2016: 102). Auf der anderen Seite des Konflikts formierte sich der polnische Feminismus in einer neuen Allianz verschiedener Generationen. In den Kreisen der Organisator:innen des ‚Czarny protest‘ finden sich ehemalige Solidarność-Aktivistinnen, wie etwa Ewa Maria Slaska, aber auch vor allem junge Frauen, die durch die drohende Verschärfung des Gesetzes politisiert wurden. Tatsächlich zeigte der ‚Schwarze Protest‘ einen enormen Mobilisierungserfolg und brachte tausende Frauen in allen größeren polnischen Städten auf die Straße. Die Bilder der schwarz gekleideten Demonstrantinnen, die bei strömenden Regen auf den Straßen Warschaus standen, gingen um die Welt. Sie erreichten tatsächlich, dass die PiS das Gesetz zurückzog. Dennoch bleibt der „Abtreibungskompromiss“ Gegenstand tagespolitischer Auseinandersetzung, denn konservative, nationalistische und antifeministische Kräfte versuchen stetig, das Gesetz weiter zu verschärfen.

Die Solidarność: ein prototypischer Entwurf der polnischen Gesellschaft

Blicken wir auf die bis heute wirksamen ideellen und personellen Kontinuitäten, erscheint die heterogene Gemeinschaft der Solidarność als eine Miniaturversion der polnischen Gesellschaft. Die Allianzen, die dort geschlossen, und die Kämpfe, die dort ausgetragen wurden, bestimmen bis heute den politischen und gesellschaftlichen Diskurs. Das trifft auch auf die negativen Aspekte zu: Die systematische Marginalisierung der weiblichen Partizipation innerhalb der Gewerkschaft im

kollektiven Gedächtnis Polens geht mit ernstzunehmenden Angriffen auf gegenwärtige feministische Positionen einher. „Der Mythos ist männlichen Geschlechts. Die Geschichte der Frauen, der Aktivistinnen, Revolutionärinnen, Kämpferinnen ist irgendwo am Rande mit Bleistift geschrieben. Sie verblasst, weil sie nicht ernst genommen wird“, das ist die zentrale Kritik des Filmes von Marta Dzido und repräsentiert auch ihren eigenen Anspruch, die Rolle der Frauen von der Leninwerft sichtbar zu machen (Brunow 2015). Jedoch lassen sich besonders gegenwärtig starke Bestrebungen im erinnerungspolitischen Diskurs Polens beobachten, die konträr zu Dzidos Projekt wirken. Die Neukonstituierung der polnischen Museen- und Gedenkstättenlandschaft nach den nationalistisch-konservativen Idealen der PiS-Regierung versucht die ohnehin schon marginale Erinnerung an die polnischen Feministinnen weiter zu verdrängen. Angesichts des Paradigmenwechsels der rechtskonservativen PiS ist es daher umso wichtiger, Frauen als Akteurinnen der polnischen und europäischen Geschichte hervorzuheben und sie in der kollektiven Erinnerung zu verankern.

Literaturverzeichnis:

Brunow, Dagmar: „Die Frauen der Solidarność“, *blog feministische studien* (28.12.2015), <http://blog.feministische-studien.de/2015/12/die-frauen-der-solidarnosc>.

Druciarek, Małgorzata: „Schwarzer Protest – in Richtung eines neuen ‚Kompromisses‘ beim Abtreibungsrecht?“ In: *Polen-Analysen* Nr. 191, 2016, S. 2-6.

Hreczuk, Agnieszka: „Die Solidarnosc-Frauen“, *Ostpol* (28.08.2015), https://www.ostpol.de/beitrag/4370-die-solidarnosc_frauen.

Long, Kristi: *We all Fought for Freedom: Women in Poland's Solidarity Movement*. Boulder: Westview Press 1996.

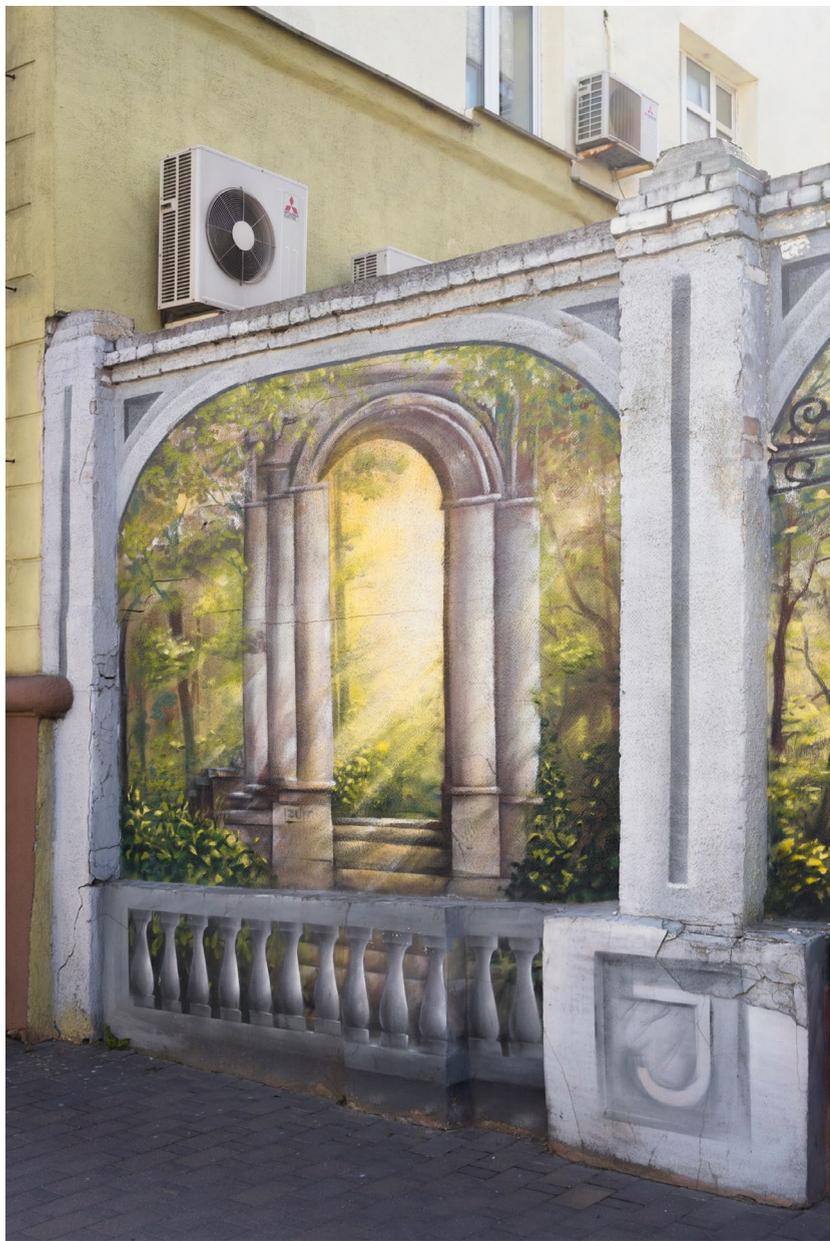
Pilawaski, Krzysztof und Polit, Holger: *Polens Rolle rückwärts. Der Aufstieg der Nationalkonservativen und die Perspektive der Linken*. Hamburg: VSA 2016.

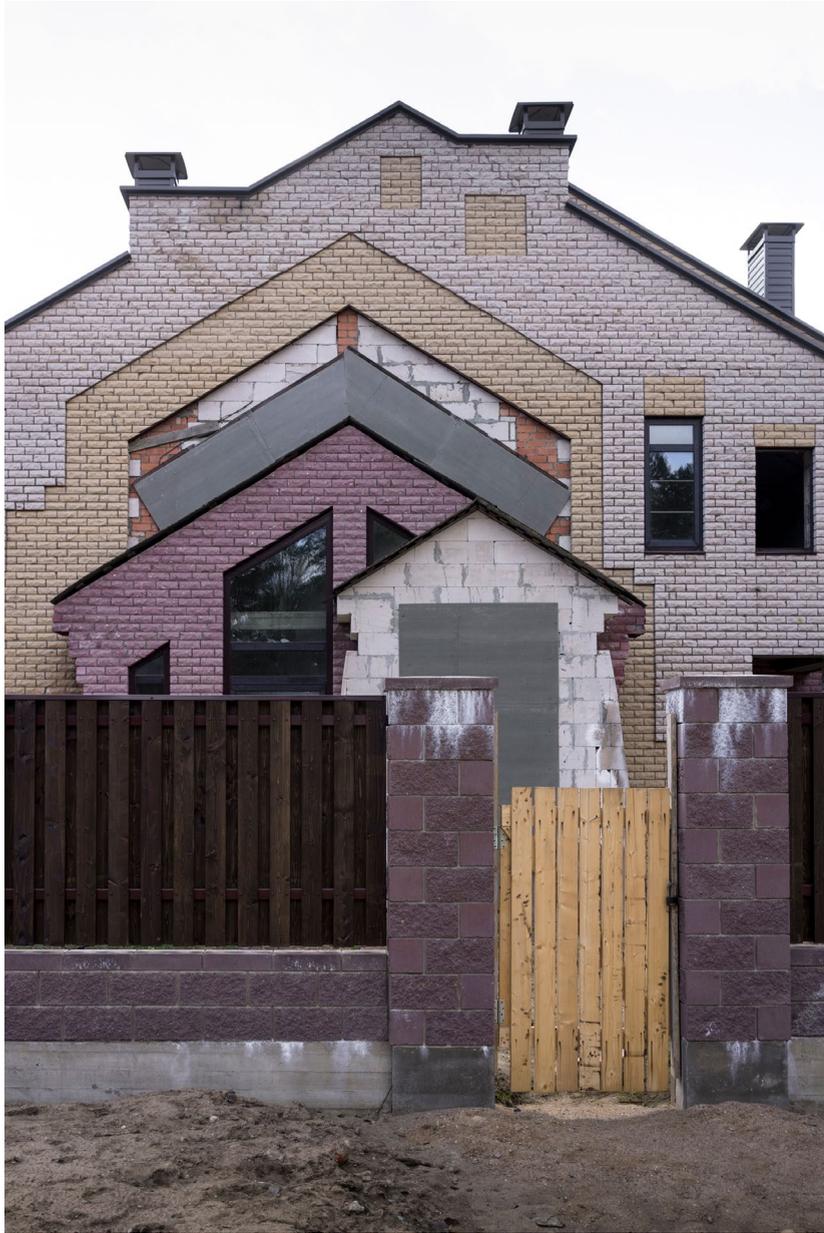


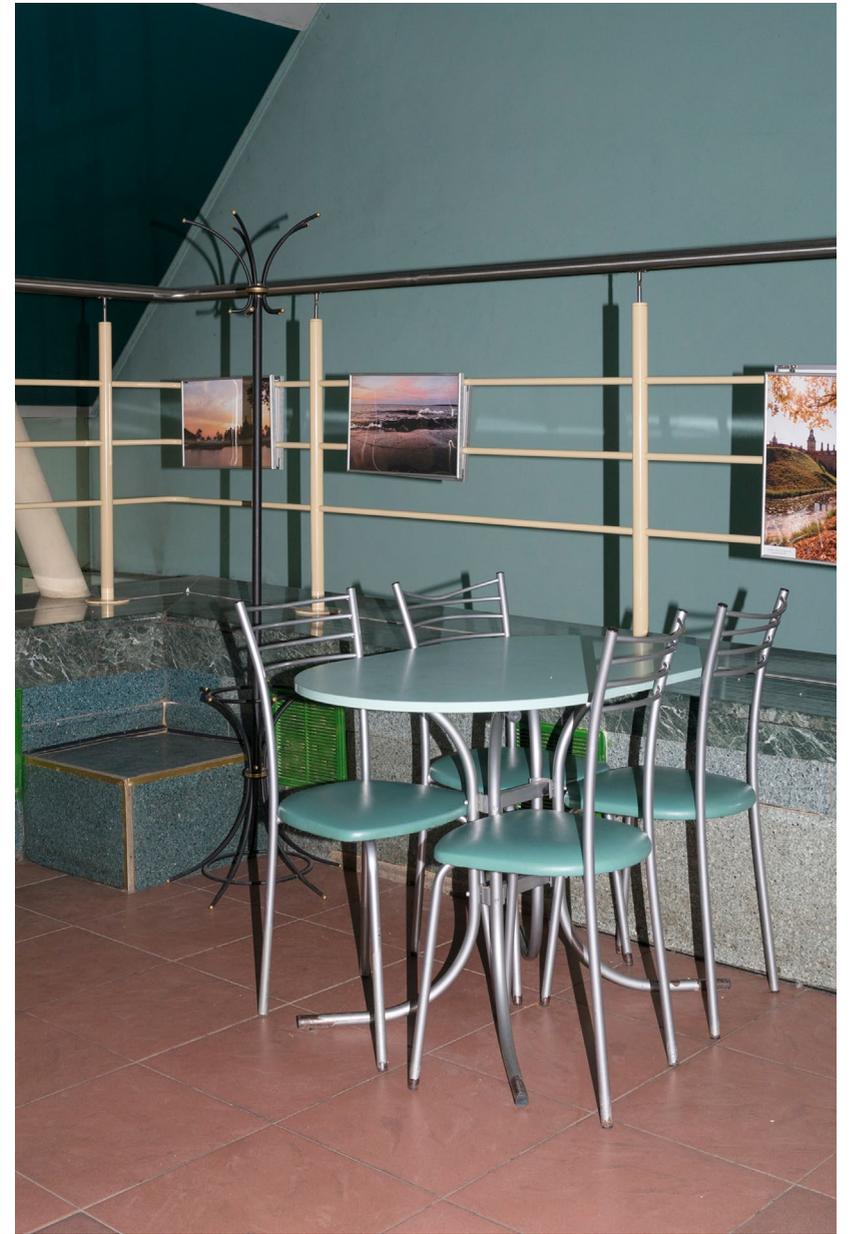
Dreamland

Nach der Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg baute die Sowjetunion Minsk als Symbol für einen utopischen Traum wieder auf. Doch Utopien sind per Definition nicht real. Was bleibt, ist die Illusion einer Verwirklichung. Eine Stadt, die sich mit der seltsamen Kulisse eines großen Traums schmückt.

Fotos von Christina Rabe









„In Russland ist eine regelrechte Gefängniskultur entstanden.“

Von Annika Grützner, Berlin

Dmitry Glukhovskiy ist einer der erfolgreichsten Autoren Russlands. Auch international wurden seine Romane zu Bestsellern. Nach seiner postapokalyptischen „Metro“-Reihe, dem dystopischen „Future“ oder dem phantastischen „Sumerki“ wurde sein neuester Titel „Text“ nun in deutscher Übersetzung veröffentlicht. Mit „Text“ legt Glukhovskiy einen politischen Thriller als Abrechnung mit Putins Russland vor. Im Interview, das in Kooperation mit Read Ost im Rahmen des Internationalen Literaturfestivals Berlin entstand, sprechen wir mit ihm über sein neuestes Werk, seiner Einstellung zu Russland und seine zukünftigen Projekte.

Woher erhalten Sie Ihre Inspiration?

Das hängt von der Geschichte ab. Für „Text“ habe ich zum Beispiel vor sieben Jahren einen Regisseur getroffen, der mir als Ausgangshandlung für ein Drehbuch vorschlug, dass ein Mann das Smart-

phone eines anderen findet. Meine Geschichte fing nun damit an, dass dieser Mann einen Polizisten umbringt, als Rache dafür, dass dieser ihm bei einer Kontrolle Kokain in die Tasche steckte und ihn verhaftete. Nach der Rückkehr aus dem Gefängnis und dem Mord stiehlt er das Handy des Opfers und übernimmt dessen digitales Leben. Das war die Idee, die mir sofort in den Kopf kam, allerdings war sie für den Regisseur zu hart – zu politisch, zu kritisch gegenüber der Polizei. Ihm war es zu viel, obwohl es genau die heutige Situation in Russland widerspiegelt. Als ich ihn fünf Jahre später fragte, ob ich ein Buch daraus machen könne, stimmte er mir zu. Im Grunde kam die Inspiration für „Text“ aus der Idee, dass eine Person das Leben einer anderen durch das Handy übernimmt. Was mich hier darüber hinaus aber am meisten prägt, ist die fehlende politische Freiheit in Russland. Es gibt zwar die persönliche Freiheit, wir können beispielsweise reisen, wohin wir wollen, arbeiten, wo wir wollen – hier sind

wir frei, aber politisch sind wir es nicht. Dazu gibt es ein Kastensystem mit einer Trennung zwischen den „einfachen“ Menschen und denen, die Macht haben. Sie sind unantastbar und werden nicht für mögliche Verbrechen bestraft, da sie über dem Gesetz stehen. Die Mehrheit der Russen hat keine Garantie auf die einfachsten Menschenrechte.

Was für mich besonders spannend war, sind die Leute der oberen Schicht und dazu zähle ich auch Putin, die durch diese Unantastbarkeit ihre moralischen Werte hinten anstellen und der Bevölkerung vorgeben, es gäbe immer nur schwarz oder weiß, gut oder schlecht. Sie lügen, stehlen, fallen in andere Länder ein. Sie wollen frei von Gesetzen sein und glauben an ein System des Stärkeren. In „Text“ schreibe ich über eine Figur, die das Leben eines anderen durch das Handy stiehlt, seinen digitalen Fingerabdruck. Unsere Smartphones offenbaren so viel mehr, als wir jemals unseren engsten Bezugspersonen anvertrauen würden, sie beinhalten Texte, Fotos, Videos, sämtliche Emotionen und Erinnerungen, die wir erhalten wollen. Alles ist da, das Gute und das Schlechte. Wenn dieses also nun in die Hände einer anderen Person fällt, gibt es alle Möglichkeiten, uns zu kopieren und unsere Geheimnisse öffentlich zu machen. Im Buch gelangt dadurch eine Person der unteren Schicht in die obere, zumindest digital. Eine Möglichkeit, die sich sicher sonst nie ergeben hätte.

Ist auch Ihr Leben auf Ihrem Smartphone gespeichert?

Auf jeden Fall! Deswegen habe ich mein Leben zerteilt: in mein privates Handy und mein Arbeits handy. Sollte eines davon also gestohlen werden, bekommen die Diebe immerhin nur mein halbes Leben.

Haben Sie für „Text“ auch mit Drogendealern, -opfern oder Polizisten gesprochen?

Ich sprach mit drei ehemaligen Häftlingen und zwei Polizisten, die das Buch im Vorfeld gelesen haben. Auch ein Beamter der Drogenvollzugsbehörde hat es anonym geprüft. All die Informationen über Korruption, den Verkauf von konfiszierten Drogen durch

die Polizei, die Arbeit innerhalb der Polizei, die Unterstützung durch den FSB, dem Inlandsgeheimdienst der Russischen Föderation, sind wahr. Die Authentizität der Geschichte war mir sehr wichtig. Die Handlung ist zwar fiktiv, sie könnte aber jederzeit so passieren.

Glauben Sie, es ist für ehemalige Häftlinge möglich, sich nach Verbüßung ihrer Strafe in die Gesellschaft zu reintegrieren?

„In Russland existiert ein Kastensystem, das die Grenze zwischen den „einfachen“ Menschen und denen, die Macht haben, zieht.“

Ja und nein. Es ist ein Stempel, den man immer tragen wird. Es gibt in Russland sehr viele Menschen, die schon einmal im Gefängnis waren, rund 15 bis 20 Prozent der Gesamtbevölkerung. Dadurch ist eine regelrechte Gefängniskultur entstanden, die einen großen Einfluss auf die Gesellschaft und Politik hat. Die Gefängnisse in Russland sind eine Art Parallelgesellschaft, mit ihren eigenen Werten, eigenen Mythen und einer eigenen Popkultur. Russland ist bekannt für seine Unberechenbarkeit, frei nach dem Motto, du kannst immer zum Bettler werden und/oder im Gefängnis landen. Kritischen Journalisten oder erfolgreichen Geschäftsmännern kann es sehr schnell passieren, dass sie zur Zielscheibe und aufgrund falscher Verdächtigungen verhaftet werden. Ein neues russisches Gesetz führt dazu, dass Drogendelikte besonders hart bestraft werden. So gibt es viele junge Leute, die eine Strafe verbüßen, auch für den kleinsten Drogenkonsum. Und dass auch nur, weil Polizisten ihre Erfolge hochschrauben müssen. Da es nun so viele Personen gibt, die täglich riskieren, verhaftet zu werden, ist diese Gefängniskultur allgegenwärtig. Auf YouTube gibt es beispielsweise sehr häufig angeklickte Videos, die erklären, wie man sich im Gefängnis verhalten sollte, um bestehen zu können. Die Haft verändert dich und deine Sicht auf das Leben und viele macht sie stärker. Ob man die Häftlinge reintegrieren kann? Man kann definitiv in die Politik gehen und seine

dubiose Vergangenheit als Einfluss nutzen. Denn über die letzten 20 Jahre ist das organisierte Verbrechen innerhalb der Politik immer stärker geworden. Hier gibt es viele Verbindungen zu dem FSB, zu den Ministerien oder Polizeistationen, die beginnen, wie Kriminelle zu denken und das Land lenken.

Sie leben auch in Barcelona. Ist das eine Art Flucht vor Russland, speziell Moskau?

Nein, ganz und gar nicht. Ich pendle zwischen Moskau, Barcelona und Deutschland. Mir geht es hier einfach um Mobilität und ich würde mich als enthusiastischen Kosmopoliten bezeichnen. Es ist wunderbar, dass die Grenzen offen sind. Mal abgesehen von denen, die wir uns selber setzen. Aber natürlich verbringe ich viel Zeit in meiner Heimat. Eine Flucht nach Spanien wäre wohl am ehesten die vor den kalten Temperaturen in Russland.

Wenn Sie Moskau in drei Wörtern beschreiben müssten, welche wären es?

Das wären spontan *strahlend*, *anstrengend* und *vortäuschend* (shining, struggle, pretending). Und ein viertes: *Babylon*, weil sich hier auch so viele Kulturen und Sprachen vermischen.

Sie wurden durch Ihre Metro-Bücher bekannt, in denen die Menschen nach einem Atomkrieg in den U-Bahn-Schächten und -Stationen Moskaus leben. Denken Sie noch manchmal an die Figuren und Situationen, wenn Sie die Metro nutzen?

Vielleicht, nur selten, an ein paar wenigen Stationen, denn sonst wäre das viel zu viel. Ich habe den ersten Metro-Band vor 20 Jahren geschrieben und um ehrlich zu sein, werde ich ein wenig müde bei diesem Thema. Natürlich wird es mich immer begleiten und nie richtig zu Ende sein. Im nächsten Jahr wird es zum Beispiel ein neues Videospiel geben. Allerdings arbeite ich an vielen anderen Dingen und „Text“ ist nur ein Teil davon. Ich schreibe derzeit beispielsweise an Theaterstücken und Drehbüchern. Dabei versuche ich auch, mich von den großen, bombastischen Settings abzuwenden,



denn es ist für mich viel anspruchsvoller und komplizierter, etwas Realistisches und Intimes zu schreiben, als eine komplette apokalyptische Welt zu erfinden.

Sehen Sie Unterschiede im westlichen und im russischen Science-Fiction-Genre?

Es gab größere Unterschiede zwischen westlicher und sowjetischer Science-Fiction. Sowjetische Science-Fiction war nicht so düster und berief sich mehr auf die sozialen Probleme im System, die natürlich nicht offen ausgesprochen werden konnten und in Hinweisen versteckt wurden. Das Genre war nicht unbedingt dazu gedacht, seine Leser:innen und Leser zu unterhalten. Im Westen hingegen konnte man schreiben, was man wollte, mit Ausnahme der Legitimation des Nationalsozialismus. In der freien Marktwirtschaft fällt der Aspekt dieser

versteckten Kritik an der Politik weg, denn sie wird nun tagtäglich offen ausgetragen. Science-Fiction ist zum reinen Entertainment geworden, auch in Russland. Der Unterschied heute ist, dass das Genre Unterhaltung für die bietet, die von der Realität enttäuscht oder gelangweilt sind oder sich einfach einer anderen Lebenswelt zuwenden wollen, auch als Flucht. In Russland war das erfolgreichste Subgenre der Science-Fiction-Literatur des letzten Jahrzehnts beispielsweise nicht das postapokalyptische, das gab es in den 90ern, als auch ich „Metro“ schrieb. Nein, in den letzten Jahren waren es besonders Zeitreiserothane, die in Russland Erfolg hatten. Hier geht es immer darum, Russland oder die Sowjetunion auf eine eher naive Weise wieder groß und stark zu machen.

„Das derzeit erfolgreichste Subgenre der Science Fiction-Literatur in Russland ist der Zeitreiserothane. Hier geht es inhaltlich dann darum, Russland oder die Sowjetunion groß und stark zu machen.“

Wie viel von Ihnen steckt in Ihren Figuren?

Sehr viel, aber natürlich nicht alles. Ich verteile immer etwas von mir auf die Charaktere oder übernehme Eigenschaften, die ich in meinem Umfeld sehe. Wenn man eine Geschichte ernsthaft schreiben will, sollten die Figuren auch eine Quintessenz von dir tragen. In meinem Roman „Future“ gibt es zum Beispiel einen sadistischen Psychopathen und ich denke, dass jeder von uns auch davon etwas in sich trägt. Als Autor muss man manchmal sein inneres Tier freilassen, um die Geschichte mit Leben zu füllen. Es wäre interessant, demnächst auch mal eine Frau zur Hauptfigur zu machen, um zu sehen, was passiert.

Arbeiten Sie bereits an einem nächsten Roman?

Ich habe gerade ein Theaterstück beendet und überlege nun, welche Geschichte ich zu Papier bringen soll. Ich habe drei Ideen und muss sehen, welche davon es als nächstes wird.

Gibt es unter Ihren bisherigen Romanen und Projekten einen Favorit?

Normalerweise ist immer das letzte Projekt mein Favorit, da ich meine ganze Leidenschaft in den Schreibprozess lege. Vielleicht war ich mit 17 beim Schreiben des ersten Metro-Romans thematisch nicht ausreichend informiert, aber ich habe mein Bestes gegeben und ich denke, dass er darum heute noch so beliebt ist. Generell ist jedes meiner Bücher bei einer anderen Lesergruppe angekommen. „Future“ beispielsweise wurde trotz seiner Brutalität sehr gerne von Frauen gelesen. Mich freut diese breite Leserschaft sehr, denn je älter ich werde, desto mehr versuche ich mich literarisch weiterzuentwickeln.

Wer sind Ihre persönlichen Lieblingsautorinnen und -autoren?

Das ist eine schwierige Frage. Als Jugendlicher ist es oftmals leicht, diese schnell zu beantworten, da man sich dadurch definiert. Doch im Laufe der Jahre wird es immer komplizierter, genau das zu finden, was einen aktuell beschäftigt und prägt. Die Favoriten ändern sich dann schnell. Manchmal kommt es auch einfach auf die Stimmung an. Es gibt dann Romane, die zu einer bestimmten Jahreszeit passen oder welche, die dich besonders motivieren. Gleichzeitig gibt es Autoren, die man erst später nach wiederholtem Lesen für sich entdeckt. Im Moment beschäftige ich mich viel mit sowjetischen Autoren aus den 1920ern wie Isaac Babel oder Warlam Schalamow. Außerdem lese ich viel zeitgenössische Literatur von Donna Tartt bis Hanya Yanagihara und die Gewinner des Pulitzerpreises.

Dmitry Glukhovskiy: „Text“, 368 Seiten, 19,90€, erschienen beim Europa Verlag



Koloniale Spuren als Werbegag: Die Lausitz wirbt mit ihren „Entdeckern“.

Am (ost)deutschen Wesen soll die Welt genesen

Verwischte Spuren kolonialer Beteiligungen

Von Max Wegener, Leipzig

Das koloniale Vermächtnis ostdeutscher Städte und Länder ist mit dem anticolonialen Selbstbild der DDR und der Nachwendezeit in Vergessenheit geraten. Postkoloniale Gruppen sind in Ostdeutschland marginalisiert. Die Gruppe Leipzig Postkolonial verlässt die akademische Blase und diskutiert mit Mitgliedern von Heimatvereinen. Sie will das gesellschaftliche Geschichtsverständnis verändern, indem sie lokale Bezüge zum Kolonialsystem aufzeigt.

In den letzten Jahren hat die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialvergangenheit, ihrer Verbrechen und Kontinuitäten merklich zugenommen. Eine herausragende Rolle nimmt dabei das Bündnis *Völkermord verjährt nicht!* ein, das bundesweit um die Anerkennung des

Genozids an den OvaHerero und Nama während der deutschen Kolonialherrschaft im heutigen Namibia kämpft. Auch auf lokaler Ebene bilden sich immer mehr postkoloniale Initiativen. Während Gruppen in westdeutschen Städten wie Bremen, Hamburg, Freiburg, Köln oder München bereits seit vielen Jahren aktiv sind, nimmt die Zahl solcher Gruppen mittlerweile auch in ostdeutschen Städten zu. Diese Verzögerung ist nicht verwunderlich, schließlich sind die Bedingungen lokalhistorischer Aufarbeitung zum Teil sehr verschieden. So sind der deutsche Kolonialismus und seine Kontinuitäten zwar notwendigerweise der gleiche Untersuchungsgegenstand, jedoch sind die vorhandenen Spuren in Ost und West sehr unterschiedlich. Damit meine ich nicht nur die unterschiedlichen Rollen der Städte im

(post-)kolonialen Kontext, sondern auch den Umgang mit dem kolonialen Erbe in den beiden deutschen Staaten, der die jeweilige Arbeit und deren Herausforderungen beeinflusst. Doch was sind diese spezifischen Grundlagen, auf denen postkoloniale Gruppen in Ostdeutschland aufbauen können, um zu einer transformativen Auseinandersetzung mit dem kolonialen Erbe im weiteren gesellschaftlichen Kontext zu gelangen?

Ostdeutsche Spezifika: Vom staatlichen Antifaschismus, Antikolonialismus und proletarischen Internationalismus

Dass die DDR ihrem Selbstverständnis nach antifaschistisch und antikolonial war, lässt sich in ihrer Verfassung nachlesen. Bereits in der Fassung von 1968 stand geschrieben, dass die Wurzeln des Nazismus auf dem Boden der DDR ausgerottet seien (Verfassung DDR, Art. 6, Abs. 1:1968 (1974)). Offen gelassen wird an dieser Stelle jedoch, um welche Wurzeln es sich konkret handelt. Aus postkolonialer Perspektive stellt sich die Frage, ob dies auch ein Verständnis um den deutschen Kolonialismus beinhaltet, der ohne Frage auf verschiedenen Ebenen auch den NS erheblich beeinflusste (Madley: 2005). An dieser Stelle sei auf die Entnazifizierung in der DDR verwiesen, die nach den Waldheimer Prozessen im Juni 1950 bereits beim III. Parteitag der SED einen Monat später qua Beschluss für beendet erklärt wurde. Bereits zwei Jahre später erfolgte die Zuerkennung der Bürgerrechte ehemaliger Mitglieder der NSDAP sowie die von Erich Mielke ausgegebene „Richtlinie 21“ desselben Jahres, die die Anwerbung insbesondere von ehemaligen Offizieren, Unteroffizieren, Angehörigen der GeStaPo und von Offizieren der Abwehr als geeignete Personen zur Mitarbeit vorsah (Waibel: 2012). Hierin offenbart sich die Ambivalenz der verlautbarten Ausrottung der Wurzeln des Nazismus. Sie lassen sich eher als Beseitigung der Spuren des NS sehen.

Auch die Beseitigung kolonialer Spuren erfolgte in einer ähnlich kosmetischen Manier. So wurden Straßen mit Kolonialnamen umbenannt und die

Inschriften von Denkmälern und Erinnerungsorten in den 1950er Jahren entfernt. Diese Praxis der Verunsichtbarung war eine gesamtdeutsche, wobei sie in der BRD zunächst von der amerikanischen Militärverwaltung nach dem Zweiten Weltkrieg und später von der 68er Bewegung getragen wurde (Vugts: 2015). Die Intentionen hinter beiden Verunsichtbarungen waren freilich sehr unterschiedlich, richtete sich die eine gegen den deutschen Nationalismus und Militarismus und letztere gegen den westlichen Imperialismus und Antikommunismus. Im Ergebnis bedeutete dies aber in beiden Fällen, dass ein kritischer gesellschaftlicher Umgang mit dieser Zeit deutlich erschwert, wenn nicht gar verunmöglicht wurde. Im Osten gelangte mit der Ideologie des proletarischen Internationalismus ein oktroyiertes Konstrukt mit klarem Freund-Feind Schema in den Bildungskanon, das dem Verständnis nach klar antikolonial war. Jedoch richtete sich dies eher gegen einen westlichen Imperialismus, was schlicht eine Negation kolonialer Kontinuitäten auf ostdeutschem Boden bedeutete.

Die Betrachtung des anticolonialen Verständnisses in der DDR zeigt, dass Kolonialismus nur die formale Kolonialherrschaft meinte, wie sich aus der Verfassung ablesen lässt. So unterstreicht die Staatsführung ihren Anspruch, die Staaten und Völker, die gegen den Imperialismus und sein Kolonialregime, für nationale Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen, in ihrem Ringen um gesellschaftlichen Fortschritt zu unterstützen (Verfassung DDR, Art. 6, Abs. 3:1968 (1974)). Im historischen Kontext ist diese Formulierung für eine vormalige Kolonialmacht, auch wenn es sich nur um einen Teil einer solchen handelte, durchaus als progressiv zu bewerten. Jedoch lässt dieses Verständnis in gleichem Maße das dem Kolonialismus konstituierende Überlegenheitsdenken außer Acht. Zwar gab es auch staatliche Publikationen, aus denen sich eine tendenziell postkoloniale Kritik ablesen lässt. Hierzu zählen beispielsweise Veröffentlichungen anlässlich der UN-Kampfdekade gegen Rassismus und Rassendiskriminierung von 1973 bis 1983 als Folge des Beitrittes der DDR zur UN. Allerdings kamen auch sie nicht ohne eine kolonialassistive Sprache aus (Weinberger: 1976).



Früher Kaiserstraße, heute India Street. Bagamoyo, Tansania.

Weit wichtiger als die staatliche Vorgabe, jetzt und von nun an proletarisch-internationalistisch zu denken und zu handeln ist jedoch die Frage, wie weit diese Haltung in der Gesellschaft verankert war. Eine Studie aus dem Jahr 2003, die fremdenfeindliche Einstellungen unter ostdeutschen Jugendlichen seit den frühen 1980er Jahren untersucht hat, belegt an dieser Stelle, dass gerade die Gruppe der heute unter 50-Jährigen xenophoben Einstellungen zustimmte. Allerdings macht die Studie nicht allein die DDR-Sozialisation verantwortlich (Saunders: 2004).

Dabei ist es eben auch diese Bevölkerungsgruppe, die postkoloniale Arbeit erreichen muss, wenn postkoloniale Kritik außerhalb akademischer Kreise ein wirklich transformatives Potential entfalten soll.

Raus aus der Wohlfühlzone, auch wenn es hart wird

Ich schlage an dieser Stelle eine möglicherweise merkwürdig anmutende Allianz vor: Postkoloniale Gruppen in Ostdeutschland sollten sich verstärkt mit heimatgeschichtlichen Vereinen, Initiativen und Einzelpersonen vernetzen als bisher. Ich mache das ganz konkret an meinen Erfahrungen mit dem Leipziger Geschichtsverein fest. Hier liegt der glückliche Fall vor, dass die Vorsitzende des Vereins gleichzeitig die Leiterin des Stadtarchives ist. Hierdurch hat die Gruppe *Leipzig Postkolonial* Zugang zu einem neuen Publikum für einen Vortrag zu kolonialen Erinnerungsorten erhalten. Dies war jedoch, anders als gewohnt, nicht eher jung und akademisch

geprägt, sondern im Gegenteil hauptsächlich älter und DDR-sozialisiert und bildete in der Diskussion ein sehr breites politisches Spektrum ab. Gerade diese zugegebenermaßen äußerst schwierige geführte Auseinandersetzung, die zum Teil abseits der *political correctness* geführt wurde, hatte einen positiven Nebeneffekt: Postkoloniale Kritik hat die akademische Wohlfühlzone verlassen und Personen adressiert, die hiermit vorher noch nie konfrontiert waren. Eine Aussage eines mittelalten Herren möchte ich an dieser Stelle besonders hervorheben. Dieser erwiderte auf die Darlegung rassistischer Kontinuitäten seit der Kolonialzeit, dass er es Leid sei, immer über Rassismus reden zu müssen, schließlich passiere das überall, im Radio und in der Zeitung, da möchte er sich nicht auch noch in seiner Freizeit damit beschäftigen müssen. Schließlich gab es in der DDR keinen Rassismus, dieser sei erst mit der Wende nach Ostdeutschland gelangt.

Wie viel die Gäste von der Veranstaltung tatsächlich mitgenommen haben, zumal viele auch frühzeitig gegangen sind, steht freilich auf einem anderen Blatt. Dennoch gab es nach dem Vortrag, wenn auch wenige, positive Rückmeldungen und Danksagungen einiger Diskussionsteilnehmer:innen.

Wenig überraschend war, dass auch hier die vermeintliche Kürze der deutschen Kolonialherrschaft im Vergleich zu anderen westeuropäischen Kolonialmächten betont wurde. Es ist gerade die Kooperation zwischen postkolonialer Kritik und heimatgeschichtlichen Vereinen, die mir geeignet erscheint, um das Verständnis der deutschen Kolonialzeit als „relativ kurz“ verglichen mit anderen europäischen Kolonialmächten und als „relativ unbedeutend“ gegenüber den NS-Verbrechen im Kontext der deutschen Erinnerungskultur aufzubrechen. Dies kann gelingen, wenn postkoloniale Kritik die kolonialen Verstrickungen deutscher Kleinstaaten in das Kolonialsystem vor der Gründung des Deutschen Reichs aus lokal- und regionalhistorischer Perspektive aufzeigt. Das ist auch der Kern der Arbeit postkolonialer Gruppen und wird insbesondere durch Stadtrundgänge umgesetzt. Gerade die Schaffung von lebensweltlich greifbaren Bezügen abseits einer nationalen Meistererzählung ist hierfür besonders wichtig.

An Beispielen des kolonialen Erbes ostdeutscher Länder mangelt es nicht: So lässt sich seit dem 16. Jahrhundert ein Zuwachs des Reichtums ganzer Landstriche auch in Ostdeutschland feststellen, der durch die direkte oder indirekte Beteiligung am transatlantischen Versklavungshandel begründet ist.



Statue im Fürst-Pückler-Park in Bad Muskau.



Spuren noch immer sichtbar: Ehemaliger Kolonialwarenladen in Danzig-Orunia, heute Gdansk Oruni.

An dieser Stelle sind beispielhaft die immerhin 34 Jahre währende brandenburgische Kolonie Groß Friedrichsburg im heutigen Ghana zu erwähnen, über die das Verbrechen der Verschleppung von über 17.000 Afrikaner:innen organisiert und umgesetzt wurde (van der Heyden: 2001). Dieses frühe Kolonialprojekt war ein wichtiger Bezugspunkt für die Kolonialbefürworter des Kaiserreiches, insbesondere aus dem Haus zu Pückler-Muskau. Sie versuchten hierdurch Einfluss auf Reichskanzler Bismarck auszuüben (Morgenstern: 2011).

Doch auch abseits der direkten Beteiligung an kolonialen Verbrechen haben ganze Landstriche in Thüringen, Sachsen und Schlesien durch die Bereitstellung von Tauschgütern für den Dreieckshandel wie Textilien, Waffen und Glas eine protoindustrielle

Entwicklung erfahren, die zugleich zu einer erhöhten Kaufkraft und Nachfrage nach Kolonialwaren geführt und damit zur Intensivierung des Kolonialismus als System beigetragen hat (Weber: 2009).

Rassismus made in Leipzig

Im 19. Jahrhundert kam die Verwissenschaftlichung rassistischer Einstellungen aufgrund der vermeintlichen technologischen Überlegenheit hinzu. Diese strukturiert auf epistemischer Ebene bis heute ein weißes Überlegenheitsdenken durch die Einteilung der Welt in absolute Gegensatzpaare, von Natur und Kultur, Moderne und Rückständigkeit, und schließlich als Kontinuität von Industrie- und Entwicklungsland. Dabei werden jedoch notwendigerweise sämtliche Zwischenstufen negiert, was im Fall

Ostdeutschlands nach der deutschen Einheit den seltsamen Fall begründet, ein Gebiet eines Industrielandes ohne nennenswerte Industrie vorzufinden.

Während koloniale Akteure aus westdeutschen Hafenstädten wie Hamburg oder Bremen oder aus industriellen Schwerpunkten wie dem Rheinland vorrangig ökonomische Aspekte des Kolonialismus beförderten, kommt Akteuren aus ostdeutschen Städten eher die Rolle der erwähnten Verwissenschaftlichung rassistischer Weltbilder zu. In Leipzig lebte und forschte Friedrich Ratzel. Er ist Begründer der Lebensraum-Ideologie und hat als Professor am Institut für Geografie die Ausrichtung der Kolonialwissenschaft entscheidend mitgeprägt. Bis heute ist nach ihm eine Magistrale in der Stadt benannt, ohne dass heute noch jemand weiß, wer er überhaupt war. Ein weiteres Beispiel ist die Leipziger Abteilung der Deutschen Kolonialgesellschaft, die durch Ernst Hasse bereits vor der Gründung eines entsprechenden Dachverbandes besonders vehement für den kolonialen Gedanken geworben hat. Hasse stand seinerzeit in Austausch mit Heinrich von Pückler-Muskau, wie aus dem Archiv für Geographie des Leibniz-Institutes für Länderkunde hervorgeht (IfL: K 431-434). Auch in der Weimarer Republik nahm Leipzig in seiner Rolle als Verlagszentrum eine unrühmliche Rolle für den Kolonialrevisionismus ein. Der Kolonialverbrecher Paul von Lettow-Vorbeck verlegte dort seinen Kolonialroman *Heia Safari*, das seinerzeit als Bestseller den Kolonialrevisionismus befeuerte und eine ganze Generation prägte.

Fazit

Das Wissen um das koloniale Vermächtnis im heutigen Ostdeutschland fehlt im kollektiven Gedächtnis oder tritt hinter die Erfahrungen während der DDR- und Nachwendezeit zurück. Doch in der Lernerfahrung vieler älterer Ostdeutscher liegt zumindest im Ansatz ein Potential vor, das sich für eine kolonialismuskritische Geschichtsvermittlung nutzen lässt. Wichtig ist eine Sprache, die weder individuelle Erfahrungen relativiert noch sich einer allzu akademischen Sprache bedient, um von einem bloßen „Erzählen über“ zu einer wirklichen Transformation

des gesellschaftlichen Geschichtsverständnisses zu gelangen. Dabei ist die Auseinandersetzung über politische Schranken hinweg von herausragender Bedeutung.

Literaturverzeichnis:

Leibniz-Institut für Länderkunde, Archiv für Geographie: Deutsche Kolonialgesellschaft Abteilung Leipzig. Findbuch. Online unter http://www.ifl-leipzig.de/fileadmin/user_upload/Bibliothek_Archiv/Archiv_Findb%C3%B6cher_PDF/Deutsche_Kolonialgesellschaft.pdf.

Madley, Benjamin: From Africa to Auschwitz: How German South West Africa Incubated Ideas and Methods Adopted and Developed by the Nazis in Eastern Europe. In: *European History Quarterly* 35 (3) 2005.

Morgenstern, Ulf: Ein Schiff wird kommen... Ein Silbermodell der Fregatte „Kurprinz“ zu Otto von Bismarcks 70. Geburtstag. Bismarck-Stiftung, Das Besondere Exponat. Online unter: <http://www.bismarck-stiftung.de/2011/08/25/ein-schiff-wird-kommen-ein-silbermodell-der-fregatte-kurprinz-zu-otto-von-bismarcks-70-geburtstag/>. 2011.

Saunders, Anna: Ostdeutschland: Heimat einer xenophoben Tradition? Berliner Debatte Initial 14 (2) 2003.

van der Heyden, Ulrich: Rote Adler an Afrikas Küste. Die brandenburgisch-preußische Kolonie in Westafrika. Berlin 2001, 2. Auflage.

Vugts, Kimberley: Deutsche Denkmäler des deutschen Kolonialismus (1884-1919) und die deutsche koloniale Erinnerungskultur. Nijmegen 2015.

Waibel, Harry: Rassisten in Deutschland. Frankfurt a.M. 2012.

Weber, Klaus: Deutschland, der atlantische Sklavenhandel und die Plantagenwirtschaft der Neuen Welt. In: *Journal of Modern European History*, 7 (1) 2009.

Weinberger, Gerda: Gegen Rassismus und Rassendiskriminierung – Kampfdekade der UNO. Staatsverlag der DDR, Berlin 1976.



Vielschichtig wie die Spätaussiedler:innen: russische Matroschkas.

Gescheiterte Integration?

Das Verhältnis zwischen AfD und Spätaussiedler:innen

Von Anna Gorskih, Leipzig

In Deutschland leben circa 17 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, rund 2,3 Millionen davon sind Spätaussiedler:innen¹ aus der ehemaligen UdSSR. Die wahlberechtigten Spätaussiedler:innen bilden dabei ein nicht zu unterschätzendes Wähler:innenpotential. Insbesondere die AfD bemüht sich darum, sie für sich zu gewinnen. Die Partei macht Wahlkampf auf Russisch, übersetzt ihr Programm und ist auch in russischsprachigen sozialen Netzwerken wie Odnoklassniki und VKontakte aktiv. Doch Moment mal: Warum zielt die migrationsfeindliche AfD auf Spätaussiedler:innen ab? Und warum wird sie trotz ihres rassistischen Programms von Menschen mit Migrationshintergrund gewählt?

Beim Blick auf die AfD-Bundestagsfraktion erwartet man kaum auf Abgeordnete mit Migrationshintergrund zu stoßen. Doch dann folgt eine kleine Überraschung. Waldemar Herdt und Anton Friesen sind beide noch in der ehemaligen Sowjetunion geborene Spätaussiedler. Petr Bystron wurde in der Ex-Tschechoslowakei geboren und floh 1987 als Teenager mit seinen Eltern aus dem Land, um in der Bundesrepublik Asyl zu beantragen. Joana Eleonora Cotar ist ebenfalls ein Flüchtlingskind und kam im Alter von fünf Jahren nach Deutschland, als ihre Eltern vor dem Ceaușescu-Regime in Rumänien flohen. Marc Jongen kommt aus Südtirol. Paul Viktor Podolay ist im Alter von 36 Jahren aus der

Tschechoslowakei ausgewandert. Markus Cornel Frohniauer wurde als Kind in Rumänien von deutschen Eltern adoptiert. Und das sind nur die Bundestagsabgeordneten. Die Liste der in der AfD aktiven Migrant:innen aus der ehemaligen UdSSR und anderen Teilen der Welt ließe sich auf der Landes- und Kommunalebene noch weiter fortsetzen. Auf den ersten Blick mag es bizarr und widersprüchlich vorkommen, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund in einer migrationsfeindlichen und rassistisch argumentierenden, völkisch-nationalistischen Partei engagieren und dass diese Partei von ihnen gewählt wird. Doch scheinen es gerade die Positionen zu Migration und Zuwanderung zu sein, weshalb die AfD für manche attraktiv ist.

Im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 wurde viel darüber diskutiert, ob die AfD maßgeblich von den Stimmen der Spätaussiedler:innen profitieren könnte. Diese haben in der Vergangenheit verstärkt die Unionsparteien gewählt. Die Gründe könnten in ähnlichen konservativen Ansichten und an der von Helmut Kohl umgesetzten Aussiedlerpolitik liegen, die vielen den Weg nach Deutschland erst öffnete. Doch in den letzten Jahren mehrten sich die Vorwürfe, die Spätaussiedler:innen würden sich nicht mehr unter der von Angela Merkel geführten Union vertreten fühlen. Die ‚Ehe für alle‘ und die Migrationspolitik der Kanzlerin würden nicht zum Traditionalismus und Konservatismus der Spätaussiedler:innen passen. Daher würden sie jetzt verstärkt nach einer neuen politischen Heimat suchen und diese womöglich in der AfD finden.

Protest und Parteipräferenz

Wie kam es, dass in den vergangenen Jahren verstärkt über die politische Nähe von Spätaussiedler:innen zu rechten Parteien und Gruppierungen diskutiert wurde? Die angebliche Vergewaltigung der 13-Jährigen Lisa, die vor allem von russischen Medien in einen Zusammenhang mit der sogenannten Flüchtlingskrise in Deutschland gestellt wurde, führte 2016 zu Protestdemonstrationen von über 10.000 Menschen. Die meisten Teilnehmer:innen hatten einen postsowjetischen Migrationshintergrund. Sie können deshalb vermutlich als einer der ersten großen Proteste von

Spätaussiedler:innen bezeichnet werden. Auch wenn sich die Vergewaltigung von Lisa im Nachhinein als eine Erfindung des Mädchens herausstellte (Frumkina, Stöber 2018), wurden fremden- und islamfeindliche Grundhaltungen mobilisiert und von russischen Medien weiter genährt, die auch von zahlreiche Spätaussiedler:innen genutzt werden. Im gleichen Jahr forderte die maßgeblich von Spätaussiedler:innen aus Mittelfranken initiierte ‚Bürgerinitiative Sichere Heimat‘ auf ihren Kundgebungen die Abschiebung von ‚kriminellen Flüchtlingen‘, Schließung deutscher Grenzen und einen starken Staat (Miller 2016). Unterstützung erfuhr sie von der neonazistischen Partei Die Rechte und von Akteuren aus dem Umfeld des Nürnberger Pegida-Ablegers. Mit Losungen wie ‚Meine Heimat bleibt Deutsch‘ (Friedmann 2017), die auch auf Russisch skandiert wurden, protestierten sie gegen die Migrationspolitik der Regierung, gegen ‚Multikulti‘ und schürten Angst vor einer angeblichen Überfremdung. Dabei grenzen sie ihre eigene Migrationserfahrung von der Migrationserfahrung der Flüchtlinge ab. Im Vergleich zu den Zugewanderten aus den arabischen Regionen habe man schließlich deutsche Wurzeln und einen christlichen Glauben. Darüber hinaus fühlen sie sich häufig schlecht behandelt und benachteiligt im Vergleich zu den Flüchtlingen und den Leistungen, die diese erhielten. Für die AfD ist das ein gefundenes Fressen, die sowohl das Gefühl der Benachteiligung als auch antimuslimische und rassistische Ressentiments geschickt für sich nutzt. Spätestens seit diesen Ereignissen ist der Diskurs über Spätaussiedler:innen von ihrem angeblichen Hang zu Fremdenfeindlichkeit, Konservatismus und Autoritarismus geprägt. Währenddessen rühmt sich die AfD mit ihren hohen Zustimmungswerten unter den Spätaussiedler:innen. Sie erhofft sich, mit ihrer Hilfe höhere Wahlergebnisse und Direktmandate zu erringen.

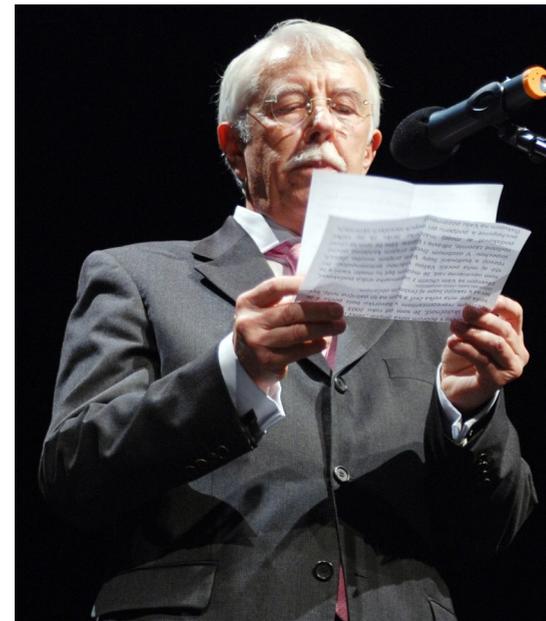
Rechtsruck unter Spätaussiedler:innen?

Die Zustimmung zu rechten und rechtspopulistischen Parteien unter Spätaussiedler:innen ist in der Tat gestiegen. Während 2014 noch circa zehn Prozent der Zugewanderten aus den Staaten der

ehemaligen Sowjetunion angaben, die AfD oder eine andere rechte Partei gewählt zu haben, sollen es in den Folgejahren bereits einige Prozentpunkte mehr gewesen sein. Die bisher aktuellste repräsentative Studie der Universität Duisburg-Essen zum Wahlverhalten von Deutschen mit türkischen beziehungsweise mit postsowjetischen Migrationshintergrund zeigte anhand der Daten von der Bundestagswahl 2017, dass zuletzt 15 Prozent der Spätaussiedler:innen mit der Zweitstimme die AfD gewählt haben (Goerres et al. 2018). Interessant ist auch der Befund, dass knapp ein Drittel dieser AfD-Wähler:innen bei der Bundestagswahl 2013 gar nicht an der Wahl teilgenommen hatte. Die 15 Prozent, die für die AfD gestimmt haben, sind zwar einige Prozentpunkte mehr im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, aber nicht signifikant mehr, als dass behauptet werden könnte, Spätaussiedler:innen würden überwiegend rechtspopulistisch wählen. Die Mehrheit wählt immer noch die Union, die zwar an Zustimmung verloren hat, aber mit 27 Prozent dennoch den höchsten Wert erhielt. Ein weiterer spannender Befund ist die vergleichsweise hohe Zustimmung zur Partei DIE LINKE, welche mit 21 Prozent der Zweitstimmen auf dem zweiten Platz nach der Union und damit vor der AfD landete. Der Eindruck, die Spätaussiedler:innen würden mehrheitlich mit der AfD sympathisieren, ist nach Einschätzung des Studienleiters Achim Goerres das Ergebnis eines klassischen Medienhypes (Goerres 2018). Einprägsame Bilder von Protesten der Zugewanderten aus Russland und der ehemaligen Sowjetunion sowie gutes Abschneiden der AfD in Stadtteilen, in denen viele Spätaussiedler:innen leben würden, hätten diesen Eindruck verstärkt. Er hält es allerdings für problematisch, eine Kausalität zwischen dem Wahlerfolg der AfD und der besonders hervorgehobenen Gruppe der Spätaussiedler:innen herzustellen. Auch wenn die AfD bei dieser Gruppe an Zustimmung zugelegt hat, scheint das Ergebnis von 15 Prozent weit hinter den im Vorfeld medial erzeugten Erwartungen zu liegen.

Soziale Probleme sorgen für Zustimmung zur AfD

Woran könnte es liegen, dass zunehmend mehr Spätaussiedler:innen die AfD wählen? Versucht man sich diesem Problem zu nähern, kommt man nicht umhin, einige Jahre zurück zu blicken und dann festzustellen, dass bei der Integration von Spätaussiedler:innen wohl viele Fehler gemacht wurden. Aufgrund der Annahme, es würden Deutsche mit deutscher Abstammung und deutscher Kultur ins Land kommen, kam der Gedanke scheinbar gar nicht auf, dass auch diese Menschen in die Gesellschaft integriert und inkludiert werden müssten. Zwar gab es insbesondere in den 1990er Jahren umfangreiche finanzielle Hilfen, aber keine Integrations- oder Sprachkurse. Allerdings waren bei Weitem nicht alle Ankommenden der deutschen Sprache mächtig. Insbesondere die jüngere Generation und angeheiratete Familienmitglieder ohne deutschen Hintergrund konnten oftmals wenig bis gar keine Deutschkenntnisse vorweisen. Erst ab den 2000er Jahren wurde für die Einreise von Spätaussiedler:innen ein Nachweis von Deutschkenntnissen vorausgesetzt. Verpasste Integration und die entsprechend seit Jahrzehnten mangelnde gesellschaftliche Teilhabe bewirkten teilweise eine Abschottung dieser Gruppe: Viele leben in sozialen Brennpunkten am Stadtrand. Teilweise werden ganze Plattenbausiedlungen von Spätaussiedler:innen und postsowjetischen Migrant:innen bewohnt. Die Menschen bleiben lieber untereinander und heiraten auch oftmals untereinander, denn so fällt es leichter, sich in der Muttersprache zu verständigen. Viele versuchen aus Angst vor Stigmatisierung ihre Herkunft zu verbergen. Im Zusammenhang mit anderen Gruppen von Zugewanderten, zum Beispiel aus Algerien stammenden Französischen und Franzosen oder auch aus der Türkei stammenden Deutschen, wurde bereits thematisiert, dass Diskriminierung und dauerhafte Ablehnung bewirken kann, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund umso stärker mit ihrem Herkunftsland identifizieren. Beinahe täglich wird ihnen unter die Nase gerieben, dass sie keine Deutschen seien. Auch unter den Spätaussiedler:innen in Deutschland ist daher eine verstärkte Re-Identifikation mit Russland



Paul Viktor Podolay (AfD) ist in der ehemaligen Tschechoslowakei geboren worden.



Markus Cornel Frohnmaier (AfD) wurde als Kind in Rumänien von deutschen Eltern adoptiert.

aufgrund der erlebten Ablehnung nicht ausgeschlossen. Diese Re-Identifikation und die Rückbesinnung auf die ‚Wurzeln‘ lässt sich auch in der zweiten Generation beobachten, das sogar trotz abnehmender Russischkenntnisse (Panagiotidis 2017).

Jannis Panagiotidis verdeutlicht zudem, dass sich unter den Spätaussiedler:innen wie auch unter der weiter gefassten Gruppe aller postsowjetischen Migrant:innen besonders viele Sozialhilfeempfänger:innen finden würden. Das liegt unter anderem an der schlechten Anerkennungsquote von höheren Bildungsabschlüssen, weswegen überdurchschnittlich gut qualifizierte Personen trotzdem für lange Zeit arbeitslos bleiben. Die Folge ist eine erhöhte Gefahr von Altersarmut. Geringe Sprachkenntnisse aufgrund des mangelnden oder gänzlich fehlenden Sprachunterrichts führen dazu, dass Viele sehr einfache und schlecht bezahlte Tätigkeiten ausüben müssen oder gar nicht arbeiten gehen können. Spätaussiedler:innen erhielten außerdem niedrigere Einkommen als Menschen ohne diesen Migrationshintergrund, was sich insbesondere an den Haushaltseinkommen pro Kopf zeigen

würde. Die relativ hohe Zustimmung zur AfD lässt sich daher aus einem sozialen Zusammenhang heraus erklären und nicht aus einem „mitgebrachten“, autoritären und fremdenfeindlichen Politikverständnis oder aus einer besonders konservativen Einstellung der Spätaussiedler:innen. Hier spiegelt sich der auch auf die gesamtdeutsche Bevölkerung zutreffende Befund wider, wonach die AfD besonders unter Arbeitslosen, Arbeiter:innen sowie unter Menschen mit niedrigen bis mittleren Bildungsabschlüssen punktet (Kahrs 2017: 17-22). Diese Kategorien sind unter Spätaussiedler:innen sowie insgesamt unter postsowjetischen Migrant:innen besonders stark vertreten, was zur Erklärung der hohen Zustimmung zur AfD berücksichtigt werden sollte.

Zukunftsaussichten

Am 01. Oktober 2018 und damit fast 40 Jahre (!) nachdem die ersten Aussiedler:innen und Spätaussiedler:innen nach Deutschland kamen, wurde im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge das neue Referat „Integration Spätaussiedler“ eingerichtet. Dieses soll sich ausschließlich um die Integration von Spätaussiedler:innen kümmern,



Zahlreich vertreten: Spätaussiedler:innen beim Tag des Sieges in Berlin am 09.05.2015.

indem es spezifische Eingliederungsmaßnahmen bündelt und Maßnahmen der nachholenden Integration behandelt (BAMF 2018). Warum wird nach so vielen Jahrzehnten auf einmal die Notwendigkeit gesehen, sich um die Integration dieser Gruppe zu kümmern? Liegt es an der Angst vor sogenannten Parallelgesellschaften, die bei den Spätaussiedler:innen befürchtet werden, nachdem ihre Eingliederung und die Ermöglichung von ihrer gesellschaftlicher Teilhabe verpfuscht wurde? Liegt es am Wahlerfolg der AfD? Egal, was die Beweggründe für diese sehr spät erfolgte Entscheidung sind, die Maßnahme ist schon lange überfällig, auch wenn sicherlich fraglich ist, ob das Referat gerade bei den bereits Jahrzehnte hier lebenden Spätaussiedler:innen etwas bewirken kann. Und leider scheint auch hinter der Gründung dieses Referats wieder ein Verständnis von Integration als eine einseitige Eingliederung von Zugewanderten

in die Mehrheitsgesellschaft vorzuliegen, anstatt Integration als einen gesamtgesellschaftlichen Prozess zu begreifen. Darüber hinaus dürfte es kaum ausreichen, den Menschen Sozialleistungen und etwaige finanzielle Hilfen an die Hand zu geben, sie aber gleichzeitig bei Bildung und Arbeit zu benachteiligen. Auch eine Mindestsicherung, mit der man das Dasein irgendwie fristen kann, führt nicht zur Wertschätzung als Mitglied der Gesellschaft. Das ist erst recht der Fall, wenn gesellschaftliche Teilhabe aufgrund der Herkunft, des Namens, begrenzter Sprachkenntnisse oder der Abwertung durch die Mehrheitsgesellschaft dennoch verwehrt bleibt.

Natürlich gibt es unter den Spätaussiedler:innen auch Menschen mit homophoben, sexistischen, fremdenfeindlichen, sehr konservativen und traditionell orientierten Einstellungen. Manche sind vielleicht besonders Putin-treu, manche sind

Verschwörungstheoretiker:innen, manche sind Sowjetnostalgiker:innen. Viele werden die AfD bestimmt auch deswegen gewählt haben, weil sie ihr rassistisches und homophobes Weltbild teilen. Andere wiederum sind Linke, Progressive, Feminist:innen, Demokrat:innen und Umweltschützer:innen. Sie engagieren sich in Willkommensinitiativen, betreiben politische Bildungsarbeit und stehen auf der Seite der Gegendemo bei Pegida-Veranstaltungen. Sie engagieren sich explizit gegen die Hass verbreitende AfD und für eine weltoffene Gesellschaft. Nicht die Herkunft eines Menschen, sondern Faktoren wie Bildung und Sozialisation einer Person sowie das inhaltliche Angebot der Parteien sind am Ende für die Herausbildung der Parteipräferenzen und die Wahlentscheidung ausschlaggebend. In letzter Zeit sind insbesondere die Parteipositionen zur Migrations- und Integrationspolitik wahlentscheidend geworden. So werden zum Beispiel Parteien wie DIE LINKE aufgrund ihrer migrations- und integrationsfreundlichen Ausrichtung von Menschen mit Migrationshintergrund gewählt. Jedoch wählen Migrant:innen dann die AfD, wenn sie Zuwanderung von anderen Migrant:innen ablehnen und den AfD-Positionen hinsichtlich einer restriktiven Integrations- und Migrationspolitik zustimmen. Stigmatisierung, relative Deprivation, das scheinbare Aufgeben von erkämpften Privilegien und das allgemeine Gefühl, ein Mensch zweiter Klasse zu sein, könnte unter den Spätaussiedler:innen zur Abwertung anderer Gruppen wie Geflüchteten und Migrant:innen aus arabischen Regionen führen. Damit soll die reale und subjektiv empfundene Benachteiligung und Ausgrenzung kompensiert werden. Dieses Phänomen lässt sich auch bei Angehörigen der Mehrheitsbevölkerung beobachten. Allerdings ist die AfD bisher scheinbar die einzige Partei, die sich nach außen sichtbar um Menschen mit Migrationshintergrund im Allgemeinen und um Spätaussiedler:innen im Besonderen bemüht. Es wäre also auch für andere Parteien an der Zeit, sich dieser Wählergruppe zu widmen und für ein gleichberechtigtes Miteinander, leichtere Zugänge zum Arbeits- und Bildungsmarkt, für erleichterte und schnellere Anerkennung von Bildungsabschlüssen, für mehr Sprachkurse und eine umfängliche und gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben für Alle zu

kämpfen. Menschen mit Migrationshintergrund machen gegenwärtig circa 21 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Ungefähr die Hälfte davon ist wahlberechtigt. Die politische Landschaft in Deutschland wird in Zukunft stärker von Wähler:innen mit Migrationshintergrund mitgestaltet. Sie, ihre Bedürfnisse und ihre Probleme sollten daher bei den Parteien stärkere Beachtung finden.

Endnoten:

1 Aus Osteuropa zugewanderte Personen deutscher Herkunft wurden gemäß Bundesvertriebenengesetz bis zum Jahr 1992 als Aussiedler:innen und die nach 1992 Zugewanderten als Spätaussiedler:innen bezeichnet (Panagiotidis 2017). Im vorliegenden Beitrag verwende ich den Begriff „Spätaussiedler:innen“, den ich auf die vor und nach 1992 aus Russland Zugewanderten beziehe.

Literaturverzeichnis:

- BAMF (2018): Neues Referat „Integration Spätaussiedler“ im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. BA Fabricius begrüßt Umstrukturierung, [online] <https://www.aussiedlerbeauftragter.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/AUSB/DE/Referat-Spaetaussiedler-BAMF.html> [05.10.2018]
- Friedmann, Jan (2017): Russlanddeutsche in der AfD. Rechtsruck in „Klein-Moskau“, [online] <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-warum-die-partei-bei-russlanddeutschen-so-beliebt-ist-a-1166915.html> [04.09.2018]
- Frumkina, Natalia; Stöber, Silvia (2018): Bundestagswahl 2017. Wie wählen die Russlanddeutschen?, [online] <http://faktenfinder.tagesschau.de/russlanddeutsche-107.html> [04.09.2018]
- Goerres, Achim (2018): Russlanddeutsche mögen die Linkspartei lieber als die AfD. Achim Goerres im Interview mit Hannah Beitzer, [online] <https://www.sueddeutsche.de/politik/bundestagswahl-russlanddeutsche-moegen-die-linkspartei-lieber-als-die-afd-1.3897458> [04.09.2018]
- Goerres, Achim; Spies, Dennis; Mayer, Sabrina J. (2018): Deutsche mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2017: Erste Auswertungen der Immigrant German Election Study zu Deutsch-Türken und Russlanddeutschen.
- Kahrs, Horst (2017): Die Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Wahlbericht und erste Analyse, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Miller, Jonas (2016): Russlanddeutsche in Nürnberg. Unterstützung von Rechtsaußen, [online] <https://www.br.de/nachricht/rechtsausen/rechtsextremismus-russlanddeutsche-einheit-100.html> [04.09.2018]
- Panagiotidis, Jannis (2017): Postsowjetische Migranten in Deutschland. Perspektiven auf eine heterogene Diaspora. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Fremd in der Heimat? 67. Jahrgang, 11–12/2017, 13. März 2017, S. 23-30.



Proteste der liberalen Opposition vor dem Sejm, Warschau am 19.12.2015.

Zeit, in Rente zu gehen

Der Generationenkonflikt in der polnischen Politik

Von Leo Mausbach, Warschau

In Polen herrscht ein Konflikt zwischen den Jungen und den Alten. Es ist ein Kampf um die Deutungshoheit über die Vergangenheit und die Zukunft der Republik. Die heftigen Debatten haben es mittlerweile aus den sozialen Medien in die Feuilletons geschafft.

Im Oktober fanden in Polen die landesweiten Selbstverwaltungswahlen statt, die als wichtiger Test vor den Parlamentswahlen im kommenden Jahr gelten. Trotz großer Proteste und internationaler Kritik an ihren Justizreformen erhielt die regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) in den Regionalparlamenten die Mehrheit der Stimmen. Neben der beliebten Sozialpolitik lässt sich ihre

Stärke vor allem mit der Schwäche der Opposition erklären. Der parteilose Hoffnungsträger Robert Biedroń kündigte im September an, nicht erneut als Bürgermeister der Kleinstadt Słupsk zu kandidieren, sondern eine linksliberale Bürgerbewegung zu gründen. Er gilt als „polnischer Macron“, als „Macronski“ (Sierakowski 2018). In einer im Internet veröffentlichten Erklärung begründete er diesen Schritt damit, dass er nicht wisse, wen er wählen solle, „so wie ihr“, seine Anhänger, die man besonders in der jungen Stadtbevölkerung vermuten darf. Welche Debatten führen polnische Intellektuelle der Wende- und Nachwendegeneration? Und was unterscheidet sie von ihren Eltern?

Die Entfremdung junger Polen von den beiden großen liberalen Oppositionsparteien, der „Bürgerplattform“ und der „Modernen“, ist ein Problem, dessen tieferliegende Ursachen im Spätsommer Gegenstand einer hitzigen Diskussion in den politischen Feuilletons Polens war. Die Polemiken über den Generationenkonflikt trugen Titel wie „Vatermord“, „Was wirft die junge Linke den Vätern der III. Polnischen Republik vor?“, „Toxische Eltern werden PiS nicht besiegen“ oder „Unsere Generation will die Jungen kleinhalten“. Seinen Ausgang nahm die Debatte jedoch in zwei Facebook-Einträgen.

„Von nichts kommt nichts“

Der erste Eintrag stammt von einem nicht näher bekannten Theo Nawrocki. Nawrocki, dem Inhalt des Eintrags und seinem Profilbild nach zu urteilen älteren Jahrgangs, wendet sich Anfang Juli in einem Plädoyer „an die polnische Jugend, Gymnasiasten, Studenten und bereits Arbeitende“. Darin schreibt er:

„Gut habt ihr's in diesem Land, was? Eine bescheidene ‚Karre‘, ‚Klamotten‘ aus der Boutique, oft eine eigene Wohnung mit kompletter Audio-Video-Ausstattung, im Winter snowboarden in Sölden, im Sommer Abenteuerclub in Neuseeland. Aber von nichts kommt nichts. Das alles habt ihr jemandem zu verdanken. Euren Eltern oder anderen Landsleuten in ihrem Alter. Leute, die ohne diesen Luxus, der für euch Alltag geworden ist, vor dreißig Jahren auf die Straße gegangen sind, gegen den Kommunismus und für ein freies Polen, für das Land, in dem ihr heute lebt. Noch.“

Der Facebook-Eintrag erlangte eine ungeheure Popularität und wurde fast viertausend Mal geteilt, weil er auf beiden Seiten des Generationenkonflikts starke Emotionen auslöste. Ältere konnten sich mit den Aussagen des Autors identifizieren, während der Eintrag bei vielen Jungen Wut auslöste. Aus ihrer Sicht beweise der Autor eine völlige Unkenntnis über die Lebensverhältnisse der Mehrheit junger Menschen in Polen und fehlinterpretiere die Motive,

weshalb sich die jüngere Generation nur selten an Protesten gegen die polnische Regierung beteilige. Die Diskussionen, die sich auf Facebook entsponnen, fanden schließlich ihren Weg in die Feuilletons.

In der breiten Debatte unter Linken und Liberalen trat ein tiefer Generationenkonflikt zu Tage, der die relativ geringe Beteiligung junger Menschen an Demonstrationen gegen die Regierung erklären hilft. In den Augen der Nachwendegeneration handelt es sich bei diesen Protesten um eine Reinszenierung des antikommunistischen Widerstands ihrer Solidarność-Eltern, denen es nicht um die Zukunft, sondern um die Deutungshoheit über die Transformationsgeschichte Polens geht. Es ist vielsagend, dass beide Seiten, Regierung wie Opposition, sich gegenseitig als Wiedergänger der Kommunisten beschimpfen. Die Rechtskonservativen fabulieren davon, dass der Kommunismus erst jetzt wirklich zu Ende gegangen sei, da die regierende PiS nun die Kommunisten zur Verantwortung ziehe, welche die Transformation genutzt hätten, um sich Staat und Wirtschaft unter den Nagel zu reißen. Die Liberalen hingegen sehen selbst begründete Kritik am Staatsaufbau und den Wirtschaftsreformen während der Transformationszeit als unzulässigen Angriff auf ihr Lebenswerk und als nebensächliche Manöverkritik, während es doch jetzt darum gehe, die Demokratie zu verteidigen.

„Wacht ihr erst auf, wenn Netflix einmal nicht mehr funktioniert?“

Den zweiten Eintrag verfasste etwas mehr als eine Woche später Rafał Trzaskowski, der für die Koalition der liberalen Oppositionsparteien als neuer Bürgermeister von Warschau kandidierte – und gewann. Zu Beginn des Wahlkampfes, aus Anlass des zehnten Todestags von Bronisław Geremek – Solidarność-Berater, Teilnehmer am Runden Tisch und späterer polnischer Außenminister – schrieb Trzaskowski:

„Bronisław Geremek lehrte mich Europäische Zivilisation am College of Europe in Natolin, auf Französisch. Er war ernst, nachdenklich und streng.“

Ich erhielt die höchste Punktzahl des Jahrgangs, weil meine damaligen Französischkenntnisse noch keine besonderen oratorischen Leistungen erlaubten und mich zwangen, kühl, präzise und sparsam zu sprechen. Der Professor mochte Konkretes. Ich erinnere mich daran, dass ich Edgar Morins Credo aus ‚Penser l’Europe‘ referierte. Dabei fühlte ich mich, als würde ich die Prüfung meines Lebens bei einem biblischen Patriarchen aus den Gemälden Rembrandts ablegen. Das Buch verstand ich erst zehn Jahre später. Und als ich Edgar Morin 2015 auf dem Gipfeltreffen der Europaminister des Weimarer Dreiecks in Paris eine Auszeichnung überreichte, hatte ich den unzweifelhaften Eindruck, dass mich der Professor leicht amüsiert von den Gemälden an der Wand des Palais‘ am Quai d’Orsay aus ansah. Es hat sich doch gelohnt, Morin zu lesen.“

Der Ausbruch von Gelächter, den dieser präventive und selbstbezogene Nachruf bei einem jungen Publikum auslöste, überzeugte manchen liberalen Intellektuellen nun vollends davon, dass die junge Generation antiintellektuell, unpolitisch und hedonistisch sei. Wie können sie nur gemeinsam mit der Rechten über denjenigen lachen, der die Hauptstadt vor einem PiS-Bürgermeister bewahren soll? „Ist euch völlig egal, in was für einem Land ihr lebt? Wacht ihr erst auf, wenn Netflix einmal nicht mehr funktioniert?“, fragte die Moderatorin Wellman (2018) das junge Polen in einem Kommentar für die Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*.

In einem Interview für das liberale Magazin *Newsweek Polska* offenbarte die Philosophin Agata Bielick-Robson ihren Blick auf die Jugend: „Junge Leute, es ist eigentlich egal, ob sie links sind oder rechts sind, definieren sich in Abgrenzung von der intellektuellen Generation der Gründerväter der III. Polnischen Republik. Das ist wie ein Krieg der Generationen in einer kaputten Familie, der sich auf das ganze Land erstreckt. Mit Freud gesprochen handelt es sich um den ödipalen Mord an den Vätern, um ihren Platz

einzunehmen. Um die Erschaffer zu entthronen“ (Pawlicka 2018). Bielick-Robson scheint aber zu spüren, dass es der Jugend in ihrer Kritik an der Elterngeneration keineswegs nur um Karriere geht. Die Forderung junger Liberaler und Linker nach politischen Antworten, die über den Tag hinausreichen, sieht sie jedoch als Ablenkung von den wirklich wichtigen Fragen: „Die größte Herausforderung besteht heute darin, für unseren bedrohten Platz in der Welt der Demokratie zu kämpfen. Erst wenn diese Bedingung wieder erfüllt ist, werden wir in der Lage sein, uns mit den Problemen des globalen Kapitalismus, der sozialen Gerechtigkeit, der Ungleichheit und so weiter zu befassen“ (ebenda).

Der Kampf der Alten um die Deutungshoheit

Zur Rückwärtsgewandtheit, die Rechten wie Liberalen der Solidaność-Generation den Blick auf die Herausforderungen der Gegenwart versperrt, kommen besonders bei Letzteren Selbstgerechtigkeit und Überheblichkeit. Die liberale, intellektuelle „Elterngeneration“, das sind vor allem diejenigen, die die wirtschaftsliberale „Schocktherapie“, der Polen nach dem Kommunismus ausgesetzt wurde, als Erfolg beurteilen, zumeist mit Blick auf ihren eigenen Lebensweg. Forderungen nach Umverteilung werden als Belohnung der Faulen und Unflexiblen gesehen und als Bestrafung derer, die das Land aufgebaut haben, als nachträgliche Delegitimierung des von ihnen erarbeiteten Wohlstands. Die Linken und Liberalen der Nachwendegeneration, die nicht mit der Opposition auf die Straße gehen, seien undankbar und wüssten gar nicht, wie gut es ihnen gehe. Schlimmer noch: Sie machten sich zu Komplizen der regierenden Rechten.

Als Stimme der Jugend trat Kaja Puto auf, 1990er Jahrgang und Publizistin für das linksintellektuelle Magazin *Krytyka Polityczna*. In einer Replik auf Bielick-Robson in der *Newsweek* bricht sie eine Lanze für Polens junge Intellektuelle. Von links bis rechts eine diese ihr Eintreten gegen die Polarisierung der Gesellschaft und für einen zivilisierten politischen Diskurs: „Es sind junge Wissenschaftler, Journalisten, Künstler, Mitarbeiter von NGOs und Aktivisten,



Mateusz Kijowski ist Anführer der Anti-PiS-Bewegung KOD (der Name ist eine Anspielung auf den antikommunistischen Widerstand). Er hat sich mittlerweile in Skandale verwickelt und ist auch kein jüngeres Semester mehr...

die für einen Hungerlohn oder nach ihren Überstunden versuchen, die Welt zu verändern“ (Puto 2018). Tatsächlich ruhen die Hoffnungen auf einen Wandel der politischen Kultur auf den jungen Magazinen und Denkfabriken, die den Grabenkämpfen der Alten lagerübergreifenden Austausch und Diskussionsfreude entgegensetzen. Hervorzuheben sind die bereits erwähnte linke *Krytyka Polityczna*, die liberale *Kultura Liberalna*, die liberal-konservative *Nowa Konfederacja*, der konservative *Klub Jagielloński* oder auch der links-katholische *Kontakt*. Auch das traditionsreiche liberal-katholische Wochenmagazin *Tygodnik Powszechny* spielt eine wichtige Rolle beim Wiederaufbau des gesellschaftlichen Diskurses jenseits der Lagergrenzen. Seit drei Jahren ist es das einzige politische Wochenmagazin, das entgegen dem Trend einen starken Zuwachs an Abonnenten verzeichnet (Boniecki 2018). Seinen Erfolg verdankt es journalistischer Distanz, Ausgewogenheit sowie Respekt und Offenheit für andere Argumente und Erfahrungshorizonte, wodurch es sich erfrischend vom allgegenwärtigen Lagerjournalismus abhebt.

Kaja Puto glaubt, dass eine politische Formation, die für junge Polen attraktiv wäre, sich nicht der Vergangenheit verschreiben dürfe, sondern eine

Zukunftsvision entwickeln müsse, die über eine Rückkehr zum Status quo ante hinausgeht (Puto 2018). Dieser habe nämlich zu der heutigen Spaltung der polnischen Gesellschaft geführt. Michał Sutowski, ebenfalls *Krytyka Polityczna*, 1985er Jahrgang, schlägt einen Waffenstillstand der Generationen vor und versucht ein gemeinsames Narrativ zu finden: „Vereinfacht gesagt: Wir brauchen Umverteilung, Solidarität und Sozialstaat gerade weil das letzte Jahrzehnt so viel Fortschritt gebracht hat. Gerade weil die Wirtschaft gewachsen ist, können wir den Leuten keine weitere Selbstbeschränkung, Verzicht und Vertagung ihrer Ambitionen auf später abverlangen, wenn wir die Demokratie erst einmal gerettet haben“ (Sutowski 2018).

„Zeit, in Rente zu gehen“

Einen ähnlichen Konflikt zwischen den Generationen sieht Ludwik Dorn auf der konservativen Seite des politischen Spektrums. Dorn ist ein konservativer Intellektueller, der sich als Mitstreiter der Kaczyński-Brüder den Beinamen „dritter Zwilling“ erwarb, sich später aber von ihnen abwendete. Viele junge Konservative stünden der von der PiS geführten Regierung kritisch gegenüber und würden sich in keiner

der politischen Gruppierungen auf der Rechten wiederfinden. Er bezieht sich dabei auf das Titelbild einer der letzten Ausgaben des Magazins der oben erwähnten konservativen *Nowa Konfederacja*. Anstelle des ikonischen 1989er Solidarność-Wahlplakats, auf dem der Westernheld aus *High Noon* statt seiner Pistole einen Wahlzettel in der Hand hält, zeigt es den Cowboy ermattet auf einem Stuhl sitzend. Die Überschrift lautet „Zeit, in Rente zu gehen“. Laut Dorn müsste dort anstelle des Schauspielers Gary Cooper ehrlicherweise der PiS-Chef Jarosław Kaczyński zu sehen sein (Nowa Konfederacja 2018). Kaczyński gelingt es zwar, das rechte Lager nach außen hin zu einen, Raum für kritische Debatten gibt es in seiner Welt jedoch keinen. Auch Rafał Matyja, ein anderer, vielgelesener Publizist des rechten Spektrums und Kritiker der Regierung, ruft regelmäßig konservative Intellektuelle um die 30 dazu auf, sich endlich in die Politik einzumischen.

Wie stehen die Chancen auf den so notwendigen Generationswechsel in der polnischen Politik? Bisher mäßig. Das junge intellektuelle Milieu ist lebendig und scharft eifrig mit den Hufen, bleibt parteipolitisch bisher aber wenig einflussreich. In den Selbstverwaltungswahlen gelang es der Opposition zwar mit teils relativ jungen Kandidaten, die Großstädte zu halten, doch ihr Erfolg scheint eher auf der tiefsitzenden Abneigung der Städter gegenüber PiS zu beruhen, als auf inspirierenden neuen Köpfen (Tillies/Junes 2018). Ludwik Dorn erwartet, dass erst „eine Reihe innerparteilicher Erschütterungen“ den Wandel einleiten werde (Dorn 2018). Mit diesen sei zu rechnen, da die beiden großen Parteien, die liberale PO und die rechte PiS, aufgrund der unklaren Thronfolge starken inneren Spannungen ausgesetzt sind. In der PO hoffen viele auf eine Rückkehr von EU-Ratspräsident Donald Tusk in die polnische Politik mit unklaren Folgen für die Machtverhältnisse im liberalen Lager. Der derzeitige PO-Vorsitzende Grzegorz Schetyna gilt als wenig charismatisch und ideenlos. Nach einem Ausscheiden Jarosław Kaczyńskis aus der Politik erwarten nicht wenige ein Aufbrechen der mühsam verdeckten Konfliktlinien auf der Rechten. Die Folge dürften tektonische Verschiebungen in der Parteienlandschaft sein. Den Jungen bleibt bis dahin nur, ihre Hoffnungen auf Erlöserfiguren wie Robert Biedroń zu setzen.

Literaturverzeichnis:

Sierakowski, Sławomir (2018): „Macronski“, *ipg-journal*, 28.09.2018, Link: <https://goo.gl/CoZFzn> [30.10.2018].

Wellman, Dorota (2018): „Naprawdę wszystko wam jedno, w jakim kraju życie? Obudzicie się, gdy przestanie wam działać Netflix?“, 11.08.2018, Link: <https://goo.gl/gQTSpj> [30.10.2018].

Pawlicka, Aleksandra (2018): „W Newsweeku: Mordowanie Ojców“, *Newsweek Polska*, 31.07.2018, Link: <https://goo.gl/Fy62Aw> [30.10.2018].

Boniecki, Adam (2018): „Dlaczego coraz więcej ludzi czyta 'Tygodnik Powszechny'?“, *Tygodnik Powszechny*, 17.07.2018, Link: <https://goo.gl/GmCKHz> [30.10.2018].

Puto, Kaja (2018): „Jesteśmy głupi. Co młoda lewica zarzuca ojcom III RP?“, *Newsweek Polska*, 31.07.2018, Link: <https://goo.gl/1ztifg> [30.10.2018].

Sutowski, Michał (2018): „Toksyczni rodzice nie pokonają nas“, *Krytyka Polityczna*, 03.08.2018, Link: <https://goo.gl/9zFV9U> [30.10.2018].

Nowa Konfederacja (2018): „Nagranie debaty: Solidarność. Czas na emeryturę?“, 10.09.2018, Link: <https://goo.gl/BdJVNr> [30.10.2018].

Tillies, Daniel; Junes, Tom (2018): „Poland's Opposition Has Nobody to Blame but Itself“, *Foreign Policy*, 26.10.2018, Link: <https://goo.gl/wRE3fB> [30.10.2018].

Dorn, Ludwik (2018): „Moje pokolenie toksycznych rodziców III RP chce trzymać młodych pod butem. Czekają nas wstrząsy“, 14.08.2018, *Gazeta.pl*, Link: <https://goo.gl/vSGbDf> [30.10.2018].

Facebook-Zitate:

Theo Nawrocki (2018): <https://www.facebook.com/theo.nawrocki/posts/1774937595886513> [30.10.2018].

Rafał Trzaskowski (2018): <https://www.facebook.com/rafal.trzaskowski/posts/10156340422816091> [30.10.2018].

Ost Journal bestellen

- Personen: Einzelpreis: 15,- Euro zzgl. Versand
Jahresabo (zwei Hefte): 25,- Euro inkl. Versand
- Institutionen: Jahresabo (pdf): 30,- Euro
Jahresabo (pdf+print): 45,- Euro inkl. Versand
- Jahresabo zum Förderpreis: 45,- Euro inkl. Versand

Das Abonnement gilt aber der aktuellen Ausgabe. Er verlängert sich automatisch um jeweils ein Jahr (zwei Ausgaben). Die Kündigungsfrist beträgt einen Monat vor Ablauf des Abovertrages.

ost-journal.de/abonnement

Ausgabe 01.17



Ausgabe 02.17



Ausgabe 03.18



Ausgabe 04.18



**JETZT
ABONNIEREN**



Diaspora ist keine Einbahnstraße

Moldovas ziviler Widerstand

Von Jana Stöxen, Chişinău/Loccum

In Moldova wird die Protestbewegung von Vertreter:innen der moldauischen Diaspora unterstützt. Auslöser ist der geplante Abriss der zu Sowjetzeiten errichteten Cafenea Guguță. Wir haben uns das Bündnis aus Daheimgebliebenen und Heimkehrenden einmal genauer angeschaut.

Der Begriff *sens unic*, Einbahnstraße, taucht im Verkehrsgewirr der moldauischen Hauptstadt Chişinău häufiger auf. Auch die Migration aus Moldova ist lange als so eine aufgefasst worden. Eine Rückkehr galt nur kurzfristig, zum Beispiel für einen Urlaub oder zur Verlängerung des Visums, als erstrebenswert. Die große moldauische Diaspora ist ebenso in aller Munde. Bald jede:r hat Familie und Freunde in Italien, Spanien, Russland oder sonst wo.

Doch zusammen gehören diese Begriffe schon lange nicht mehr. Das haben spätestens die Proteste anlässlich des Nationalfeiertags, des Tages der Unabhängigkeit, am 27. August gezeigt. Die im Ausland lebenden Menschen, ob mit ihren Familien oder allein, bringen gerade in den Sommerferien Geld in ein Land, das in vielerlei Hinsicht als Schwellenland bezeichnet werden kann: Die Republik Moldau liegt zwischen Kommunismus und Kapitalismus, zwischen Oligarchie und Rechtsstaatlichkeit, zwischen Russland und der EU, aber in erster Linie zwischen Fatalismus und Engagement. Was davon letztendlich überwiegen wird, steht als große Frage im Raum. Langfristiges und vor allem nachhaltiges Wirken in Politik und Wirtschaft, aber auch in der privaten Planung wird durch diese Ungewissheit

erheblich erschwert. Moldova ist ein Durchgangszimmer. Das Land scheint nirgendwo richtig dazuzugehören. Es bewegt sich zwischen vielen Gegenspielern, die alle an ihm zerren.

Protest unter den Augen von Ştefan cel Mare

Der *protest permanent* bezieht all diese Gegensätze mit ein. Er findet im zentral gelegenen Park statt, der dem größten Moldauer gewidmet ist: Ştefan cel Mare şi Sfint. Er zählt zu den wichtigsten Herrschern der Vorgängerstaaten des heutigen Rumäniens und der Republik Moldau. In beiden Ländern hat er erheblichen Anteil am Gründungsmythos und trägt bis heute zur kollektiven Identität bei. Dort protestieren junge, kreative, mehrsprachige, gut ausgebildete und weltgewandte Menschen gegen den Abriss der *Cafenea Guguță*. Sie wurde zu Sowjetzeiten erbaut, viele der Protestierenden haben Kindheitserinnerungen an diesen Ort. Nun soll sie durch ein modernes Hotel ersetzt werden. Die Protestierenden könnten die Elite des Landes sein. Doch in Moldova scheinen andere Qualitäten gesucht zu sein. Ein kritischer Blick und die Fähigkeit, Alternativen zu sehen, scheinen nicht dazuzugehören. Es gibt kaum etwas, das sie hier hält. Viele ihrer Altersgenoss:innen sind bereits ausgewandert und arbeiten in Europa. Häufig sind es Jobs deutlich unter ihrem Ausbildungsstand, etwa im Pflegebereich. Einer spricht von einer Mischung aus Sturheit und Idealismus, wenn man ihn fragt, was ihn dazu bewogen hat, in Chişinău zu bleiben. Idealistisch klingt er nicht. Eher zynisch, wenn er davon spricht, dass manche eben bleiben müssen, um nicht alles sich selbst oder „denen“ zu überlassen. Ein Kopfnicken in Richtung des nahen Regierungsgebäudes lässt ahnen, wer „die“ sind. Nach Resignation braucht man nicht erst zu fragen. Sie erscheint wie der Abgasqualm des nahen Boulevards der Hauptstadt.

Moldova in der Zwickmühle

Politik ist hier ohnehin so ein Thema, das wahlweise ein müdes Lächeln oder fast schon Argwohn hervorruft. Viele der Demonstrierenden bezeichnen sich zwar durchaus offen als Sozialist:innen oder zumindest als links. Sie finden sich nicht damit ab, dass statt einer sozialen Politik vielfach noch eine Mischung aus Klientelismus und Korruption im grauen Mantel der Bürokratie vorherrscht. In dieser Situation ist es alles andere als hilfreich, dass ein quasikoloniales Russland wie ein Damoklesschwert über dem kleinen Land zwischen der Ukraine und Rumänien schwebt. Der Landesteil Transnistrien im Osten ist ohnehin schon abtrünnig. Auch die EU mit ihren Fonds scheint bei allen Heilsversprechen keine Perspektiven zu geben. Das Vertrauen scheint gegenüber allen Seiten gering. Immer wieder hört man von Demonstrationen, die „bestellt“ worden seien. Von wem ist unklar. In jedem Fall soll es aber die Gegenseite gewesen sein, die weiß: Für 100 Lei (umgerechnet ca. 5 Euro) und ein warmes Mittagessen gingen so einige Leute auf die Straße. Armut und das Unvermögen etwas an dieser Skepsis gegenüber der eigenen Gesellschaft zu ändern sind wichtige Themen. Aber keine, die effektiv angegangen werden. Wer sollte sich dafür auch wirksam einsetzen?

Doch allein diese Zwangslage schafft noch keine Gemeinsamkeiten. Dazu trägt schon eher das Gefühl der zunehmenden Entfremdung bei: Die Diaspora ist vor allem zum Arbeiten im Ausland. Einige kommen alle drei Monate zurück, einige nur alle Jubeljahre. Nicht wenige unter ihnen haben sich in Westeuropa ein neues Leben aufgebaut und dennoch sind sie als Migrant:innen häufig zwischen den Stühlen. Den Daheimgebliebenen ist oft nicht anders zumute. Sie sehen das ungenutzte Potenzial des Landes und stoßen sich an zementierten Strukturen, die Veränderungen langsam und wenig effektiv, wenn denn überhaupt, zulassen.

Doch an Tagen wie an diesem 27. August, dem letzten Montag vor Beginn des neuen Schul- und Universitätsjahres, treffen sich die, die ohnehin hier sind, mit denen, die mit ihren Verdiensten Jahr für Jahr die Haushaltskassen neu füllen und den



Furchtlos dank der Diaspora im Rücken.

bescheidenen Konsum am Laufen halten. Investition ist ein Zauberwort. Sparen dagegen nicht.

Bereits im Vorfeld hatte die politische Symbiose zwischen den leibhaftigen Erfahrungen vor Ort und der ideellen und materiellen Unterstützung der moldauischen Exilant:innen begonnen, nachdem die Regionalwahlen in Chișinău annulliert wurden. Sie waren für die Regierung unliebsam pro-europäisch ausgefallen: Mehrere tausend Dollar waren recht kurzfristig zusammengekommen. Die Spender:innen sind in der Mehrheit jung, enthusiastisch, auch patriotisch, wenn man das hier weniger negativ konnotierte Bekenntnis zum Heimatland so bezeichnen möchte. Sie haben aufgrund ihres Lebensmittelpunkts außerhalb der Republik kaum mehr aktive politische Einflussmöglichkeiten. So wirken sie eben finanziell.

Viele Metaphern für ein Land

Moldova sei wie eine Kreuzung, erzählt eine langjährige Bewohnerin der Stadt Chișinău, die am Ende ihres Erwerbslebens steht und mit ihrer Meinung nicht hinter dem Berg hält, während wir mit einer Gruppe deutscher Studierender an einer viel befahrenen Straße stehen und auf Graffiti von hintergründiger Kritik schauen: Hier hält man sich nicht lange auf, sondern schaut, wo man hin will und sieht dann zu, dass man schnell weiter kommt. Nicht ohne Witz

bedient sie sich auch des Motivs des Sumpfes: „Du kannst graben, bauen, sprengen - egal was du tust, irgendwann versickert alles wieder und es ist als wäre nichts gewesen. Aber das ist Moldova!“

Nicht so in diesem Fall: Facebook ist zwar ein Moloch, dient aber als gute Dokumentation der Bewegung. Diverse Presseagenturen und auch die Deutsche Welle berichten von den Protesten und der Polizeipräsenz. Aber auch *Occupy Guguță*, die Initiative, die die Cafenea seit Bekanntwerden der Abrisspläne besetzt, steht zu ihrer Aktionsform *protest permanent*. Sie sind ganz wortwörtlich stets an Ort und Stelle und kümmern sich um die Infrastruktur ihrer Aktion. Das kleine Zeltlager, in dem Workshops und Treffen stattfinden, wurde zwischenzeitlich von der Polizei geräumt. Generell steht es unter Beobachtung. Doch schon kurz nach dem Abbau stand es wieder an Ort und Stelle, selbst Wifi wurde eingerichtet. Die Broschüren mit Hintergrundinformationen werden weiter verteilt. Die mit Fetzen der typischen großkarierten Plastiktaschen bedeckte Stele, welche die für das Land schicksalhaften Gastarbeiter:innen aus den Bussen aus Moskau, München oder Mailand vollgepackt mitbringen, bleibt vorerst stehen. Sie ist beschrieben mit den Ländern, aus denen die Gastarbeiter:innen zum Protest zurückgekehrt sind, und ihrer Losung: *Vreau să stau în țara mea, nu să fiu diaspora* (Ich will in meinem Land bleiben und nicht in die Diaspora gehen).

Auch der eine oder andere blaue Fleck von den Schlagstöcken der Polizisten wird nicht so schnell vergessen sein. Irgendwo werden auch Narben zurückbleiben. Ebenso das Gefühl von Jetzt-erst-recht: Künstler:innen, Musiker:innen und Filmemacher:innen finden sich vor Ort ein, geben Workshops, zeigen Präsenz und hinterlassen ihre Spuren. Auch werden Kontakte zu anderen Bewegungen geknüpft, darunter der Euro-Maidan aus der Ukraine, die vor ähnlichen Herausforderungen stehen und gemeinsame Ziele haben. Vielleicht auch gemeinsame Gegner. Hier gibt es Verbindendes über Landes- und Sprachgrenzen hinaus. Der europäische Gedanke könnte hier nun Erwähnung finden. Doch Moldova liegt dafür zu weit aus dem Blickfeld, vor allem aus dem Europas. Der Gedanke einer Osterweiterung drängt sich auf und klingt noch nach, während auch Proteste für eine Vereinigung mit Rumänien angekündigt werden. Diese kommen aus einer ganz anderen Ecke der politischen Bewegungen. Doch zeigen auch sie, dass die oft zu wenig bedachte Zivilgesellschaft sich nicht nur im Wahljahr 2019 Gedanken machen muss. Fragen der Identität und der Zugehörigkeit stehen ganz oben an.

Aber am wenigsten kann man den Gedanken loslassen, was die staatlichen Kräfte in den schwarzen Brustpanzern auf der einen Seite der Absperrung von denen unterscheidet, die davor die blau-gelbrote Landesfahne schwingen und ihre derzeitigen Repräsentant:innen als „Mafia“ betiteln. Einzig der Stacheldraht und die unverkennbaren Erkennungszeichen sind es nicht. Es ist ein Land, aus dem der Großteil der Wende- und Nachwendegeneration auswandert und selten auf Dauer zurückkommt. Das Land, das nicht Ost, nicht West ist. Ein Nicht-Ort. Ein Land, in dem Probleme als kontinuierliche Widrigkeiten betrachtet werden: *Asta este*. So ist das eben. Nachhaltige Lösungen sind rar und teuer. Und wer dazu die Zeit hat, dem fehlen die Mittel. Und umgekehrt.

Wenn nicht jetzt - wann dann?

Doch die Zivilgesellschaft ist wach. Besonders die Jugend, die auch etwas anderes kennt und den Schatten des Staatssozialismus nicht mehr im

Augenwinkel sieht. Die im Exil verfolgen das Geschehen sowieso – wenn auch eingeschränkt. Heute Nacht sind sie vor der *Cafenea Guguță*, nächste Woche in den Hörsälen und möglicherweise auch irgendwann hinter den Schreibtischen, vor den Klassen, auf den Podien und im Parlament in der Mehrzahl. Noch gilt, dass wer bleibt, schon fast verloren hat. Viele sind sich dessen bewusst und bleiben trotzdem. Die meisten bleiben, um dann doch zu resignieren. Gleichzeitig verliert Moldova mit jedem Ausgewanderten eine Chance auf längerfristigen Wandel. Auch das ist klar – natürlich auch vor Ort. Mit dem 27. Jahrestag der Unabhängigkeit sollten die Kinderkrankheiten des jungen Landes, trotz der widrigen äußeren Einflüsse, längst überwunden sein. Die wilden Jahre sind es noch nicht. Sie beginnen vielleicht gerade jetzt vor einer Cafenea aus der Sowjetzeit in einer Sommernacht. Eine Revolution ist schon aus weniger brisantem Stoff entstanden. Es wäre die erste, die diesem Land widerfährt.

Mittlerweile musste *Occupy Guguță* die Fundraising-Plattform wechseln. Kürzlich hat die frühere Plattform allen Spender:innen ihre Spende rücküberwiesen. Die Reaktionen waren einhellig: Jetzt erst recht! Nun ist *Occupy Guguță* bei chuffed.org zu finden. Am 16. Oktober hat die Generaldirektion für Architektur und Städtebau der Stadt Chișinău die Genehmigung zum Abriss der *Cafenea Guguță* erteilt. Kurz darauf besuchte der türkische Staatspräsident Erdogan die Stadt. Aus diesem Grund, so die Facebookpräsenz von *Occupy Guguță*, hat die Demolierung noch nicht stattgefunden, doch nun stellt man sich auf „schwarze Nächte“ ein.

Die Bukarester Initiative B.A.C.U, die sich dem Schutz des architektonischen Erbes des Sozialismus verschrieben hat, unterstützt den *protest permanent* und ruft zu Solidarität mit den Protestierenden auf. *Occupy Guguță* engagiert sich weiter im urbanen Raum für mehr Mitbestimmung und in erster Linie gegen die Korruption, die dieses Land weiter teilen wird. Hoffentlich klingt ihr neuer Schlachtruf „*Așa sună democrația!*“ noch weiter und wird gehört. Denn so klingt sie, die Demokratie.



„Tod der bourgeoisen Kultur“

Das Fürchten vor Alternativen

Von einem „Multikulti-Theater“, das nach Serbien auszog

Von Juliane Rahn, Belgrad

Mit herzlichem Dank an Darija Davidović

In Belgrad, der ehemaligen Hauptstadt von Jugoslawien und jetzt von Serbien, fand bereits zum 52. Mal das renommierte BITEF Theaterfestival statt. Mit dabei eine Aufführung des Maxim-Gorki-Theaters. Und unsere Autorin. Es ist die Erzählung eines „Multikulti“-Ensembles, das einst nach Serbien auszog, um das Fürchten vor Alternativen zu lernen.

„Würdest du für dein Land sterben?“ – „Warum?“ Ein Kind steht auf den deutschen Brettern, die für manche wieder mehr „Wir sind das Volk“ als barrierefreie Welt bedeuten. Es singt die neoromantische

Nationalhymne des frühen 21. Jahrhunderts: eine Alternative für Deutschland als poppigen Rap, mit seinen tanzenden Anfangsbuchstaben im Bühnenduett zusammen mit Darstellenden, sogar mit Migrationshintergrund. „Würdest du für dein Land sterben?“, fragt jemand unser Kind am Ende der Vorstellung. Ohne zu zögern antwortet es: „Warum?“

Das war schön politisch und vor allem gruselig, doch auch sehr lustig. Kannst du das bitte noch einmal machen? Denn wir verschicken dich auf Einladung ins ehemalige Jugoslawien: Von B wie Hauptstadt

deiner Heimatrepublik einmal die Westbalkanroute rückwärts herunter in die serbische Fremde – mit dem „Multikulti“-Ensemble des Maxim-Gorki-Theaters in den „turbofolk-isierten“ Underground, auf das 52. BITEF Theaterfestival im herbstlichen Belgrad. Oliver Frlić, den „wir Deutschen“ als „kroatischen Theaterregisseur“ wahrscheinlich nur so gern mögen, weil seine vermeintliche Heimat mit unserem Land seit dem Nationalsozialismus so eng verbandelt ist (und die Strände dort fast so schön wie die an der Ostsee sind), kommt mit: auf ein Gastspiel seiner Berliner Inszenierung *ГОРКИ – Alternative für Deutschland?*, das Frlić gemeinsam mit Schauspielenden des Maxim-Gorki-Theaters anlässlich des 150. Geburtstag des Theaternamensgeber erarbeitete. Angesichts des Ernstes der aktuellen politischen Lage haben wir, wie diese „neudeutsche Wanderbühne“, den Schalk im Nacken, frühstücken einen Kasper mit Fluchtgeschichte und stellen Deutschland nun genauso frech die Frage, ob der Feind (Kroatien?) seines Feindes (Serbien?) noch immer sein:e Freund:in sei – machst du mit?

„Frlić [untersucht], ob Gorki dem Gorki helfen kann, die Alternative für Deutschland zu verstehen. Und ob die Alternative für Deutschland helfen kann, das *ГОРКИ* zu verstehen. Oder andersherum? Was ist Demokratie wert, wenn ihre Gegner*innen in ihren Räumen groß aufspielen können? Was ist Theater wert, wenn in seinen Räumen seine Gegner*innen nicht aufspielen können?“ (Über *ГОРКИ – Alternative für Deutschland?* im Spielplan des Maxim-Gorki-Theaters, UA am 15. März 2018.)

Tun wir es also dem Regisseur gleich und fangen wir bei dir, dem schokobraunen bio-ost*deutschen Nachwuchs mit türkisch-kroatischen Gastarbeitereltern, also dem bunten Ensemble der Inszenierung und der nicht-repräsentativen Mehrheitsgesellschaft an. Wie ein Abgeordneter der Berliner AfD-Fraktion über die lokale Theaterszene einmal behauptete, gelte

„die oft beschworene Kunst- und Meinungsfreiheit in diesem üppig subventionierten Gesinnungskartell nur für jene, die auf der vermeintlich richtigen Seite stehen und gleiche Ansichten teilen. An einem offenen Diskurs und einem Widerstreit der Meinungen

scheint niemand interessiert zu sein. Der undemokratische Geist steht in diesem Milieu keineswegs rechts, er steht ganz klar links!“ (In: „Berliner Maxim Gorki Theater im linkspolitischen Propaganda-Modus“, *afdkompakt.de* vom 5. Mai 2018.)

Was also in der theatralen Konsequenz gegen diesen Vorwurf tun? Lasst sie streiten – und subventioniert alle, selbst die Gorki-Gegner:innen, indem ihr am besten gleich Parteimitglied werdet (wie auch ein paar Ensemblemitglieder aus Protest, zumindest in der inszenierten Behauptung) und die Subventionen der Demokratie [sic!] wieder zurückgebt. Stellvertretend für die Kunstfreiheit hören wir den Schauspieler Mehmet Ateşçi in Belgrad Antworten auf die Frage finden, wie sich Frlić im Probenprozess diesem „linksalternativen Gesinnungskampf“ des Theaters „gegen die Freiheit Andersdenkender“ (wie der rechtsalternative Herr oben meinte, ebd.) näherte. Das Besondere an der „verstörenden“ Zusammenarbeit mit Frlić sei, dass man – Migrationshintergrund hin oder her – immer wieder auf seinen eigenen „Mindfuck“ [#SoNotSic!] zurückgeworfen werde: Wie rassistisch bin auch ich, der sich als offene und tolerante, kritische und politische Person beschreiben würde, welche perfiden Vorurteile und Gedanken schlummern eigentlich in mir? Welche gesellschaftlichen Veränderungen machen mir insgeheim Angst? Am Ende stellt *ГОРКИ – Alternative für Deutschland?* keine Metaphern auf die Bühne, welche von der „repräsentativen Schwäche des Theaters und der Demokratie im frühen 21. Jahrhundert“ (so der Untertitel) erzählen, sondern das Stück enttarnt die uneigentlichen Facetten dieses personalisierten Mindfucks in Szenen, in der sich am Ende alle – selbst das Publikum – irgendwie unterrepräsentiert fühlen. Ungewöhnliche Allianzen entstehen hier im Spiel (Kinder von Einwanderern solidarisieren sich zum Beispiel mit „Quoten-Ossis“), die sich nach der Vorstellung zusammen mit unserem eigenen (mit Verlaub) Mindfuck im Foyer tummeln – und das nicht nur in Berlin. Diese Quintessenz der Inszenierung, dieser (ich wiederhole) Mindfuck, funktioniert nämlich überall. Auch in Belgrad?

Welt ohne Menschen

„Svet bez ljudi“, Welt ohne Menschen lautet das diesjährige Motto des Belgrader Theaterfestivals. Eine Welt ohne Menschen sei letztendlich auch das, was bei der oben beschriebenen Versuchsanordnung herauskomme, wenn wir alle immer nur mit uns selbst und, mittlerweile europaweit, unseren Nationalstaaten beschäftigt bleiben. Fehlt es uns in dieser Welt also nicht an (Mit)Menschen, sondern eher an weltlicher Menschlichkeit? Der programmatische Leitfaden des BITEF mutiert so zur rhetorischen Frage, ob sich Europa aktuell stärker in der Wiederbelebung seiner Nationalismen als für ein grenzüberschreitendes Miteinander verbündet. Strukturelle „Rassismen“ oder gar „Faschismen“, um das Kind ohne Euphenismus wie Frlijić beim Namen zu nennen, unterwanderten junge wie alte europäische Demokratien. Darin ähnelten sich laut Frlijić auch die politischen Realitäten in Serbien und Kroatien: Wie Bruder und Schwester würden sich Kroatien und Serbien verhalten, wenn es beispielsweise darum geht, nur sich selbst als Opfer darzustellen und sich mit der Vergangenheit nicht auseinanderzusetzen.

Fürchte dich (nicht)!

Doch nicht nur Frlijićs *Alternative für Deutschland*, sondern auch deren temporäre Situiertheit in der Hauptstadt der Republik Serbien zeugt von ungewöhnlichen Allianzen. Festivalbesucher:innen hörte man diesen Herbst so einiges munkeln: Den „Tod der bourgeoisen Kultur!“ [Smrt kulturni buržoazije!] wünschte sich manch eine Protestaktion während des BITEF, das gesellschaftspolitisch bei vielen „Linksalternativen“ mittlerweile seinen experimentellen Charme verloren und eher als konform denn als kritisch gilt. Die politisch-korrekte Konformität des Festivalprogramms entpuppte sich beispielsweise darin, dass genau die beiden Theaterarbeiten von Frlijić gezeigt wurden, die sich mit der Geburt des deutschen Rechtspopulismus, *GORJKI – Alternative für Deutschland?*, und der Wiedergeburt des kroatischen Faschismus, die Inszenierung *Šest lica traži pisca* [Sechs Personen suchen einen Autor] frei nach Luigi Pirandello aus Zagreb (Satirički Kazalište Kerempuh), auseinandersetzen. Die serbischen Befindlichkeiten, die Frlijić ebenfalls

thematisch in seinem Theaterstück aufgriff, blieben vorerst im Hintergrund. Vorerst, da sich der Regisseur die Kunstfreiheit nicht nehmen lässt, einzelne Szenen für ein serbisches Publikum dezent zu modifizieren. In Interviews bekundet er auch wiederholt sein Bedauern, warum er in Serbien (unter anderem) nicht inszenieren könne: Er käme nur, wenn er eine Arbeit zum serbischen Präsidenten machen dürfe. Doch das, was die dunklen Kapitel eines Aleksandar Vučićs während der 1990er Jahre ausmachten, verweilt in der Republik als stillschweigende Ausblendung und Vučić als „ein vollendetes Paradigma für das kollektive Vergessen.“ „Fürchte dich nicht, denn ich habe dich erlöst; ich habe dich bei deinem Namen gerufen; du bist mein“ (Die Bibel, Buch Jesaja, 43:1)? Denn in Serbien, wie auch in den anderen jugoslawischen Nachfolgestaaten, verhandelt niemand in der Regierung gern seine jüngste Vergangenheit und nationale Geschichtsmymen – vor allem nicht auf dem Theater und ohne Metaphern, was sich an Frlijićs Erfahrungen in Kroatien anschließt. Dort wurde er zum aktuellen Staatsfeind in den Künsten, „da das, was [Künstler vom Schlage eines Oliver Frlijić] betreiben, keine Kunst sei, sondern politischer Aktivismus“, wie die neue Kulturdezernentin der Stadt Zagreb im Sommer feststellte (zitiert aus Ivana Sajkos Artikel „Angst und Unbehagen“, in: *Zeit online* vom 24. August 2018). Bilden Kroatien und Serbien etwa aufgrund von kulturpolitischen Entscheidungen neue ungewöhnliche Allianzen und nehmen damit die Forderung der deutschen Rechtsalternative wider die Kunstfreiheit in seiner „weichgespülten“ Variante vorweg? Wer lernt hier eigentlich von und vor wem das Fürchten – und:

Für welches Lager wird sich das politische Theater entscheiden?

Unser Tisch im Belgrader Café sieht mittlerweile aus wie das Pendant zum BITEF, nämlich wie das Sarajevoer Theaterfestival (MESS). Wir ersinnen zusammen mit Frlijić, wovor man sich eigentlich wirklich fürchten muss, wenn das menschenverachtende Uneigentliche als Eltern aller Probleme (die Fluchtbewegungen und das „post-migrantische“ Theater) einmal „menschenachtend“ weggedacht wird. Vor dem fragwürdigen Dialog mit den Faschist:innen,



den aufgeklärte Deutsche im 21. Jahrhundert so gern pflegen, oder vor einem adretten politischen Theater, das ein wenig humorlos Kritik des Zeitgeistes ver/äußert? Wir fragen Frlijić, wie er es eigentlich mit der Demokratie hält beziehungsweise was er von ihr hält, hier- und dortzulande, auf der Bühne und darüber hinaus.

„Die Demokratie und das Theater, als zwei Formen der Repräsentation, sind in einer tiefen Krise. Das Theater hetzt die ganze Zeit hinter der Wirklichkeit hinterher, anstatt eine Art der Repräsentation zu finden, der starke performative Effekte innewohnen und die wie ein Boomerang in die Wirklichkeit zurückkehren könnten. Die Krise der Demokratie spielt sich in ihrer größten Schwäche ab: Sie kann etwas, das in seinem Wesen antidemokratisch ist, nicht aufhalten – also all diese zeitgenössischen Faschismen oder wie sie sich auch immernennen. Aber die Demokratie besitzt keinen Modus, um solche politischen Kräfte zu verstecken: Sie nehmen nicht nur am politischen Leben teil, sondern sie erhalten sogar eine demokratische Legitimation.“

Später treffen wir Frlijić im Gespräch mit dem Philosophen Srećko Horvat wieder, bei der von Letztgenanntem ins Leben gerufenen Veranstaltungsreihe *Filozofski Teatar*, des „Philosophischen Theaters“, das sich im Rahmen des BITEF erstma-

lig auch dem Theater selbst widmet. Horvat kommt auch aus dem ehemaligen Jugoslawien und entzieht sich wie Frlijić einer nationalen Zuschreibung, bevor er am Ende doch wieder nur der „falschen Nation“ angehört. Sein aktueller Dreh- und Angelpunkt erscheint in der Podiumsdiskussion als ein Plädoyer für „Alle Wege führen nach Europa“, weshalb er das zeitgenössische Theater vor allem als Möglichkeit einer kritische Operation auf dem Weg hin zu einer europäischen Dezentralisierung und Ent-Neoliberalisierung denkt. Wenn, wie Horvat Carl von Clausewitz weiterdenkt, *Frieden* eine bloße Fortsetzung von Krieg mit anderen Mitteln sei, dann würde Frlijić als „social parrot“ (Horvat) in einer „Welt ohne Menschen“ (BITEF) Metaphern nicht nur vermeiden, sondern ihre ungeschminkten sozialen Realitäten auch als solche *anderen* Mittel einsetzen. Ein Zuschauer ersinnt sich dem Mainstream-Mantra (frei nach Marx) „Aktivist:innen aller Länder, vereinigt euch!“ und erkundigt sich, warum die beiden denn nicht endlich das Theater verließen und protestieren gingen. Mutig die Frage, halbherzig jedoch der Vorwurf. Denn „die repräsentative Schwäche des Theaters im frühen 21. Jahrhundert“ hat nach wie vor mehr als einen Funken von Protest: sich nämlich allen Ernstes zum „MUT ZUR WAHREHEIT“ (wie auch das Bühnenbild von *GORJKI – Alternative für Deutschland?* das Wahlprogramm der titelgebenden Neovolkspartei zitiert) nicht nur zu bekennen, sondern vor allem diesen Mut in seinen theatralisierten Geschichten samt seinem hauseigenen Mindfuck einzufordern. Davor muss man sich in der Tat fürchten – und zwar in seiner kathartischen Angst und ihren gewöhnlichen Allianzen, die uns mit Entschlossenheit sowohl auf uns selbst und wieder zurück in die sich uns erschließende Welt mit Menschen wirft.

„Würdest du für dein Land sterben?“, wird das Kind am Ende der Aufführung wieder gefragt. Auch auf der Belgrader Bühne antwortet es ohne zu zögern: „Ja.“

Alle Übersetzungen aus dem Serbokroatischen und Englischen sind von der Autorin.



Tamar, Where Are You?

Ein Fotobuch über Georgien - und eine deutsch-georgische Zusammenarbeit, die auf Initiative des Fotografen Andreas Oetker-Kast entstand und einen tiefen Einblick von Innen und Außen in ein faszinierendes Land bietet.



o.I. Yuri Mechitov, aus der Serie: Bearing Witness
u.I. Saburtalo, Tiflis, Foto: Andreas Oetker-Kast
r. Dina Oganova, aus der Serie: My Place

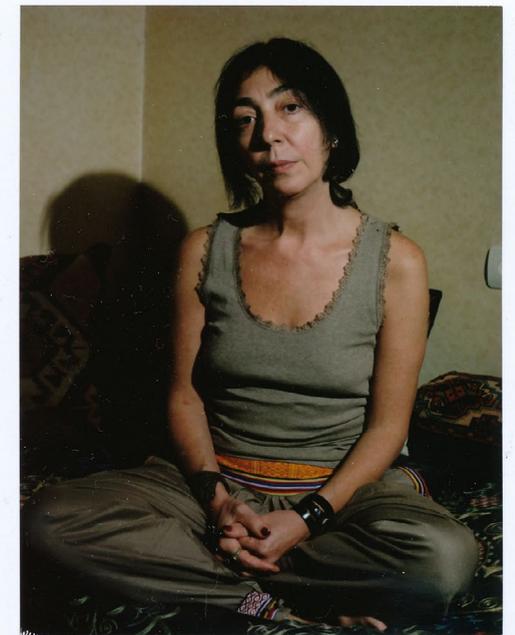


o.I. Giorgi Shengelia, aus der Serie: Unknown City
u.I. Tagveti, Foto: Natela Grigalashvili, aus der Serie: Village of the Mice
r. Guram Tsibakhashvili, aus der Serie: Body of Georgia



5.10.15

ანა სამადაშვილი



5.10.15

ანა სამადაშვილი

I. Innenhof einer Galerie, Tiflis, Foto: Andreas Oetker-Kast

r. Ana Kordzaia-Samadashvili, Foto: Tinatin Kiguradze, aus der Serie: I Will Always Be

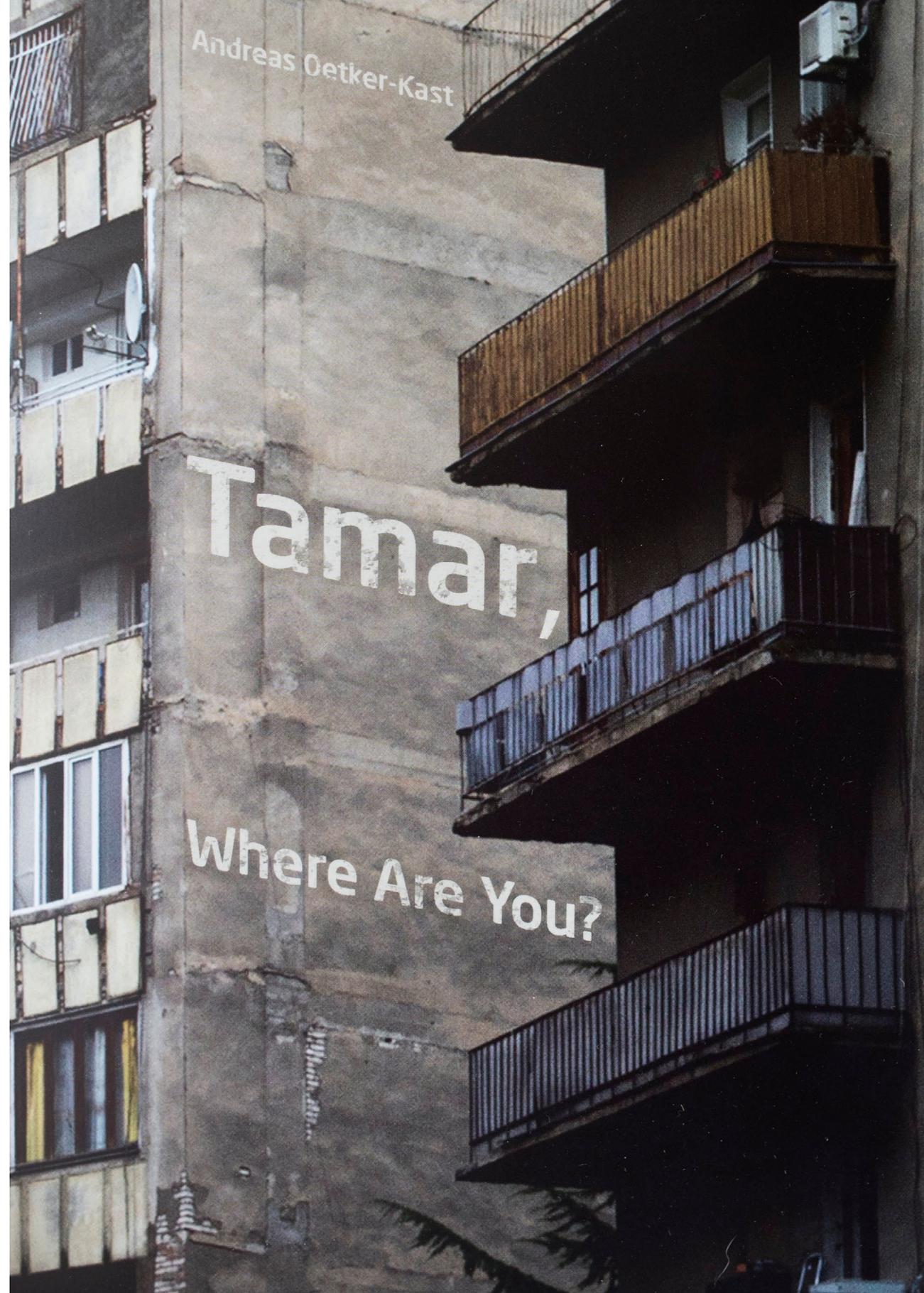
Tamar war die Königin Georgiens. Ende des 12. Jahrhunderts führte sie das Land auf den Höhepunkt seines goldenen Zeitalters. Heute, nach Jahrhunderten der Besetzung und nach unzähligen bewaffneten Konflikten, präsentiert sich Georgien als aufstrebende Republik.

Wenn man ein Land fotografisch vorstellen möchte, wie kann man dem gerecht werden? Die Wahrnehmung einer/s jeden Fotograf:in ist beeinflusst von Herkunft, Sozialisation und Erfahrungen, was zu der Frage führt, ob und wie das fotografische Erfassen eines Landes und damit einer Kultur möglich ist, die nicht die eigene ist.

„Tamar, Where Are You?“ basiert auf der langjährigen fotografischen Auseinandersetzung von Andreas Oetker-Kast mit Georgien. Seine Perspektive wird erweitert um Geschichte georgischer Fotograf:innen und Autor:innen, so geht das Buch unter die Oberfläche in den Alltag eines faszinierenden Lands.

Mit Beiträgen von: Ana Kordzaia-Samadashvili, Andreas Oetker-Kast, Dato Turashvili, Dina Oganova, Giorgi Shengelia, Giorgi Tabliashvili, Guram Tsibakhashvili, Natela Grigalashvili, Tinatin Kiguradze, Vakho Khetaguri, Yuri Mechitov

bt:st verlag
ISBN: 978-3-9815444-4-2
39,00 € (zzgl. Versand)



Dunkle Kräfte unter schützender Hand

Über den Faschist Bolesław Piasecki in der Volksrepublik Polen

Von Piotr Franz, Berlin/Warschau

Polen erlebte den Einbruch eines Jahrhundertwinters. Während die Innenstadt Warschaws unter meterhohen Schneemassen kapitulierte und die hektischen Neujahrsvorbereitungen bei minus 30 Grad jäh zum Erliegen kamen, lag im Militärkrankenhaus weitab vom Zentrum der Stadt einer der umstrittensten Politiker Polens im Sterben. Das Lebenswerk dieses Mannes reflektierte wie ein Zerrspiegel die tiefsitzenden Ambivalenzen der polnischen Nachkriegsgesellschaft. In den frühen Stunden der Neujahrsnacht 1979 endete sein Leben. Wenige Tage später versammelte sich auf dem ehrwürdigen Powązki-Friedhof eine Trauergesellschaft, deren sonderbare Zusammensetzung das Leben des Toten ebenso versinnbildlichte wie eine Allianz, die so alt war wie die Volksrepublik Polen selbst: Seite an Seite nahmen hier neben der sozialistischen Elite des Landes führende Faschisten der Vorkriegszeit von einem Mann Abschied, der eine Brücke zwischen diesen zwei Welten war.

„Er lebt wie ein Kapitalist. Er besitzt eine Luxuswohnung in der Warschauer City und ein Haus auf dem Lande. Seinen schwarzen ‚Jaguar‘ und seine Liebesaffären kennt die ganze Stadt.“ (Der Spiegel: 67)

Was wie der Auftakt einer polnischen 007-Adaption klingt, druckte *Der Spiegel* von Juni 1965 nicht etwa in den Rubriken Kultur oder Film und war auch sonst keine reine Fiktion: „*Er verdient Millionen, doch Gomułkas Kommunisten halten ihn für unbezahlbar*“ (ebd.). Władysław Gomułka, seit 1956 Chef der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei PZPR und seinerseits Liebhaber eher nüchterner Mercedes-Limousinen, protegierte hier keinen exzentrischen Geheimdienstagenten, sondern eben jenen 1979 verstorbenen Politiker, dessen ungewöhnliche Vor- und Nachkriegsbiographie durchaus einem Abenteuerroman zu entspringen scheint. Die Rede ist von Bolesław Piasecki, Kopf von Stowarzyszenie PAX,

der größten privaten Verlags- und Unternehmensgruppe in der Volksrepublik Polen, Staatsrat sowie langjähriger und hochdekoriertes Abgeordneter im Sejm. Zeitgenossen aber sahen in Piasecki nicht allein den sozialistischen Staatsmann, sondern den berühmtesten polnischen Faschisten der Vorkriegszeit. Doch auch in der neuen, sozialistischen Realität konnten Piasecki und seine Entourage mit wechselnder Rückendeckung von führenden PZPR-Kadern ihre nationalistische Agenda fortführen. Eine verhängnisvolle Allianz aus ‚patriotischen‘ Sozialisten und ehemaligen Faschisten im PAX-Milieu führte schließlich zu einem Ereignis, das im Europa der Nachkriegszeit seinesgleichen sucht und sich dieses Jahr zum fünfzigsten Mal jährte: die antisemitische Kampagne von 1968. Doch wie kam es dazu?

Warschau 1934 - Tod den Feinden des Vaterlands!

Mit der Gründung des Obóz Narodowo-Radykalny ONR (Nationalradikales Lager) im Jahr 1934 schickte sich eine Gruppe junger Warschauer Akademiker an, totalitäre Gesellschaftskonzepte im Geiste Roms oder Berlins in ein polnisches Pendant zu übersetzen. Unter den Gründungsmitgliedern des ONR fand sich auch der damals erst 19-jährige Student Piasecki. Schon nach wenigen Monaten wurde das ONR verboten und die Führungsriege nach Bereza Kartuska, ein vom KZ-Dachau inspiriertes Konzentrationslager, verschleppt. Es ist dieser Aufenthalt, der Piasecki lehrt, dass sich politische Macht in einem autoritären Staat nicht durch Revolution, sondern nur durch Kooperation erreichen lässt – obschon das ONR auch weiterhin die Idee eines ‚nationalen Umsturzes‘ propagierte. Wieder auf freiem Fuß verantwortete Piasecki fortan als

„Führer“ des totalitären Ruch Narodowo-Radykalny RNR (Nationalradikale Bewegung) durch paramilitärische Schlägertruppen zahlreiche Anschläge auf Juden, Sozialisten und Kommunisten. Mithilfe gewaltsamer Proteste fordert er teilweise erfolgreich die Einführung von Zulassungsbeschränkungen von Juden an Hochschulen sowie die räumliche Trennung von jüdischen und christlichen Kommilitonen in Hörsälen, sogenannte *„Sitzbankgettos“*, ein. Zeitweilig avancierte er gar zum offiziellen Partner der autoritären Regierung in Jugendfragen. Ziel war die Installation eines Großreiches totalitärer Ordnung – ein katholischer Staat polnischer Nation. Die Mittel dazu: die militärische Unterwerfung der slawischen Nachbarvölker und die Ghettoisierung, Entrechtung und Ausweisung der jüdischen Polen.

Antisemitismus im Auge des Holocausts

Während des Zweiten Weltkrieges kämpfte Piaseckis Untergrundbewegung Konfederacja Narodu KN (Konföderation der Nation) folglich nicht nur gegen die deutschen Besatzer, sondern intensivierte auch den Kampf gegen die verfolgten Juden: *„Die Deutschen und Juden haben die Welt in Brand gesetzt, zusammen müssen sie verbrennen“* (Faliński 1985: 61), heißt es im hauseigenen Blatt *Nowa Polska* (Neues Polen). Noch im September 1944, zwei Monate nach der Befreiung des Vernichtungslagers Majdanek bei Lublin, begrüßt man im Artikel *Likwidacja Żydostwa* (Die Liquidierung des Judentums) ein *„entjudetes Polen“*, seien die Juden doch stets ein in jeglicher Hinsicht schädliches und feindliches Element für die Polen gewesen (ebd.: 63).

NKWD-Gefängnis, 1944 - Ziemlich beste Feinde

Wenige Wochen nach der Veröffentlichung des Artikels geriet Piasecki in die Fänge der sowjetischen Geheimpolizei und wird in den Kellergewölben des Lubliner Schlosses interniert, wo sich das NKWD-Hauptquartier in Polen befand. Geschickt bläht Piasecki in Verhören seine Rolle im Untergrund auf und bietet sich als unerlässlicher Partner bei der

Stabilisierung der sowjetischen Vorherrschaft in Polen an. In der Tat interessiert sich bald ein ranghoher Verantwortungsträger des NKWD für den willigen Helfer: General Ivan Serov, Schlüsselfigur stalinistischer Verbrechen und ab 1954 erster Vorsitzender des KGB. Zwar waren sich General Serov und Gefangener Piasecki wenige Wochen zuvor noch einander Todfeinde, während der Verhörungen aber soll sich zwischen den zwei Hasardeuren bald eine Art Kumpelei entwickelt haben: beide rühmten sich unverhohlen ihres Antisemitismus und tauschten als berüchtigte Schürzenjäger Anekdoten ihrer *„erotischen Eroberungen“* aus (Kunicki 2012: 79). Von Zeitgenossen wurde der Annäherungsversuch des prominenten Faschisten an den sowjetischen Geheimdienstgeneral als Opportunismus gedeutet; für Piasecki ging es um das nackte Überleben. Fest steht aber auch, dass die faschistisch-sowjetische Allianz durchaus eine Win-Win-Situation für beide Seiten darstellte und Piasecki eine, wenngleich variierte, Fortführung seiner weltanschaulichen Arbeit ermöglichte: *„not only did the communists utilize nationalism, but [...] they also prolonged the existence of the nationalist right“* (Kunicki 2005a: 59).

Genese einer faschistisch-kommunistischen Allianz

Es mag verwundern, wie rasch sich ein faschistisches Milieu, das den Kampf gegen die *„Judäo-Kommune“* (hinter dem Begriff steht die Annahme, dass der Kommunismus ein jüdisches Instrument zur Erlangung der Weltherrschaft sei) stets als ideologischen Leitsatz verstand, für den neuen Status quo unter sowjetischer Besatzung erwärmen konnte.

Bei näherer Betrachtung aber werden zwischen den programmatischen Forderungen der Nationalradikalen Bewegung und der gesellschaftlich-politischen Realität in Polen nach 1944 Gemeinsamkeiten erkennbar, die eine Allianz mit den neuen Herren im Lande deutlich begünstigten: Wie vom Vorkriegs-ONR gefordert reichte Polen im Westen, ähnlich wie zur Regentschaft des Piastenkönigs Bolesław I. (dessen Schwert unterschiedlichen rechten Gruppen wie auch dem ONR als Symbol dient) wieder an die Oder und Neiße heran. Die polnische

Gesellschaft war erstmals in ihrer Geschichte als Folge aus Shoah, der Zwangsumsiedlung und Vertreibung nationaler Minderheiten sowie der Westverschiebung der Staatsgrenzen ethnisch und konfessionell nahezu homogen. Die slawischen Völker waren politisch durch das Bündnis mit der Sowjetunion geeint. Auch die wirtschaftliche und innenpolitische Ordnungsvorstellung der Sowjetmacht korrespondierte weitestgehend mit den autoritären Vorstellungen des Piasecki-Lagers einer zentralistischen Herrschaft ausgewählter Eliten. Welchen Nutzen aber zogen die kommunistischen Machthaber aus einer Kooperation mit den ONR-Faschisten?

Piaseckis Faustpfand waren sein Netzwerk und seine Autorität im Milieu junger Nationalisten, die 1944/45 ein nicht zu unterschätzendes Widerstandspotenzial darstellten. Mithilfe seines Einflusses sollte das weit verzweigte und kampferprobte Netzwerk zur Unterstützung des neuen Systems mobilisiert werden. Die Beteiligung prominenter Vorkriegsfaschisten und Untergrundkämpfer mit Piasecki an der Spitze sollte den noch fragilen kommunistischen Machtapparat zumindest teilweise vom virulenten Stigma der *„Judäo-Kommune“* und Fremdherrschaft befreien. Die eigentliche Stoßrichtung aber galt der katholischen Kirche. Mit dem Stowarzyszenie PAX wurde Piasecki der Aufbau eines antiklerikalen, nichtsdestotrotz aber katholischen Gegenspielers gewährt. Während die Macht der Kirche systematisch untergraben wurde, inszenierte sich die sozialistische Staatsführung so als pro-katholisch. Ein dergestalt als *„trojanisches Pferd“* erdachtes Instrument, so der Primas Polens Kardinal Stefan Wyszyński 1950, habe die Zerschlagung der Solidarität der polnischen Katholiken zum Ziel (Żaryn 2004: 110). In der Tat gelang es der progressiv auftretenden PAX, zahlreiche Intellektuelle zu gewinnen. Doch auch mehrere tausend Geistliche folgten Piaseckis Ruf und versetzten so der katholischen Kirche einen empfindlichen Aderlass (Kłoczowski 2000: 318).

Im Nationalkommunismus vereint - Gomułka und Piasecki

Sukzessive verselbstständigte sich PAX zum Eckpfeiler einer Ordnungsvorstellung, die Piasecki trügerisch *„Pluralismus der Weltanschauungen“* taufte. Streng genommen ließ dieser Pluralismus aber genau zwei Weltanschauungen zu: einen nationalen Sozialismus und einen nationalen Katholizismus. Angestrebt wurde eine Herrschaftsform, in der sich Partei und PAX politisch auf Augenhöhe begegnen würden. Im Rahmen eines solchen Flirts sollte das kommunistische System *zivilisiert*, durch die Zulassung von PAX als Partei *pluralisiert* sowie durch die Integration opportuner Elemente der Kirche *stabilisiert* werden (Kunicki 2005b: 65). Letzten Endes blieben Piaseckis Vorstellung einer Machtdividende zugunsten eines dualen Systems jedoch illusorisch. Auch seine Bestrebung einer Anerkennung der PAX als Partei, ähnlich der Ost-CDU, scheiterten am Alleinherrschaftsanspruch der PZPR. Angesichts der widrigen Rahmenbedingungen aber muss Piaseckis Bestrebung, national-radikale Schlüssel motive in die politische Agenda der Volksrepublik zu übertragen, als Erfolg gewertet werden.

Einer im Grundsatz ähnlichen Auffassung von Nationalismus und Sozialismus war auch Władysław Gomułka, zu diesem Zeitpunkt noch stellvertretender Ministerpräsident und Minister für die neuen Westgebiete. Als Nationalkommunist sah auch Gomułka die Dominanz jüdischer Kommunisten in der Parteiführung, die den Krieg, anders als er, nicht in Polen, sondern in der Sowjetunion verbracht haben, mit großem Argwohn. Unverblümt beschwerte er sich 1948 über die seines Erachtens unverhältnismäßig hohe Zahl von Juden in der Partei und deren offene Feindschaft ihm gegenüber (Kunicki 2005a: 198). Adressat der Beschwerde: Josef Stalin. Kurz hierauf sank der Stern des stellvertretenden Ministerpräsidenten. Stalintreue Politikader denunzierten ihn als *„rechtsnationalistischen Abweichler“* und stürzten ihn. Es folgten Parteiausschluss und Haft. Mit Beginn der Entstalinisierung, der sogenannten Tauwetter-Periode ab 1956, brach jedoch die Stunde seiner Revange an: Politisch gestärkt kehrte er als Parteichef zurück. Gestärkt war auch



Vereint im Antizionismus: Władysław Gomułka und Leonid Breschnew. Hier auf dem VII. Parteitag der SED am 17.04.1967

sein Wille, die Partei von jenen zu säubern, die er für seine lange Inhaftierung kollektiv verantwortlich machte: jüdische Parteikader. Unterstützer seines Ansinnens fanden sich bei PAX.

Warschau 1967 - Summer of Hate

Der Eiserner Vorhang war bisweilen durchlässiger, als sein Name annehmen lässt. Nicht nur, dass seit den 1960er Jahren auf den Straßen von Breslau oder Danzig Blue-Jeans getragen wurden und sich auf den Schallplattenspielern junger Polen die Beatles drehten. Auch die Politisierung und Protestbereitschaft von Studierenden schien im Zuge des Vietnamkriegs die Systemgrenze von Paris und West-Berlin nach Warschau mühelos passiert zu haben, wie Flugblätter der linken Studentengruppe ‚Komandosi‘ um Adam Michnik, heute Chefredakteur der *Gazeta Wyborcza*, vom Oktober 1967 nahelegen:

Die vietnamesischen Partisanen kämpfen für ein Ziel, das auch das unsrige ist: das Recht auf eine Revolution gegen gesellschaftliche und die damit

verbundene nationale Unterdrückung [...]. Indem wir für ein souveränes und sozialistisches Vietnam kämpfen, kämpfen wir auch um ein souveränes und sozialistisches Polen. [...] Wir solidarisieren uns mit den westdeutschen Studenten, der französischen Linken und den tschechischen Intellektuellen. (Vetter 2014: 87)

Freilich hatten die Forderungen der linken Warschauer Studierendenschaft des Jahres 1967 ganz eigene Wurzeln und adressierten einen mit westeuropäischen Gesellschaftsordnungen kaum vergleichbaren Horizont des Machbaren. Und auch die programmatisch-ideologische Ähnlichkeit der studentischen außerparlamentarischen Linken Westeuropas und Polens erwies sich im Verlauf der nachfolgenden Monate als brüchig. Auslöser der Entzweiung war ein militärischer Konflikt in Nahost, der die polnische Gesellschaft (und die Linke in Westeuropa) spalten sollte: der Sechstagekrieg zwischen Israel und den arabischen Staaten.

Der Ausgang des Kriegs zugunsten Israels wurde von der polnischen Bevölkerung mit allgemeiner Freude und spontanen Feierlichkeiten begrüßt: „Unsere Juden haben ihre [die sowjetischen, P.F.] Araber geschlagen“ (Eisler 2006: 4). Die Kunde von dieser antisowjetisch motivierten, polnisch-israelischen Solidarität gelangte über Geheimdienstberichte indes rasch nach Moskau, wo zu diesem Zeitpunkt schon der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Warschauer-Pakt-Staaten mit Israel vorbereitet wurde. Gomułka stand unter Zugzwang – es galt zu beweisen, Herr der Lage zu sein. Im Zentralkomitee der PZPR fiel die Entscheidung, dass die Lösung des Problems in der Propagierung eines gemeinsam mit dem nationalistischen Innenminister Mieczysław Moczar konstruierten Feindbildes „Zionismus“ liege. Mithilfe einer breit angelegten Medienkampagne ließen sich so gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Die Parteiführung konnte Polens Loyalität gegenüber Moskau zur Schau stellen und Gomułka seine Revanche an jüdischen Parteikadern vollziehen. Was folgte, war das Fanal eines seit 1945 ungesehenen Staatsantisemitismus, der im März 1968 seinen Höhepunkt erreichen sollte.

„Israel nimmt sich ein Vorbild an Hitlers [...] Blitzkrieg.“ -

Władysław Gomułka (Żukowski 2014: 35)

Seit Sommer 1967 wurde Israels Armee wahlweise mit der SS oder der Wehrmacht, (Wawrzyniak 2007: 168), Israels Regierung als amerikanisch-westdeutsche-imperialistische Handlanger, der Präventivschlag gegen die arabische Allianz als „israelischer Blitzkrieg“ (Dahlmann 2018: 71; Wawrzyniak 2007: ebd.) und polnische Sympathisanten des israelischen Sieges als „Fünfte Kolonne“ bezeichnet. Doch dies war kein Krieg allein der Worte. Zügig legten die dem Innenminister Moczar unterstellten Sicherheitsorgane Listen von Intellektuellen, Journalisten, Staatsdienern und Parteifunktionären jüdischer Herkunft an (Kunicki 2005b: 71). Das eigentliche Wesen hinter dem „Kampf gegen den Zionismus“ erkannten die Vorkriegsfaschisten bei PAX sofort und sahen ihre Stunde schon gekommen: „When people say ‚revisionists‘ they mean ‚Jews‘“ (Kunicki 2005a: 200).

Seit Gomułkas Verurteilung polnischer Juden als „Fünfte Kolonne“ lag die Vorahnung antisemitischer Säuberungen in der Luft, wie Kazimierz Witaszewski, Chef des Verwaltungsreferats des Zentralkomitees der PZPR, freudig bemerkte: „After twenty-three years of people’s power, it is time to solve this delicate problem, [...] our party will cleanse itself of an undesirable element.“ (Kunicki 2012: 150) Es dauerte nicht lang, bis mehrere hundert hochrangige Armeeangehörige und lokale Parteikader jüdischer Herkunft vom Dienst suspendiert wurden. Zu diesem Zeitpunkt lebten von den ehemals etwa drei Millionen der Vorkriegszeit nur noch zwischen 30.000 bis 40.000 Bürger jüdischer Herkunft in Polen. Der Großteil davon, hier insbesondere die Jugend, verstand sich jedoch ausschließlich als polnisch, so auch Janina Bauman, Ehefrau des Soziologen Zygmunt Bauman, die nach einem Abendessen mit Freunden in den Weihnachtsfeiertagen 1967 verzweifelt notierte: „Unsere Gäste behaupteten, in Polen gäbe es keine Zukunft mehr für sie. Als einziger Ausweg [...] bliebe die Ausreise. [...] Wir wussten beide, dass sie recht haben, aber keiner von uns konnte sich ein Leben außerhalb Polens vorstellen.“ (Dahlmann 2018: 85). Auch die Mitglieder der studentischen Komandosi-Gruppe waren sich der wachsenden Anspannung bewusst, trotzten der Atmosphäre aber mit Blick auf die liberalen Reformen im tschechoslowakischen Nachbarland; auch Polen sollte seinem Sozialismus ein menschlicheres Antlitz verleihen. Viele von ihnen hatten selbst jüdische Wurzeln und Eltern, die höhere Positionen in Partei und Staat einnahmen. In der Tat sollten deswegen die Mitglieder der Komandosi-Gruppe schon wenige Wochen nach Weihnachten 1967 in das Fadenkreuz von Piaseckis Vorkriegsfaschisten geraten.

Vorbild Prag: Warten auf einen polnischen Dubček

Auslöser war die Absetzung des Theaterstücks *Dziady* (dt.: Die Ahnenfeier) des polnischen Nationaldichters Adam Mickiewicz Ende Januar 1968 am Warschauer Nationaltheater. Die Inszenierung von Kazimierz Dejmkow entlockte dem Theaterpublikum immer wieder Bravo-Rufe und Beifall, wo historische Analogien zwischen zarischem Despotismus und



Links: Bolesław Piasecki. Rechts: Gerald Götting (CDU), stellvertretender Staatsratsvorsitzender der DDR und Volkskammerpräsident. Aufgenommen am 13. Juli 1955.

sowjetischem Imperialismus deutlich wurden. Mit der Zensur des Stücks brach jedoch eine Welle von Demonstrationen los, die schnell über die Forderung der Kunstfreiheit hinausgingen. Neben Studenten protestierten auch prominente Schriftsteller für das Ende der Zensur und nannten den staatlichen Antisemitismus beim Namen. Gefordert wurde die Demokratisierung des Systems nach Vorbild des Prager Frühlings unter Alexander Dubček (Dahlmann 2018: 88; Kunicki 2012: 151). Zur gleichen Zeit wurden zwei studentische Anführer, Adam Michnik und Zygmunt Szlajfer, aufgrund ihres Interviews mit der französischen Zeitung *Le Monde* zwangsexmatrikuliert. Als Akt der Solidarität wurden für Anfang März landesweit Demonstrationen angekündigt. Doch schon im Vorfeld wurden ihre Organisatoren verhaftet und die anlaufenden Demonstrationen von Miliz und Spezialkräften blutig im Keim erstickt. Selbst ranghohe Politikader zeigten sich vom brutalen Vorgehen der Staatsmacht erschüttert. Adam Schaff, ZK-Mitglied und Chefideologie des PZPR, kommentierte bestürzt, dass nicht einmal das Vorkriegs-ONR ein solches Ausmaß an Gewalt und Antisemitismus kannte (Dahlmann 2018: 157).

Brandstifter Piasecki - Beginn der antisemitischen Säuberung

Auch bei der PAX fühlte man sich vergangener Tage beim ONR erinnert. Zygmunt Przetakiewicz, vor 1939 Chef der paramilitärischen ONR-Schlägertruppen und seit 1956 Mitglied des PAX-Präsidiums, zog Analogien zu den antisemitischen Universitätsstreiks seiner Jugendjahre: „*If you stand by your convictions ... you must be ready to risk your neck. [...] We organized our strike under the slogans of numerous clausus*“ (Kunicki 2005a: 218). Noch am Tag der blutigen Demonstrationen erreichten die Namen der verhafteten Kommandosi-Anführer die Redaktion des PAX-Organs *Słowo Powszechne* (Das Allgemeine Wort), die als erste Zeitschrift Polens die Märzunruhen kommentierte. Mit dem Artikel *Do studentów Uniwersytetu Warszawskiego* (An die Studenten der Universität Warschau) überließ PAX-Chef Piasecki nichts dem Zufall: Es war der Funke, der die antisemitische Kampagne vollends entfachten sollte. Der Artikel gab nicht nur Gomułka Rückendeckung, sondern fügte die Ereignisse zu einem kohärenten, antisemitischen Narrativ zusammen: Hinter den Protesten stecke eine israelisch-bundesrepublikanische Verschwörung zum Sturz der polnischen Regierung. Die antipolnische Allianz habe das intellektuelle und studentische Milieu mit Agenten infiltriert, um mitunter die Verantwortung an der Shoah den Polen zuzuschreiben – ein Argument das auch 2018

wieder anklingt. Doch wer sollen diese Agenten gewesen sein? Piaseckis Antwort: jüdische Stalinisten. Sie hätten Gomułkas nationalkommunistische Lösung 1948 als Abweichlertum denunziert, ihre ebenfalls antipolnischen Kinder zettelten nun die März-Proteste an. Doch die eigentliche Botschaft: Die Verschwörung hat Gesichter. Namentlich stellte Piasecki die verhafteten Studenten an den Pranger. Auch unter Nennung ihrer Eltern und Berufe. Binnen weniger Stunden verloren letztere ihre Arbeit.

Zu Widerspruch kam es nur vereinzelt. Verbittert trat im März 1968 der einflussreiche Staatsratsvorsitzende Edward Ochab von seinen Funktionen in Amt und Partei zurück und nannte das Verbrechen beim Namen: „*Als Pole und Kommunist protestiere ich mit tiefster Empörung gegen die antisemitische Hetze [...] die von unterschiedlichen dunklen Kräften organisiert wird: gestrige ONR-Leute und ihre heutigen, mächtigen Beschützer.*“ (Eisler 2006: 591). Im Verlauf der Kampagne wurden Partei, Staatsorgane und öffentliche Einrichtungen wie Universitäten oder Krankenhäuser von Personen jüdischer Herkunft gesäubert, 1500 Studenten exmatrikuliert und zahlreiche Protestierende inhaftiert. Bis 1972 verloren etwa 15.000 polnische Bürger ihre Staatsbürgerschaft und wurden zum Verlassen ihrer Heimat und Aufgabe ihrer Existenz gezwungen (Eisler 2006:759).

Ein lebendiges Feindbild - ‚antipolnische Juden‘

Unter den Vertriebenen war auch Jan Tomasz Gross. Der 1969 zu fünf Monaten Gefängnis verurteilte und anschließend emigrierte Historiker wurde knapp 30 Jahre später mit dem Verdienstkreuz der Republik Polen ausgezeichnet. Seit dem Wahlsieg der Regierungspartei PiS und ihrer Maxime des heldenhaften polnischen Opfertums scheinen Personen wie Jan Tomasz Gross jedoch erneut als unerwünschte, als unpolnische Elemente kriminalisiert zu werden. Seine unbequemen Forschungsfragen zum polnischen Antisemitismus mündeten 2015 in einer gerichtlichen Untersuchung wegen „*Herabwürdigung der polnischen Republik*“ und auch das Verdienstkreuz soll ihm, auf Drängen von Staatspräsident Andrzej

Duda, wieder aberkannt werden. Mit bedrückender Aktualität liest sich folglich der desillusionierte Ton des vor 50 Jahren in der *New York Times* erschienenen Artikels: „*The Jews share the feeling of bafflement, a bitter realization that they had duped themselves into believing that anti-Semitism was a part of Poland's tragic past.*“ (Randal 1968: 12).

Literaturverzeichnis:

Dahlmann, Hans-Christian: *Antysemityzm w Polsce roku 1968. Między partią a społeczeństwem*, Warszawa, Żydowski Instytut Historyczny im. Emanuela Ringelbluma 2018. [Im Original: Antisemitismus in Polen 1968. Interaktionen zwischen Partei und Gesellschaft, Osnabrück, fibre Verlag 2013].

DER SPIEGEL 24/1965: POLEN / Piasecki. *Rosenkranz und Rattengift*, S.67-69.

Eisler, Jerzy: *Polski Rok 1968*, Instytut Pamięci Narodowej. Komisja Ścigania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu Seria „Monografie”: tom 22, Warszawa 2006.

Faliński, Stanisław Sławomir: „Ideologia Konfederacji Narodu”. In: *Przegląd Historyczny* 76/1, 1985, S. 57-76.

Kloczowski, Jerzy: *A History of Polish Christianity*, Cambridge, Cambridge University Press 2000.

Kunicki, Mikołaj Stanisław (2005a): „The Red and the Brown: Bolesław Piasecki, the Polish Communists, and the Anti-Zionist Campaign in Poland, 1967-68”. In: *East European Politics and Societies*, Vol. 19, No. 2, S. 185-225.

Kunicki, Mikołaj Stanisław (2005b): „The Nationalist Right under Communism: Bolesław Piasecki and the Polish Communists, 1944-1979”. In: Kusa, Dagmar / Moses, Shai (Hgg.): *Aspects of European Political Culture*. IWM Junior Fellow's Conferences, Vol. XX, Vienna, S. 59-76.

Kunicki, Mikołaj Stanisław: *Between the Brown and the Red. Nationalism, Catholicism and Communism in 20th-Century Poland – The Politics of Bolesław Piasecki*, Athens, Ohio University Press, 2012.

Randal, Jonathan: *Many Polish Jews Emigrating in Wake of Purge of Zionists*, New York, 18.08.1968, The New York Times. [Transkription eines Exponats aus der Ausstellung *Obcy w domu. Wokół Marca '68* (Estranged. March '68 and its aftermath) im Museum der Geschichte der polnischen Juden, POLIN, durch den Autor, 24. September 2018].

Vetter, Reinhold: *Bronisław Geremek: Der Strategie der polnischen Revolution*. Berlin, Berliner Wissenschaftsverlag BWV 2014.

Wawrzyniak, Joanna: „Kriegsgeschichten. Juden als Deutsche in Polen, 1967-1968.” In: Bingen, Dieter/ Loew, Oliver Peter/ Wóycicki, Kazimierz (Hgg.): *Die Destruktion des Dialogs. Zur innenpolitischen Instrumentalisierung negativer Fremd- und Feindbilder. Polen, Tschechien, Deutschland und die Niederlande im Vergleich, 1900-2005*. Wiesbaden, Harrasowitz Verlag 2007, S. 162-175.

Żaryn, Jan: „In Conflict with the Communist State: The Catholic Church and Catholic Political Organizations in Poland.” In: Gehler, Michael/ Kaiser, Wolfram: *Christian Democracy in Europe Since 1945*. Volume 2, London, Routledge 2004, S. 103-120.

Żukowski, Tomasz: „Ustanowienie nacjonalistycznego pola dyskursu społecznego. Spór między partią a Kościołem w roku 1966.” In: Chmielewska, Katarzyna/ Wołowicz, Grzegorz/ Żukowski, Tomasz (Hgg.): *Komunizm. Idee – Dyskursy – Praktyki. Rok 1966, PRL na Zakręcie*, Warszawa, Instytut Badań Literackich PAN 2014, S. 11-38.



Porträt von Stepan Bandera am Stadtratsgebäude von Kiew. Die Revolutionäre hatten das Gebäude zu ihrem Hauptquartier umfunktioniert. Foto aufgenommen am 14. Januar 2014.

Die Verwandlung des Stepan Bandera Wie ein Nazi-Kollaborateur zum Nationalhelden wurde

Von Dorothee Theresa Adam, Berlin

Vor allem im Westen der Ukraine wird Stepan Bandera, der einst als Nazi-Kollaborateur und Kriegsverbrecher galt, mittlerweile als Volksheld verehrt, der nur die Befreiung der Ukraine von der Vorherrschaft Sowjetrusslands im Sinne hatte. Doch wie kam dieser Wandel in der Wahrnehmung um 180 Grad zustande?

Stepan Bandera, geboren im Januar 1909 als Sohn eines ukrainischen Katholiken im damaligen Österreich-Ungarn, ist der Nachwelt dadurch bekannt, dass er einst zur Führungsriege der *Organisation*

Ukrainischer Nationalisten (OUN) gehörte. Eine jener Organisationen, die in Barbarossa, dem Überfall deutscher Truppen auf die UdSSR, die Erfüllung ihres Traums einer unabhängigen Ukraine in greifbare Nähe gerückt sahen. (Jobst: 2015) Schon in seiner Jugend hatte Bandera für dieses Ziel gekämpft und auch vor Terrorismus nicht zurückgeschreckt. 1934 beteiligte er sich an der Ermordung des polnischen Innenministers Bronisław Pieracki und wurde zu lebenslanger Haft verurteilt – die Wirren des Zweiten Weltkriegs ermöglichten seine Freilassung.

Er mauserte sich zum Anführer des radikalen Flügels der OUN, den so genannten *Banderisten* (OUN-B) und kollaborierte fleißig mit den deutschen Besatzern. Ihre Belohnung für die Zusammenarbeit forderten die OUN-B 1941 mit der Ausrufung eines *Unabhängigen Ukrainischen Staates* ein, allerdings widersprach die Staatsgründung den nationalsozialistischen Osteuropa-Plänen. Bandera (und viele seiner Mitstreiter) wurde von der SS, in der er die Befreier vom sowjetischen Joch gesehen hatte, verhaftet und verbrachte die nächsten drei Jahre im KZ Sachsenhausen. Dieser Umstand kommt seinem heutigen Ruf selbstverständlich zu Gute: Seinen Sympathisant:innen gilt die Verhaftung als *der* Beweis, dass die OUN-B in Opposition zum NS-Regime stand und daher auch nicht an den 1943 begangenen Verbrechen von OUN-B und UPA (*Ukrainisch-Aufständische Armee*) beteiligt sein konnte. (Jobst: 2015) Die UPA, die unter Befehl der verbliebenen OUN-B-Kader stand, hatte in diesem Jahr in Ostgalizien und Wolhynien mit ethnischen Säuberungen an der überwiegend polnischen Bevölkerung begonnen, denen schätzungsweise 70.000 bis 100.000 Menschen zum Opfer fielen. Ihr Ziel war es, einen reinen ukrainischen Staat zu errichten. Zudem hatte Banderas Verhaftung die übrigen OUN-B-Mitglieder nicht daran gehindert, weiter mit den Deutschen zu kollaborieren. (Katchanovski: 2010)

OUN und UPA im historischen Kontext

Sowohl die OUN als auch die UPA waren zunächst regionale Organisationen, die sich in den 1930er- und 1940er-Jahren vor allem in Galizien, dem Westen der Ukraine, formierten. Sie waren die ukrainische Version in Europa der „typischen“ faschistischen Bewegungen nach italienischem beziehungsweise deutschem Vorbild. Aus dem Bandera-Flügel der OUN ging 1942 der militärische Flügel der UPA hervor, nachdem sich zuvor die OUN offiziell in die OUN-M (nach ihrem Anführer Andrij Melnyk) und die OUN-B, mit Bandera an der Spitze, aufgespalten hatte. Die Zielsetzung war die Errichtung eines unabhängigen und ethnisch-reinen Nationalstaats, an deren Spitze die OUN steht und der mit Nazi-Deutschland verbündet ist. So wurde der Mord an Polen, Russen und

Juden legitimiert. (Katchanovski: 2010)

Zwar gab die OUN-B bis 1943 offiziell einige Elemente ihrer menschenfeindlichen Ideologie auf, jedoch schlug sich das in der Praxis nicht nieder. UPA und OUN-B waren vielfach an Gewaltaktionen gegen Zivilist:innen beteiligt und führten unter anderem in Wolhynien ethnische Säuberungen an den dort lebenden Polen durch und schreckten auch vor Terror und Androhung von Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele nicht zurück. (Hoffman: 2006)

Obwohl viele ukrainische Politiker und Historiker immer wieder auf die zahlreichen Inhaftierungen von OUN- und UPA-Mitgliedern verweisen, lässt sich nicht leugnen, dass zahlreiche Kader der Organisationen in hohen Positionen lokaler und regionaler Polizeien und Administrationen tätig waren und die unter Wehrmachtskommando stehenden ukrainischen Freiwilligen-Bataillone *Nachtigall* und *Roland* maßgeblich prägten. Diese Einheiten kämpften an der Seite der Deutschen gegen die Rote Armee. Weitere Mitglieder kämpften in der SS-Division *Galizien*, nicht wenige erhielten zusätzlich zu Beginn des Zweiten Weltkrieges eine Ausbildung an deutschen Militärakademien.

Mit der Orangen Revolution beginnt die offizielle Rehabilitation Banderas

Die Ambivalenz der Erinnerungskultur zeigt sich insbesondere in der Stadt Charkiw, in der eine U-Bahnstation nach dem sowjetischen Marschall Georgi Schukow benannt ist, während gleichzeitig im Stadtpark ein Gedenkstein für die UPA steht. Während der so genannten *Orangen Revolution* wurde die Rehabilitation der OUN und der UPA zu einer der wichtigsten Aufgaben. Präsident Viktor Juschtschenko und seine Partei „*Unsere Ukraine*“ (*Nascha Ukrajina*) und andere nationalistische Parteien, setzten sich für ihre Rehabilitation ein. Sie stellten die OUN und die UPA als nationale Befreiungsbewegungen dar, die gegen das NS-Regime einerseits und die UdSSR andererseits für die Unabhängigkeit der Ukraine kämpften. Diese unkritische Betrachtung



und Heroisierung der Geschichte bezeichnete Igor Juschtschenko, Direktor des Ukrainischen National Museums, einmal als oberstes Ziel der Regierung Juschtschenko.

Geschichtliche Fakten wurden von offizieller Seite immer wieder bewusst verdreht, indem die Kollaboration mit Nazi-Deutschland als eine Zusammenarbeit unter Zwang gedeutet wird. Dabei war das eigentliche Ziel, die Ukraine zu befreien und in die Unabhängigkeit zu führen. Nicht die ideologischen Gemeinsamkeiten mit dem Dritten Reich wären es gewesen, sondern einzig und allein die Aussicht darauf, am 30. Juni 1941 in Lwiw einen unabhängigen ukrainischen Staat auszurufen. Hitler hingegen wollte Ost-Galizien als Teil des Reichskommissariat Ukraine eingliedern und damit nicht wie im Sinne der OUN-B die Ukraine vereinen. Daraufhin wurden neben Stepan Bandera führende Mitglieder der OUN in Konzentrationslagern inhaftiert. (Rossoliński-Liebe: 2014)

Juschtschenkos Regierung stellte auch die UPA nur als aufständische Untergrundbewegung dar, der angeblich nicht nur Ukrainer, sondern auch Juden, Georgier und Tataren angehört hätten. Sie hätten gemeinsam hauptsächlich gegen die UdSSR und die Deutschen gekämpft, Kriegsverbrechen und Massenmorde hätten in Wirklichkeit gar nicht stattgefunden oder werden als Reaktion auf eine anti-ukrainische Politik Polens gerechtfertigt. Die Tötung ukrainischer Zivilist:innen sei eine Erfindung der sowjetischen Propaganda. Die Anführer beider Gruppierungen wurden als nationale Helden präsentiert. Stepan Bandera und Roman Schuchewitsch wurden posthum von Präsident Juschtschenko zu „Helden der Ukraine“ ernannt.

Zum Euromaidan kehrte auch Bandera zurück auf die Straßen

Dahingegen waren Viktor Janukowytsch und seine Partei der Regionen, die kommunistische und die sozialistische Partei sowie weitere pro-russische Parteien gegen die Ernennung Banderas zum „Held der Ukraine“. Kurz nach Janukowytschs Wahlsieg 2010 entzog er Bandera und Schuchewitsch den Status als „Helden der Ukraine“. Dazu war er auch aufgrund äußerlicher Einflüsse verpflichtet, da sowohl Russland und Polen als auch das Europäische Parlament das Verhältnis der Ukraine zu den beiden faschistischen Gruppen und ihren Symbolfiguren kritisierten. Janukowytschs offener Kampf gegen die OUN und die UPA sorgte jedoch wiederum für innenpolitische Spannungen, da das „friedliche Miteinander“ in der Gedenkpolitik nicht mehr funktionieren konnte.

Auch während des *Euromaidan* 2013/2014 waren vermehrt Bandera-Parolen zu hören, aber dabei schien es weniger darum zu gehen, ihn als Helden zu ehren, sondern sein Erbe – den Kampf um eine unabhängige Ukraine – fortzuführen. Die überwiegend pro-russische Linie Janukowytschs und die ausländische Einmischung Russlands bei der Ablehnung des Assoziierungsabkommens mit der EU ließen den Unmut in der Bevölkerung bis zum offenem Widerstand anwachsen (Maslychuk: 2014). Ein Ziel des *Euromaidan* war es deshalb, die Regierung zu stürzen und die Souveränität des Landes wieder herzustellen.

Die politische Rehabilitierung bis hin zur übersteigerten Heroisierung Stepan Banderas und seiner Schergen sind immer wieder Gegenstand politischer Diskussionen in der Ukraine gewesen. Ihn nur als Nazi-Kollaborateur oder als Volkshelden zu verehren scheint unangebracht, es muss genauer differenziert werden. Mit Sicherheit ist das Ende der Aufarbeitung der historischen Ereignisse in der Ukraine, wie auch in vielen anderen Ländern, noch nicht erreicht und bei welchen Kriegsverbrechen Bandera genau seine Hände im Spiel hatte, mag noch nicht endgültig geklärt sein. Wichtig in diesem Zusammenhang scheint jedoch, dass die Berufung

auf ihn während des *Euromaidan* sich nicht direkt auf ihn als Person bezieht, sondern wofür er gestanden hat. Jedoch mindert das in keiner Weise seine Schuld oder die der OUN/UPA an den schrecklichen Gewaltverbrechen und ethnischen Säuberungen während des Zweiten Weltkrieges. Auch der Umstand seines Todes – Bandera wurde durch den KGB liquidiert – rechtfertigt nicht seine Erhöhung zum nationalen Märtyrer, der Gegner beider Reiche gewesen sein soll. Eine unabhängige, souveräne Ukraine ist bis heute das Anliegen vieler Ukrainer:innen, dafür scheint jedoch die Bereitschaft vorhanden zu sein, die Verbrechen Banderas in Kauf zu nehmen oder gar zu heroisieren.

Literaturverzeichnis:

Hoffman, B. (2006): *Inside Terrorism*. New York. Columbia University Press.

Jobst, K. (2015): *Geschichte der Ukraine*. Stuttgart. Reclam.

Maslychuk, V. (2014): *Die Symbolisierung der ukrainischen Vergangenheit: Stepan Bandera und die UPA*. <https://www.boell.de/person/vladimir-maslychuk>.

Katchanovski, I. (2010): *Terrorists or National Heroes? Politics of the OUN and the UPA in Ukraine*. <https://www.cpsa-acsp.ca/papers-2010/Katchanovski.pdf>.

Rossoliński-Liebe, G. (2014): *Stepan Bandera: The Life and Afterlife of a Ukrainian Nationalist: Fascism, Genocide, and Cult*. Stuttgart. Ibidem-Verlag.



Wo Kommunismus mit Nationalismus kuschelt

Von Georgij Blinnikov, Moskau

Während das Putin-Regime den Sieg über Nazi-Deutschland offiziell feiern lässt, werden aus dem Kreml heraus gleichzeitig protofaschistische Parteien in West-Europa mit großzügiger finanzieller Unterstützung bedacht und zu zukünftigen außenpolitischen Verbündeten ausgebildet. Die Unterschiede zwischen offizieller Symbol- und inoffizieller Realpolitik hat historische Vorläufer. Auch die zeitgenössischen russischen Kommunisten bilden da keine Ausnahme.

Es mag paradox, wenn nicht sogar schizophren erscheinen, dass der russische Staat den 9. Mai offiziell als Tag des Sieges über den Faschismus feiert und gleichzeitig rechtspopulistische und rechts-extreme Parteien in Europa finanziert. Dieser Eindruck entsteht, wenn man beide Phänomene isoliert

voneinander betrachtet. Denn der Kreml instrumentalisiert diesen Tag des Sieges zur Konsolidierung der eigenen Machtbasis auf Grundlage patriotischer statt sozialistischer Werte und der ruhmreichen Geschichte des Landes. Der 9. Mai also steht in der staatlichen Geschichtspolitik weniger für den Sieg der UdSSR über Hitlerdeutschland, sondern für die erfolgreiche Verteidigung der Unabhängigkeit Russlands.

Offiziell hat sich Moskau nicht zur Finanzierung der europäischen Rechten bekannt und muss es auch nicht, solange sich der Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit glaubhaft abstreiten lässt. Zum Beispiel mit einem Verweis auf die USA, dem Land der Freiheit, das auch keinen Widerspruch darin sieht mit dem Königreich Saudi-Arabien zu

paktieren, einem der autoritärsten Regime der Welt. Das sei eben Realpolitik. Ohnehin ist der Widerspruch in der Logik des Kreml schwer aufzufinden, wenn der Sieg über den Faschismus in Russland sinnentleert und mit neuen Inhalten gefüllt wird. Linke Symbolik und rechte Theorie. Zugegeben, diese Verbindung ist in Russland nicht neu und hat historische Vorläufer.

Von der Dorfgemeinschaft zur Sowjetunion

Ein Blick in die Geschichte offenbart die Kontinuität zwischen linken-sozialen und rechten-nationalistischen Ideen. Im vorrevolutionären Russland lassen sich die Bäuer:innen, der größte Stand im absolutistischen Zarenreich, als eine Art „konservative Sozialisten“ betrachten – die Dorfgemeinschaft als frühsozialistische Kommune, in welcher der zu bewirtschaftende Boden nicht Privateigentum der Bäuer:innen, sondern Gemeineigentum ist und von einem Gremium an die Höfe vergeben wird. Die revolutionären Denker des 19. Jahrhunderts Alexander Herzen und Nikolai Ogarjow haben dieses Phänomen „bäuerlichen Sozialismus“ getauft. Sie sahen darin eine Vorbedingung der sozialistischen Zukunft Russlands.

Gleichzeitig waren die Bäuer:innen eine wichtige Stütze für Zarentum und Kirche. Als die russischen Narodniki, die aus der Bildungsschicht kamen, in die Dörfer gingen, um die revolutionären Ideen der sozialistischen Gesellschaft zu verbreiten, stießen sie auf totales Unverständnis des Landvolkes. Manche denunzierten die Revolutionäre, welche doch die Bäuer:innen von der Unterdrückung vom Zarismus befreien wollten, sogar bei der Polizei.

Als mit der Oktoberrevolution das Zeitalter des Sozialismus begann, galt die neugegründete UdSSR anfangs als fortschrittlicher Staat. Die Bolschewiki riefen das Ende der Ausbeutung der Arbeiter:innen aus und die Herrschaft der breiten Massen zum Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft. Alle Völker der Union sollten Autonomie erhalten, unterrichtet wurde in den lokalen Sprachen, dem Analphabetismus wurde der Kampf angesagt und innerhalb von

zwanzig Jahren ausgemerzt. Die UdSSR gehörte zu den ersten Ländern mit Frauenwahlrecht, Abtreibungen wurden legalisiert, Ehescheidungen vereinfacht. Es wurde Wohnraum geschaffen, öffentliche Speisehäuser und zentrale Wäschereien gebaut, um Frauen „von den materiellen Lasten der veralteten Hauswirtschaft zu befreien“. In der Kunst entstanden Avantgardewerke, die Architektur entwickelte einen originellen konstruktivistischen Stil. Es entstanden richtungsweisende Werke wie *Panzerkreuzer Potemkin* für das Kino und *Der stille Don* in der Literatur. Das Land war im Begriff, sich radikal zu verändern.

Die stalinistische Konterrevolution bedeutete das Ende des Fortschritts

Aber Ende der 1920er Jahre begann der Übergang vom revolutionären zum etatistischen Entwicklungsmodell: Lenin war gestorben, an seiner Stelle trat Josef Stalin in den Vordergrund. Mit der Ausschaltung seines Konkurrenten Leon Trotzki wich das Ziel der Weltrevolution dem „Aufbau des Sozialismus in einem Land“. Statt auf proletarischen Internationalismus setzte Stalin auf patriotische, russische Gefühle und hob die Russ:innen unter den Völkern der UdSSR hervor. Die Förderung der lokalen Sprachen („Korenisazija“) wurde durch eine gewollte Russifizierung ersetzt. Ganze Völker wurden deportiert, wenn sie in den Augen des Machthabers in Ungnade gefallen sind.

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann der Kampf gegen den „wurzellosen Kosmopolitismus“, dem viele sowjetische Jüd:innen zum Opfer fielen. Auch die emanzipatorische Geschlechterpolitik der frühen UdSSR wird durch einen vorrevolutionären, moralischen Puritanismus ersetzt. In den schweren Jahren des Krieges baute die Regierung sogar Beziehungen zur russisch-orthodoxen Kirche auf. Die KomIntern wurde als Zugeständnis für die westlichen Alliierten aufgelöst, die UdSSR wollte nicht weiter Öl in die Flamme einer Weltrevolution gießen. Grundlage der sowjet-russischen Außenpolitik war nun die Verteidigung der eigenen geopolitischen Interessen.

Nationalitätenpolitik und Rassismus in der UdSSR

Der sowjetische Schwerpunkt auf „national-patriotische“ Elemente blieb auch während des Kalten Krieges bestehen und rief oft auch Widersprüche hervor. So kritisierten die sowjetischen Medien einerseits den bourgeoisen Kosmopolitismus, auf der anderen Seite lobte man den sozialistischen Internationalismus, obwohl kaum jemand eine scharfe Grenze dazwischen ziehen konnte. Manchmal wurde dasselbe Phänomen mit beiden Etiketten versehen.

Einerseits stand die Idee der UdSSR für einen Staat der Arbeiter:innen und Bäuer:innen und nicht einer Nation. Andererseits war die Regierung lange bestrebt gewesen, die „kleinen“ Völker vor dem russischen „Chauvinismus“ zu verteidigen und veranlasste den Aufbau autonomer Gebiete. Allerdings entwickelte sich in den Autonomiegebieten eine Art lokaler Nationalismus, der in den betreffenden Gebieten von den Behörden gefördert oder zumindest geduldet wurde, während gleichzeitig in den „russischen Gebieten“ die Minderheiten weiterhin als Fremdlinge betrachtet wurden, denen Teils krasse Ablehnung entgegenschlug. Da es in der UdSSR eingeschränkte Reisefreiheit gab, lebten in Moskau so wenig Sowjetbürger:innen aus Zentralasien, dass sie von den Einheimischen lediglich als „Gäste“ betrachtet wurden. Das wirkt bis heute nach.

Die Zwietracht unter den Nationalitäten wurde auch dadurch verstärkt, dass die Nationalität der Sowjetbürger:innen in ihren Pässen festgeschrieben war und nicht verändert werden konnte. Oft brachte eine russische Nationalität Vor-, andere Nationalitäten Nachteile mit sich. Unter Leonid Breschnew wurden Sowjetbürger:innen mit der Nationalität „Jude“ von den besten Universitäten des Landes verwiesen.

Die staatliche Propaganda hatte sowohl den sowjetischen Bürger:innen als auch dem Rest der Welt versichert, dass weder Chauvinismus noch Rassismus in der Sowjetunion existierten. Doch der in Jamaika geborene Afroamerikaner Robert Robinson, der 44 Jahre in der UdSSR lebte und als Aushängeschild des sowjetischen Antirassismus ikonisiert wurde, beschrieb die Situation anders:

„Da Russen sich damit brüsten, frei von rassistischen Vorurteilen zu sein, ist ihr Rassismus grausamer und gefährlicher als der, den ich in meiner Jugend in den Vereinigten Staaten erlebt habe. Ich traf selten einen Russen, der Schwarze – genauso wie Asiaten oder Menschen mit nicht-weißer Haut – als Gleiche hielt. Der Versuch, sie zu überzeugen, ist wie ein Geist zu fangen. Ich fühlte ihren Rassismus, aber wie kann man mit etwas umgehen, das offiziell nicht existiert?“

Nicht nur die sowjetische Nationalitätenpolitik war gescheitert, auch im Kampf gegen den Rassismus konnten in der UdSSR keinerlei Fortschritte gemacht werden.

Die Sehnsucht nach nationaler Größe

Von einer wirklichen Vereinigung rechter und linker Ideologie kann man aber erst mit dem Zusammenbruch der UdSSR reden. Sowohl Kommunist:innen als auch Nationalist:innen waren vereint in der Ablehnung des „Zusammenbruchs eines großen Landes“ und der liberalen Reformen nach westlichem Vorbild. Die Position der Kommunist:innen war sicherlich nicht überraschend. Aber warum sehnten sich so viele russische Nationalist:innen zurück zu sowjetischen Zeiten, obwohl sie endlich „ihren“ russischen Nationalstaat erhalten haben? Erstens wurden viele Russ:innen zu Minderheiten in den neuen unabhängigen (Teil-)Republiken. Zweitens wurde den Nationalist:innen klar, dass die UdSSR alle ihnen wichtigen Qualitäten verkörpert hatte: Stärke, ein konservatives Familienideal und Militarismus. Dem russischen Nationalismus ist nicht allein am Aufbau eines Nationalstaats gelegen, charakteristisch war seit jeher die imperialistische Komponente und der Wunsch, eine einflussreiche Weltmacht zu sein. Nach dem Fall der UdSSR war dies nicht mehr der Fall und man sehnte sich zurück zu nationaler Größe.

Anfang der 1990er eskalierte die Konfrontation zwischen dem damaligen russischen Parlament, damals noch unter dem Namen des Obersten Sowjets, und dem Präsidenten Boris Jelzin. Die Gründe waren hauptsächlich institutioneller Art: Die Befugnisse zwischen dem Präsidenten und dem Parlament waren nicht klar abgegrenzt. Außerdem hatten beide Seiten konträre Auffassungen über die anstehenden Sozial- und Wirtschaftsreformen. Während sich Jelzin und seine Unterstützer für einen schnellen Übergang zur Marktwirtschaft aussprachen (die sogenannte „Schocktherapie“), plädierte die Mehrheit der Parlamentarier für einen gemäßigeren Ansatz.

Es folgte die Sternstunde der nationalkommunistischen Kräfte. Als sich der Konflikt zuspitzte, schlossen sie sich den Unterstützern des Parlaments an, um die liberalen Reformen zurückzuhalten. Hierzu zählten Organisationen wie zum Beispiel die Russische Nationale Einheit, Arbeiter-Russland und die Front der Nationalen Rettung. Die Flagge der letztgenannten Partei war sehr auffallend: Auf der linken Seite war ein schwarz-gelb-weißer Banner von Monarchisten abgebildet, auf der rechten Seite ein rotes Tuch.

Das Erbe des Nationalkommunismus: Die KPRF

Jedoch konnte sich Jelzin mithilfe des Militärs gegenüber dem Obersten Sowjet Russlands durchsetzen, ließ ihn mit Gewalt auflösen und die Verfassung ändern, und schaffte die Grundlagen für die moderne Russische Föderation, die sogleich der besagten Schocktherapie unterzogen wurde. Aber der linke Nationalismus lebt bis heute fort. Seine Hauptführsprecherin ist die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF). In ihrem Programm weist sie auf die Lehren von Marx und Lenin. Es enthält aber auch Forderungen nach der Beendigung des „Genozids am großen Volk“. Die Lösung „der russischen Frage und der Kampf für den Sozialismus sind gleich“. Der Parteivorsitzende Gennadi Sjuganow kooperiert regelmäßig mit der russisch-orthodoxen Kirche und tritt für verschiedene patriotische Allianzen ein. Einige Politikwissenschaftler zählen die KPRF zu den national-patriotischen Parteien.

Wäre die KPRF eine von vielen linken Splitterparteien, sie würde als eine interessante Merkwürdigkeit gelten. Allerdings besetzt die Partei von Sjuganow fast das gesamte linke Spektrum unter den legalen zugelassenen politischen Parteien. Sie ist die einzige linke Partei, deren Aktivitäten (inoffiziell) vom Kreml toleriert werden. Über sie wird in den staatlichen Medien berichtet und sie nimmt an Wahlen teil. Diese Privilegien erhielt die Partei durch (informelle) Abmachungen, wonach sie den allumfassenden Machtanspruch des Kremls akzeptiert. In ihr findet kein aktives innerparteiliches Leben statt, das von den Parteimitgliedern bestimmt wird. Deshalb gibt es auch keine Versuche, die Kommunistische Partei zu modernisieren.

Ist Russland noch zu retten?

Die Allianzen zwischen Nationalismus und Sozialismus modifizieren sich, bleiben aber eine Konstante in der russischen Politik. Die Idee, unter der sich beide Kräfte vereinen, lässt sich als Etatismus bezeichnen: Der Staat wird als Höchstes angesehen. Für seine Anhänger:innen ist ein starker Staat wichtiger als die Unterschiede zwischen rechten und linken Weltanschauungen.

Man muss jedoch feststellen, dass die Geschichte Russlands auch Beispiele von echten linken Parteien kennt. Aber könnte so eine Partei heute entstehen? Wohl kaum. Zum einen sind linke Theorien bei jungen Leuten verpönt, weil sie mit der UdSSR assoziiert werden, die wiederum in der russischen Logik mit Konservatismus assoziiert wird. Zum anderen sind neue politische Bewegungen einem enormen staatlichen Druck ausgesetzt und dazu verurteilt, am Rande des öffentlichen Lebens zu agieren. Es müsste ein liberaleres Klima in Russland geben, um einer Partei den Weg zu bereiten, die linke Ideen modernisiert und von der sowjetischen Vergangenheit löst, die innerparteilich demokratisch organisiert ist und eine zeitgemäße Agenda zur Wahl stellt. Das allerdings ist ferne Zukunftsmusik.



Willkommen in der Volksrepublik Israel

Von Lee Wiegand, Berlin

Aus heutiger Sicht mag uns die Unterstützung Josef Stalins für das junge Israel absurd erscheinen. Vor allem, wenn man die Entwicklung der sowjetisch-israelischen Beziehungen in ihrer Gesamtheit betrachtet, kann man hier im wahrsten Sinne von einer ungewöhnlichen Allianz sprechen. Dennoch, ohne Stalin gäbe es den modernen Staat Israel nicht. Bis heute soll sich in dem einen oder anderen Kibbuz ein Porträt des sowjetischen Machthabers finden, der als einer der Väter Israels über die Gemeinschaftssäle der Kibbuzniks wacht. Grund genug, sich die Geschichte, wie Israel fast ein Ostblockstaat geworden wäre, einmal genauer anzusehen.

Am 14. Mai 1948 wurde der Traum Theodor Herzls, dem Begründer des modernen Zionismus, Wirklichkeit: Nachdem die britischen Besatzer Palästina verlassen hatten, verlas David Ben Gurion die israelische Unabhängigkeitserklärung. Der moderne Staat Israel war geboren. Doch die Freude währte nur kurz. Noch in derselben Nacht erklärten Ägypten, Syrien, die Königreiche Jordanien und Saudi-Arabien und der Irak dem jungen Staat den Krieg, gewillt, den jüdischen Staat und die jüdische Bevölkerung auszulöschen.

Im folgenden Krieg, der das ehemalige Mandatsgebiet Palästina verwüstete und einen Großteil der arabischen Bevölkerung in die Flucht trieb – wobei man jedoch nicht vergessen sollte, dass gleichzeitig die große Mehrheit der jüdischen Bevölkerung in nordafrikanischen und arabischen Staaten vertrieben wurde – konnten die Jüd:innen sich und ihren Staat behaupten und eine langfristige Basis für seine Etablierung schaffen. Die militärische Niederlage der arabischen Allianz und die unterschiedlichen strategischen Ziele ihrer Regime machte hingegen die Gründung eines arabisch-palästinensischen Staates unmöglich, wie ihn der Teilungsplan der Vereinten Nationen im November 1947 ursprünglich vorsah.

Ein ungewöhnlicher Vater Israels

Den israelischen Sieg im Unabhängigkeitskrieg hatte kein anderer als der sowjetische Machthaber Josef Stalin möglich gemacht: I. Die UdSSR erkannte Israel bereits am 17. Mai vollumfänglich an;¹ II. Sie leistete über Polen umfassende Wirtschaftshilfen; III. Sie setzte sich über das bestehende Waffenembargo hinweg und belieferte über die wiedergegründete Tschechoslowakei die Vorläufer der israelischen Armee unter anderem mit Gewehren, Munition, Kampfflugzeugen und anderem nützlichen Kriegsgerät. Dieser Akt der praktischen Völkerfreundschaft und internationalen Solidarität war dringend notwendig gewesen, so hatte zum Beispiel die Hagana zuvor gerade einmal genug Schusswaffen, um jedes dritte Mitglied auszurüsten, während es bei anderen Verbänden noch deutlich schlechter ausgesehen hatte. Die Waffenlieferungen aus dem sich konsolidierenden Ostblock waren demnach für die Israelis kriegsentscheidend.

Hinter Stalins Unterstützung für Israel standen mehrere Ziele, allen voran ein machtpolitisches Kalkül: Die offizielle und noch durch Lenin vorgegebene Politik sah nach der Oktoberrevolution für die „*jüdische Frage*“ die vollständige Assimilation und keine separate jüdische Sowjetrepublik analog zur russischen, ukrainischen, und so weiter vor. Stalin selbst sprach den Jüd:innen bereits in den 1910ern ab ein eigenes Volk zu sein.² Die spätere Gründung eines autonomen jüdischen Siedlungsgebiets in den 1930ern war allenfalls den sowjetischen Bemühungen, dem „*westlichen*“ Zionismus, sprich der Abwanderung sowjetischer Jüd:innen nach Palästina, einen Riegel vorzuschieben, geschuldet und schließlich gescheitert. Das „*sowjetische Zion*“ in der kalten Einöde Sibiriens konnte sich in der Realität nicht gegen Herzls weit verbreiteten Traum einer Rückkehr in die jüdische Heimstätte im Nahen Osten durchsetzen.

Sowjetisches Hin und Her zwischen Pro- und Antizionismus

Das Ende des Zweiten Weltkriegs und die Ereignisse um die Shoah begünstigten im Nachkriegs-Europa und der UdSSR das erneute Aufkommen des Zionismus als realpolitische Option. Außenpolitisch nahm Stalin seit 1944 eine pro-zionistische Haltung ein. Die UdSSR stellte sich in der UNO, vertreten durch den späteren Außenminister Andrei Gromyko, öffentlich und vorbehaltlos hinter den Teilungsplan für Palästina und das Selbstbestimmungs- und Selbstverteidigungsrecht des jüdischen Volkes. Selbstverständlich kalkulierte Stalin, dass ein zukünftiger Staat Israel, der vor allem durch die Kibbuz-Bewegung und die jüdisch-palästinensische Arbeiter:innenbewegung geprägt sein würde, sich zu einem sozialistischen Staat entwickeln und dieser den Einfluss Großbritanniens im Nahen Osten zurückdrängen würde. Die Anerkennung Israels und die Waffenlieferungen waren also eine logische Konsequenz aus Stalins machtpolitischen Vorhaben, den sowjetischen Sozialismus über den gesamten Globus zu exportieren und gegen die ehemaligen Alliierten in Stellung zu bringen.

Auch innerhalb der UdSSR verbesserten sich zunächst die Lebensverhältnisse der sowjetischen Jüd:innen, jedoch folgte bald eine (weitere) Umkehr der sowjetischen Innenpolitik gegenüber der jüdischen Bevölkerung. Nachdem die linksgerichtete Regierung Israels die sowjetischen Annäherungsversuche resistent zurückwies, im Herbst 1948 Golda Meir ihren Dienst als israelische Botschafterin in Moskau antrat und von Tausenden begeistert empfangen wurde und sich der Kalte Krieg anbahnte, begann Stalin, mehr und mehr paranoid, die sowjetischen Jüd:innen als potentielle „*Fünfte Kolonne*“ des Westens im eigenen Land zu betrachten. Es begann die berüchtigte, antisemitische Kampagne gegen „*wurzellose Kosmopoliten*“, von der die „*Sowjetvölker*“ nicht unbeeindruckt blieben. Das Jüdische Antifaschistische Komitee und andere jüdische (Kultur-) Einrichtungen in der UdSSR wurden 1948 de facto liquidiert und die Ausreise nach Palästina wurde verunmöglicht.³ Ilja Ehrenburg schrieb: „*Sowjetische Juden blicken nicht in den Nahen Osten, sie blicken*

in die Zukunft.“ Stalins Wahn erreichte mit der so genannten Ärzteverschwörung ihren Höhepunkt und wurde auch in den anderen Staaten der sowjetischen Einflussphäre mit Begeisterung nachgeahmt.

Die Entwicklungen der sowjetischen Innenpolitik blieben auch der israelischen Regierung nicht verborgen, dementsprechend kühlten die diplomatischen Beziehungen beider Staaten enorm ab. Stalins Traum von einer Volksrepublik Israel und einem sowjetischen Satelliten im Nahen Osten zerplatzte auch an den veränderten außenpolitischen Konstellationen im Nahen Osten. Die Folgen der Niederlage der „*Armee des heiligen Krieges*“ und ihre Verbündeten, die katastrophale Verluste hinnehmen mussten, führten zur Destabilisierung ihrer Mitgliedsstaaten. In Ägypten putschte sich 1952 Gamal Abdel Nasser an die Macht, in Syrien und dem Irak kamen langfristig die arabisch-sozialistischen Baath-Parteien an die Macht, lediglich in Jordanien und Saudi-Arabien konnten sich die Monarchen gerade so an der Macht halten. Plötzlich besaß die UdSSR mit den irgendwie sozialistisch und bestimmt anti-westlich eingestellten Regimen *passendere* Verbündete im Nahen Osten, die es zu unterstützen galt. Israel geriet in die prekäre Lage, nicht nur von Feinden umzingelt zu sein, sondern auch noch dabei zusehen zu müssen, wie diese vom ehemaligen Verbündeten bis an die Zähne bewaffnet wurden.

Ende der diplomatischen Beziehungen

Die unmittelbar folgenden Konflikte taten ihr Übriges dazu, dass sich Israel langfristig enger an die westlichen Staaten Großbritannien, Frankreich und die USA anlehnte, während die UdSSR die diplomatischen Beziehungen nach dem Sechs-Tage-Krieg für die nächsten 24 Jahre abbrach und die „*arabisch-sozialistischen*“ Staaten mit allem Nötigen versorgte. In der sowjetischen Propaganda wandelte sich das Bild Israels vom Produkt eines anticolonialen Befreiungskampfes zum imperialistischen Aggressor schlechthin („*Nazis der Gegenwart*“, war auch in der sowjetischen Propaganda keine unbekanntere Phrase). Eine fatale Entwicklung, die auch die

westliche Linke beeinflusste, die einige Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg tendenziell pro-israelisch gewesen war. Erst mit dem Untergang der UdSSR näherten sich der Nachfolgestaat Russland und Israel wieder aneinander an.

Was bleibt also übrig vom Mythos, Stalin sei ein Freund der Jüd:innen gewesen, der ihnen einen eigenen Staat ermöglicht hat? Nun ja, ein Mythos eben. Fakt aber ist, ohne Stalins Intervention im Unabhängigkeitskrieg hätte der arabische Antisemitismus bereits 1949 sein Werk vollendet und die Menschen umgebracht, die Hitler und den Deutschen entweichen konnten. Ohne Stalin gäbe es in Israel heute keine jüdische Selbstbestimmung und Selbstverteidigung. Doch Stalin ging diese *ungewöhnliche Allianz* nicht wegen, sondern trotz seines Verständnis des Marxismus-Leninismus ein. Seine Vaterschaft Israels ist getrübt durch zahlreiche antisemitische Maßnahmen und Entgleisungen und das antisemitische Erbe, das er seinen Nachfolgern hinterlassen hat. Reinwaschen kann man Stalin wegen seines Anteils an der Geburt Israels nicht, und letztlich ist es unerheblich, ob wirklich Stalin-Porträts in den Kibbuzim Wache halten.

Endnoten:

¹ Zwar hatten die USA Israel de facto bereits am 15. Mai 1948 anerkannt, de jure aber erst nach den ersten Parlamentswahlen am 25. Januar 1949.

² Wengleich auch anzuerkennen ist, dass der junge Sowjetstaat während und nach der Oktoberrevolution Pogrome entschieden bekämpfte, Antisemitismus unter Strafe stellte und hohe Popularität unter den, nun sowjetischen, Jüd:innen besaß. Allerdings sahen sie die Lösung der „*jüdischen Frage*“ in der klassenlosen Gesellschaft zu verwirklichen.

³ Diese Regelung galt allerdings nur für sowjetische Jüd:innen. Jüd:innen aus anderen Staaten des späteren Ostblocks wurde die Ausreise nach Israel vollumfänglich gestattet.

Autor:innenverzeichnis

Dorothee Theresa Adam

studierte European Studies an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Ihr Schwerpunkt lag auf der Transformation Osteuropas, insbesondere der ukrainisch-russischen Beziehung. Aktuell ist sie in verschiedenen Projekten aktiv und gibt Seminare rund um die Europäische Union sowie zum wissenschaftlichen Schreiben. Sie ist Redaktionsmitglied beim Ost Journal.

Klaas Anders

studierte Geschichte an der Universität Bremen mit dem Schwerpunkt auf die Kulturgeschichte Ostmitteleuropas. Zuletzt begann er seinen Master der Osteuropastudien an der Universität Hamburg. Zurzeit arbeitet er als Assistenz im Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg.

Georgy Blinnikov

ist promovierter Sprachwissenschaftler und leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät für Psychologie an der Lomonossow-Universität Moskau. 2017 hat er am Programm des Internationalen Parlaments-Stipendiums des Deutschen Bundestages teilgenommen.

Wenke Christoph

studierte an der Humboldt-Universität Geographie und irgendwie zog es sie immer gen Osten: Nach mehreren Auslandsaufenthalten in China arbeitet sie inzwischen im Europareferat der Rosa-Luxemburg-Stiftung, u.a. in Belgrad und Berlin. Sie ist Redaktionsmitglied beim Ost Journal.

Piotr Franz

promoviert an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) zu Nationalismus und Faschismus in Polen vor 1939. Sein Forschungsschwerpunkt liegt auf der Sozialisation junger Nationalisten des Obóz Narodowo-Radykalny ONR. Das Promotionsprojekt wird von der Deutschen Nationalstiftung, dem Deutschen Historischen Institut Warschau und der Konrad-Adenauer-Stiftung gefördert.

Dmitry Glukhovsky

1979 in Moskau geboren, zählt zu den erfolgreichsten Autoren Russlands. Glukhovsky hat internationale Beziehungen in Jerusalem studiert, in Deutschland gelebt, spricht sechs Sprachen und hat als Journalist in Russland, den USA, Israel und Frankreich für verschiedene Nachrichtenformate gearbeitet. Er lebt in Moskau und Barcelona.

Anna Gorskih

studiert Kulturwissenschaften im Master an der Universität Leipzig und ist im stipendiatischen Arbeitskreis Osteuropa der Rosa-Luxemburg-Stiftung aktiv. Sie ist 2004 aus Russland nach Deutschland gekommen und lebt seitdem in Sachsen.

Annika Grützner

studierte Kulturwissenschaften, Literaturwissenschaft und Kulturgeschichte in Frankfurt (Oder) und Budapest. Zusammen mit der Kultur- und Literaturwissenschaftlerin Irine Beridze gründete sie 2017 den Blog Read Ost. Dort schreiben sie über mittel- und osteuropäische Literatur und Kultur. Sie ist Redaktionsmitglied beim Ost Journal.

Stefan Kunath

promoviert an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) über diemigrations- und europapolitischen Konflikte innerhalb der Linkspartei. Das Promotionsvorhaben wird gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er ist Chefredakteur beim Ost Journal.

Leo Mausbach

lebt und arbeitet in Warschau. Er hat in Berlin, Breslau, Frankfurt (Oder) und Posen studiert. Sein Interessenschwerpunkt liegt auf den deutsch-polnischen Beziehungen. Zudem ist er Koordinator des Osteuropa-Netzwerks der Altstipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Andreas Oetker-Kast

ist freiberuflicher Fotograf, wohnhaft in Kiel und spezialisiert auf dokumentarische Fotografie und Musik-Fotografie. Nach einer erfolgreichen Laufbahn im Agenturbereich in Deutschland und Amerika widmet sich der studierte Soziologe seit 2004 auch beruflich der Fotografie.

Christina Rabe

studiert an der Hochschule für Künste Bremen. Ihre Arbeit ‚Dreamland‘ ist im Rahmen einer Exkursion des Masterstudios ‚Kultur und Identität‘ nach Minsk entstanden.

Juliane Rahn

wird jeden Tag auf ihren eigenen Mindfuck zurückgeworfen, und das nicht nur im Theater. Geboren wurde sie in den 1980er Jahren in einem Land, das es nicht mehr gibt. Sie studierte Dramaturgie in München und Krakau (PL). Anschließend arbeitete sie in der freien Theaterszene in Banja Luka (BA) und in München, unter anderem mit CADAM. und Fortis Green Film+Medien, Haveit (KS) und ArtPole (UA). Derzeit lebt und forscht sie in Sarajevo (BA) zu Theater und Performance, Öffentlichkeit und Bürgerschaft im jugoslawischen Jahrzehnt nach Tito (1980).

Jana Stöxen

studiert Ost-West-Studien an der Universität Regensburg und arbeitet als wissenschaftliche Hilfskraft am Moldova-Institut Leipzig. Ihre Schwerpunkte liegen regional auf Südosteuropa und fachlich im Bereich Urban Studies.

Max Wegener

ist in Leipzig aufgewachsen und hat dort Afrikanistik studiert. Er ist bei Leipzig Postkolonial aktiv und beschäftigt sich unter anderem mit kolonialen Kontinuitäten in der DDR.

Lee Wiegand

studiert Kulturwissenschaften an der Universität Potsdam und arbeitet als Journalist. Für das Ost Journal schreibt er regelmäßig respektlose Kolumnen. Selbst mit dem Chefredakteur hat er Probleme wegen seiner direkten Art und seinem fragwürdigen Humor.

Friedemann Wiese

ist in Leipzig geboren und Offenbach aufgewachsen. Er hat Politikwissenschaft und Psychologie in Frankfurt am Main studiert und absolviert derzeit seinen Master in Sozial- und Kulturanthropologie in Berlin. Er studierte, forschte und arbeitete außerdem in Ostafrika, Nord- und Mittelamerika und dem Baskenland. Er ist Redaktionsmitglied beim Ost Journal.

Impressum

Herausgeber: Ost Journal GbR

Redaktion: Dorothee Theresa Adam,
Wenke Christoph, Annika Grützner,
Eduard Josif Kosminski,
Thomas Stange, Lee Wiegand,
Friedemann Wiese

**Chefredaktion:
(V.i.S.d.P)** Stefan Kunath

Fotoreihe: Christina Rabe, Andreas Oetker-Kast

Titelcover: Victor Zhdanov

Lektorat: Stefan Kunath, Dorothee Theresa Adam

Layout: Franziska Stumm, www.3BKE.de,

Druck: WIRmachenDRUCK GmbH, Backnang

Umsatzsteuer-ID: 064/161/01742

Kontakt:

Adresse: Straße der Befreiung 46
D-15324 Letschin

Telefon: +49 (0)15778946744

Webseite: www.ost-journal.de

E-Mail: mail@ost-journal.de

Abo:
Aktuelle Angebote: ost-journal.de/abonnment

Wir bedanken uns bei:
Evrin Sommer, Stefan Liebich, André Hahn, Matthias Höhn

Copyright:
Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Beiträge, Abbildungen etc. ist unzulässig. Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet und die Vervielfältigung auf Datenträgern wie CD-Rom, DVD-Rom etc. nach vorheriger Zustimmung von Ost Journal GbR. Keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder Illustrationen.

Ost Journal GbR wird vertreten durch Stefan Kunath und Eduard Kosminski

Ost Journal erscheint zweimal im Jahr.
Die nächste Ausgabe erscheint im Sommer 2019.

Weitere Beiträge und Aktuelles auf
www.Ost-Journal.de

Fotoverzeichnis: **Titelbild:** Victor Zhdanov, **Seite 1:** Christina Rabe, **Seite 4:** Dorothee Theresa Adam / Wenke Christoph / Stefan Kunath, **Seite 6:** Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Flickr, CC BY 2.0, **Seite 10:** Karl-Ludwig Poggemann, Flickr, CC BY 2.0, **Seite 12:** Kancelaria Premiera, Flickr, CC0 1.0, **Seite 14:** Iga Lubczarska, Flickr, CC BY 2.0, **Seite 16-23:** Christina Rabe, **Seite 24:** Jörg Schulz, **Seite 28:** Kunstfaun, Flickr, CC BY 2.0, **Seite 30:** imke.sta, Flickr, CC BY-SA 2.0, **Seite 31:** Pixabay, **Seite 32:** Artur Andrzej, Wikimedia Commons, CC0 1.0, **Seite 34:** Marco Verch, Flickr, CC BY 2.0, **Seite 37:** Pavol V. Podolay, Wikimedia Commons, CC BY 2.0 / Markus Frohnmair, Wikimedia Commons, CC0, **Seite 38:** Christopher Braemer, **Seite 40:** Sankoff64, Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0, **Seite 43:** Lukasz2, Wikimedia Commons, CC0 1.0, **Seite 46, 48:** Josef Sallanz, **Seite 50:** Juliane Rahn, **Seite 53:** Maxim-Gorki-Theater, **Seite 54:** Andreas Oetker-Kast, **Seite 56:** Yuri Mechitov (oben), Andreas Oetker-Kast (unten), **Seite 57:** Dina Oganova, **Seite 58:** Giorgi Shengelia (oben) / Natela Grigalashvili (unten), **Seite 59:** Guram Tsibakhashvili, **Seite 60:** Andreas Oetker-Kast, **Seite 61:** Tinatin Kiguradze, **Seite 64:** Bundesarchiv, Hans Günter Quaschinsky (Bild bearbeitet durch Ost Journal), **Seite 68:** Bundesarchiv, Ulrich Kohls, **Seite 70:** Bundesarchiv, Hans Günter Quaschinsky, **Seite 72:** spoilt.exile, Wikimedia Commons, CC BY-SA 2.0, **Seite 74:** Sasha Maksymenko, Flickr, CC BY 2.0, **Seite 76:** Pixabay, **Seite 80:** Israel Government Press Office, Flickr, CC BY-NC-SA 2.0, **Seite 87:** Victor Zhdanov

Unser Illustrator des Titelcovers:

Victor Zhdanov

Victor Zhdanov ist 26 Jahre alt und stammt aus der russischen Oblast Belgorod, nahe der ukrainischen Grenze. Sein Weg führte ihn nach Moskau, wo er zeitgenössische Kunsttheorie studiert und als Grafik-Designer arbeitet. Beeinflusst wurde er vor allem vom Neo-Dada und Surrealismus sowie vom Aktionismus der 90er-Jahre und Noise.



ကျွန်ုပ်တို့ | ၂၀၂၀

 /OstJournal

 /OstJournal

 /OstJournal